

Hinterland

56/2024 9,00 euro



paroli

Die Hinterland gibt es nicht am Kiosk, also bolt euch gleich ein Abo auf www.hinterland-magazin.de/bestellen/ Die markierten Ausgaben sind leider bereits vergriffen



1
Wohnen



2
Nachbarn



3
Anzietsachen



4
Sex



5
Baiern



6
Essen



7
Rassismus



8
Integration



9
Arbeit



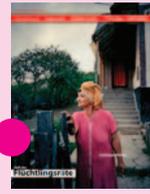
10
Polizey



11
Lager



12
Links



13
Antiziganismus



14
Alter



15
Afrika



16
Sortieren



17
Jubiläum



18
Grenze



19
Abschiebung



20
Paternalismus



21
Unterhaltung



22
Gut vernetzt



23
Reisen



24
Sprache



25
Asyl



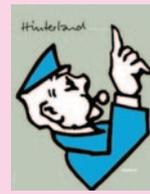
26
Liebe



27
Fluchtbilfe



28
Was tun?



29
Dublin III



30
Was gibt?



31
Mob



32
Sicher



33
Kaputt



34
Privat



35
Abschiebung



36
Strategie



37
Stadt, Land,
Flucht



38
Gender



39
Europa



40
Bildung



41
Abschiebehaft



42
zweiundvierzig



43
kriminalisierung



44
behinderung



45
zubause



46
jung sein



47
systemrelevant



48
raum



49
lobby



50
utopie



51
geschlossene
gesellschaft



52
rausch



53
ungleich



54
erinnerung



55
fluchtwege



56
geld

„Ich mach jeden Schabernack
– und niemand steckt mich in den Sack.“

Pumuckl

*Liebe Leser*innen*

schon mal Pharo gespielt? Das ist so eine Art Blackjack, erfunden irgendwo zwischen Venedig und Paris im 17. Jahrhundert. Heute kennt das Kartenspiel kaum jemand mehr, aber im 19. Jahrhundert war das Spiel so beliebt, in Europa und Amerika, soll es sogar das beliebteste Glücksspiel in den Saloons des Wilden Westens gewesen sein. Was uns allerdings geblieben ist, ist eine hübsche Redewendung, die sich auf einen Spielzug beim Pharo bezieht: Indem man nämlich die Ecke einer Karte umknickte, also ein „Paroli“ bog, konnte man seinen bereits errungenen Gewinn stehen lassen, an seinem Spielziel festhalten – und damit im besten Falle den Gewinn verdoppeln oder verdreifachen. Noch heute bedeutet deshalb „jemandem ein Paroli bieten“, so viel wie jemandem Widerstand entgegenzusetzen – oder wie es in Mayers Konversationslexikon von 1908 schöner heißt: „Jemandes Pläne durch unvermutete Maßnahmen zu vereiteln versuchen.“

Unser Spielziel steht: Wir wollen die bessere Gesellschaft für alle. In diesem Heft beschäftigen wir uns mit denjenigen, die ihren Einsatz für unser aller Freiheit und Rechte erhöht haben und dabei zum Teil große Risiken auf sich nehmen: Frenesys, Vertreterin der LGBTQ+ -Organisation Ancoiris de Honduras, beschreibt die lebensgefährliche Situation für Transpersonen in ihrer Heimat und warum sie und ihre Organisation trotzdem weiterhin für Gleichberechtigung kämpft. Unsere Autorin Lea Claßen berichtet von Frauen in Raqqa, die unter der Terrorherrschaft des Islamischen Staats die syrische Revolution im Geheimen weitertragen. Jana Weidhaase und Stephan Dünnwald vom Bayerischen Flüchtlingsrat wiederum berichtet von Menschen, die sich dem Abschiebewahn der Bayerischen Landesregierung widersetzt haben.*

Wir schreiben auch darüber, was es bedeutet, den unerträglichen Zuständen vor Ort Paroli zu bieten: Irmela Mensab-Schramm kratzt seit fast 40 Jahren Nazisticker von den Wänden. Das Netzwerk PolyLux unterstützt finanziell und beratend seit 2019

*ländliche Vereine, Initiativen und Projekte der Zivilgesellschaft im Osten und kämpft für den Erhalt unserer Demokratie unter dem Aufstieg der AfD und anderer rechtsextremer Gruppen. Und wahrlich unvermutete Maßnahmen – um die Pläne der Bayerischen Regierung zu vereiteln – ergreifen Jan Fries und seine Mitstreiter*innen der Initiative JustizzentrumErhalten / AbbrechenAbbrechen!: Sie kämpfen nicht nur in Eisbärenkostümen um ein altes, heruntergekommenes Münchner Verwaltungsgebäude. Warum erzählen Sie uns im Interview.*

Wer nach all diesen Geschichten das widerständige Element in sich entdeckt hat und direkt mitmachen möchte, für den hat die Hinterland natürlich eine Lösung parat: Alassa Mfouapon und Katharina Schwabedissen vom Bündnis Widersetzen erklären, warum dein Hintern auf der Straße den nächsten Parteitag einer rechtsextremen Partei verhindern sollte. Matthias Weinzierl berichtet vom großen Erfolg der Kartentauschaktion im Widerstand gegen die Bezahlkarte für Geflüchtete und warum deine 50 Euro die CSU zur Weißglut treiben sollten. Und zum Häkeln des Stinkefingers nach Bastelanleitung von Pezi Novi muss man nicht mal seine Wohnung verlassen.*

Wir hoffen, ihr helft uns auch weiterhin, die Pläne von Fascho und Friends zu vereiteln. Inspiration dafür findet ihr in diesem Heft.

Eure Zwiiderwurzn von der Hinterland-Redaktion



Morgens halb zehn in München – nur, dass wir nie um halb zehn anfangen, aber München stimmt. Unsere Redaktionswochenenden finden (fast) immer an unterschiedlichen Orten statt. Dieses Mal haben wir uns hoch über den Dächern der Stadt, auf der schönen Dachterrasse des Gasteigs getroffen: Frühstück in der Sonne, mit Blick auf die Berge, bevor es dann ans Eingemachte ging. Letzte Texte werden noch gemeinsam gelesen, korrigiert und mit Bildern bestückt. Das Ganze musikalisch untermalt aus dem Maschinenraum. Da hallte es auch zu später Stunde jedenfalls noch „Hit Me Baby One More Time ...“ raus. Wenn Britney Spears nun nicht vollständig deinem Musikgeschmack entsprechen sollte, möchten wir zu unserer Verteidigung sagen, dass ein Redaktionsmitglied Teil einer all female Synthie-Punkband ist. Wir sind also cool, okay? Wirklich!

Und jetzt schleich di! Und zwar per Direktverbindung in unsere Mitte.
Melde dich unter: redaktion@hinterland-magazin.de

6	zitiert & kommentiert Von Hubert Heinhold	34	„Die richtige Dosis Paroli macht die Karriere!“ <i>Online aufbegehren: Rebellion oder Selbstbeweihräucherung? Darüber sinniert</i> El Hotzo im Interview	68	Polylux – gegen den Rechtsruck im Osten <i>Zivilgesellschaftliche Projekte im Kampf gegen Rechts</i> Interview mit Jaša	geguckt	94	Ein ungleiches Duo verloren in den Gassen von Istanbul <i>Crossing: Auf der Suche nach Tekla</i> Von Gülcan Durak
7	Für 10 Euro Bargeld von Dachau nach München <i>Vier Monate solidarischer Kartentausch</i> Von Matthias Weinzierl	37	Alt sein heißt nicht stumm sein <i>Immer mehr OMAS bieten den Rechten die Stirn</i> Von Hanne Schwarz-Schulz	73	Berxwedan Jiyan e – Widerstand heißt Leben <i>Eine Hommage an Asos</i> <i>Überlebensgeschichte im kurdischen Widerstand</i> Von Mina Avşar		<i>Hinterland #58</i> Hey Migrantin! Frühjahr 2025 <i>Liebe Freund*innen, Liebe Autor*innen,</i>	
12	Wie man einen Frauenkopf in die Ruhmeshalle schmuggelt <i>Die Künstlerin Aneta Staek bat's getan</i> Von Marianne Walther	40	Acht Suchmaschinen-Gedichte <i>(Jetzt reicht's!)</i> Von Thomas Glatz	75	100 Jahre Rote Hilfe <i>Von Solidarität im Widerstand</i> Interview mit Jule, Annette & Münir		<i>während die Parteien gerade versuchen sich um den härtesten Kurs in der Abschiebepolitik zu überbieten und der Diskurs über Migrations- und Asylpolitik erneut stark im Fokus steht, scheint die Mehrheit sich selbst am nächsten: Die Angst davor, auf irgendeine Weise benachteiligt zu werden, löst selbst bei den Bessergestellten in unserer Gesellschaft inzwischen ein Geschrei aus, dass die leisen Stimmen derjenigen, die am meisten unter dem Rechtsruck leiden, überläutet. Wir bei der Hinterland fühlen uns angesichts dieses Wettrüstens von Menschenfeinden zunehmend verzweifelt und fragen uns, wo der Aufstand derer bleibt, die Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verteidigen?</i>	
13	Abschieben, Abschieben, Abschieben <i>Warum die Abschiebepaxis so selten hinterfragt wird und wir eine Bleibekultur brauchen</i> Von Jana Weidhaase und Stephan Dünwald	42	„Statt Make-up habe ich Aceton und eine scharfe Klinge in der Tasche“ <i>Seit fast 40 Jahren kratzt Irmela Mensab-Schramm Nazisprüche von den Wänden</i> Interview	80	Der erste Kampf wird in der eigenen Familie ausgetragen <i>Vom Widerstand der Frauen in Raqqa</i> Von Lea Claßen		<i>Das nächste Heft soll deshalb mehr denn je geflüchtete und migrantische Perspektiven aufzeigen. Die Stimmen derer, die am härtesten von Hass und Hetze einer untergegangenen Mitte betroffenen sind, sollen hier zu Wort kommen. Wir wollen eure Geschichten und Ansichten auf diese Gesellschaft, die gerne Wörter wie „Demokratie“ und „Heimat“ bemüht, aber nicht für alle eine sein will. Was habt Ihr den Leser*innen der Hinterland zu erzählen – über Flucht, über Ankommen, über Zusammenhalt und Ausgrenzung? Wollt ihr uns eure Perspektive um die Ohren klatschen? Wollt ihr euch befreiend auskotzen, was euch auf den Keks geht? Was ist eure Meinung zum Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien, der Einführung der Diskriminierungs, oops södercher Versprecher, wir meinen natürlich die Bezahlkarte oder den „beschleunigten“ Asylverfahren an den EU-Außengrenzen? Was würde Eurer Meinung nach wirklich helfen und was können wir uns sparen? Wovon gibt es zu viel und wovon zu wenig?</i>	
21	Drückebergergassl <i>oder: Die Gasse des aufrechten Gangs</i> Von Marianne Walther	47	So nicht, mein Freund und Helfer! <i>Was tun?! Anleitung für den Umgang mit Racial Profiling</i> Von Schöner Leben Göttingen	gehört	84	Arbeitskämpfe vor der Linse <i>Die Arbeit von labournet.tv</i> Johanna Schellhagen		
22	„In einer Machokultur wirst du automatisch zur Zielscheibe“ <i>Das Leben eines Transperson zwischen Honduras und Deutschland</i> Von Frenesy	50	In der Hölle des Evin Gefängnisses <i>Comic über Paroli im iranischen Frauengefängnis</i> Von Mana Neyestani & Farid Vahid	89	„Manchmal frage ich mich, was wir noch alles hätten anstellen können“ <i>Die AIDS-Krise in München – der Podcast „I will survive“</i> Interview mit Meret Reh			
27	Dieser Raum gehört uns! <i>Das Bündnis Widersetzen bietet der AfD Paroli</i> Interview mit	58	Im Eisbärenkostüm gegen die Abrissbirne <i>Die Initiative Abbrechen Abbrechen kämpft für den Erhalt eines hässlichen Gebäudes</i> Interview mit Jan Fries	gelesen	92	Her mit dem Klassenkampf <i>... statt ständig nach unten zu treten</i> Von Caroline Mulert		
33	Wir haben zugeschaut Ein Gedicht von Charlotte Huber	66	Cooler Masche <i>Heute häkelt Pezi Novi mit Euch einen Stinkefinger</i>				<i>Meldet Euch gerne auch bei uns, wenn Ihr Übersetzungsdienste anbieten könnt, damit auch die Geschichten Gebör finden, die in anderen Sprachen geschrieben oder gesprochen werden müssen.</i>	

Ideenabgabe: 6. Januar 2025
Redaktionsschluss: 28. Februar 2025
Schreibt uns eure Ideen an
redaktion@hinterland-magazin.de

Der Traum ist aus...

Von Hubert Heinhold



Hubert Heinhold
*ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
von Pro Asyl*

...meinen Merz, Söder, Frei & Co und fordern die Abschottung Deutschlands gegenüber Geflüchteten, die Streichung des Asylrechts und die Rückführung von Menschen - andere nennen es Remigration - in die Herkunftsstaaten, selbst wenn dort Mullahs eine Steinzeitdiktatur etabliert haben. Anlass sind schlimme Verbrechen Einzelner, Hintergrund ein Roll-back zu nationalem Isolationismus, der Überschaubarkeit und vermeintlich Sicherheit verspricht. Diese Tendenzen gibt es nicht nur in (Ost-)Deutschland, sondern europaweit von Großbritannien über die Niederlande, Italien, Österreich und Ungarn und vielleicht auch weltweit. Der Zeitgeist verspricht diesen Politikern Zuspruch, Popularität und Wahlerfolg.

„Der Traum ist aus“, sang 1972 Rio Reiser von der deutschen Rockgruppe *Ton Steine Scherben*. In dem Song träumte er

*„der Krieg wär vorbei [...]
Alle Türen waren offen, die Gefängnisse leer
Es gab keine Waffen und keine Kriege mehr*

Das war das Paradies ...“

weiter zunehmende Realität. Nationalstaaten haben keine Zukunft, weil alle Waren, Güter und Gedanken weltweit produziert werden und weltweit über alle Grenzen hinweg zirkulieren und mit ihnen die Menschen.

Das verhindern auch Politiker nicht.

*„Wir haben nichts zu verlieren, außer uns'rer Angst
Es ist uns're Zukunft, unser Land
Gib mir deine Liebe, gib mir deine Hand.“*

Auch wenn das keine Wirklichkeit wird, ist das Ziel einer Gesellschaft ohne Grenzen kein Traum, sondern



Für 10,- Euro Bargeld von Dachau nach München

Vier Monate solidarischer Kartentausch



Ausgetauscht

die mit Gutscheinen gefüllte Gutschein-Box muss innerhalb einer Woche leer werden, damit die Bargeldkasse wieder für eine neue Runde Kartentausch gefüllt ist.

Seit Juli 2024 gibt es die Bezahlkarte für Geflüchtete auch in München und seitdem praktizieren die Mitglieder der *Offen!* Kampagne den solidarischen Kartentausch. Die Idee dazu stammt aus Hamburg und ist bestechend einfach: Von der Bezahlkarte betroffene Menschen gehen in einen Supermarkt und erwerben dort mit dieser Karte einen Geschenk-Gutschein, den sie dann wiederum an einer Kartentausch-Stelle in Bargeld umtauschen können. Auf diese unkomplizierte Art und Weise kommen die Menschen an etwas zusätzliches Bargeld und das Schöne daran: Keiner verdient damit – aber beide Seiten gewinnen. Die Gutscheine werden dann wiederum von solidarischen Menschen gegen Bargeld abgenommen und ein hilfreicher Kreislauf entsteht. Nach vier Monaten Kartentausch wird es Zeit für eine erste Zwischenbilanz. Von Matthias Weinzierl

Die Einführung der Bezahlkarte ist ein weiterer unrühmlicher Tiefpunkt deutscher Asylpolitik. Die Idee hierzu ist nicht neu und folgt einer altbekannten Mär: Menschen würden nach Deutschland fliehen allein wegen der vielfältigen finanziellen Unterstützung, die sie hier erwarten. Schaffe man also diese Anreize ab, dann hörten auch umgehend die Fluchtbewegungen auf.

Was für ein himmelschreiender Blödsinn. Als hätten die vor Jahren nach diesem Muster bereits ausgeführten Grausamkeiten, wie das mittlerweile abgeschaffte Sachleistungsprinzip mit seinen unerfreulichen Begleiterscheinungen wie Essens- und Hygienepaketen und die Versorgung der Menschen mit Kleidung aus Kleiderkammern nicht eindrucksvoll bewiesen: Die Menschen fliehen von derlei Maßnahmen gänzlich unbeeindruckt weiter.

Noch einmal daher für all die Denkschwachen und fieseln Märchenerzähler*innen da draußen: Kein Stacheldraht, kein Ausreisezentrum, keine gekürzten Sozialleistungen, keine reduzierte medizinische Versorgung, keine unwürdige Unterbringung, und auch keine Bezahlkarte wird Menschen jemals davon abhalten, aus Krieg, Unterdrückung und Chancenlosigkeit zu fliehen. Das Einzige, was derlei Maßnahmen unter Garantie produzieren, ist die Fortsetzung von grenzenlosem Leid.

Endlich etwas tun

Als sich die Einführung der Bezahlkarte auch in München abzeichnete, war es uns vom Bündnis *Offen!* ein grundlegendes Bedürfnis aktiv zu werden. Wir saßen bei einem der regelmäßig stattfindenden Orga-Treffen und überlegten, wie wir auf diese Grausamkeit sinnvoll reagieren könnten. Diese rechtspopulistische Symbolpolitik, die den Betroffenen das Alltagsleben massiv erschweren würde, konnten und wollten wir nicht einfach so hinnehmen. Aber eine weitere Kundgebung, bei der wir (ungehört) unseren Protest hätten formulieren können, war uns dieses Mal nicht

mehr genug – wir wollten mehr. Wir wollten die Betroffenen konkret unterstützen und gleichzeitig die notwendige Debatte über Sinn und Unsinn der Bezahlkarte befeuern. Als wir von der Hamburger Tauschidee erfuhren, war uns allen sofort klar: Das ist sie, die gesuchte Aktionsform.

Der Start, denkbar unkompliziert: Wir legten einen Flyer mit einer einfachen Handlungsanleitung auf, den wir in sieben Sprachen übersetzten. Nach einer Kick-Off Veranstaltung, bei der wir etwa 30 interessierten Personen die Idee vorstellen konnten, haben wir an unseren ersten zwei Standorten in München mit dem Kartentausch losgelegt. Was folgte war unglaublich: Unser Tauschangebot wurde vom ersten Tag an angenommen. Die Menschen kamen, und sie kamen aus fast allen Regionen Bayerns. Einige fuhrten dafür mehrere Stunden mit dem Zug, um für sich selbst und für andere Menschen Gutscheine in Bargeld umzutauschen. Vor den Tauschstelle bildeten sich lange Schlangen, manchmal bis auf die Straße hinaus – wir waren absolut gefordert und machten unsere ersten, wichtigen Erfahrungen.



Es ist angerichtet

*Bei Hin & Weg findet
der Kartentausch an
hell erleuchteten
Bierbänken unter
freiem Himmel statt.*



Matthias Weinzierl
ist freier Grafiker
und engagiert sich
bei Offen!

Natürlich haben wir so einige Anfangsfehler gemacht. Um gewährleisten zu können, dass jeder Gutschein mit dem genannten Geldbetrag geladen und aktiviert ist, muss zum Beispiel jeder Gutschein online überprüft werden. Diese Überprüfung kostet viel Zeit und die haben wir uns anfangs – auch aufgrund von Personalmangel – einfach gespart. Das war ein großer Fehler. Chaos und Unsicherheiten folgten. Zudem hatten wir noch keine einheitliche Regel, wieviel Bargeld wir pro Person aushändigen wollten. Da viele eine weite Anreise und die damit verbundenen Mühen auf sich genommen hatten, war die Anspannung bei den Wartenden groß: Bekomme ich heute noch etwas Bargeld oder war mein Kommen vergebens? Dieses Bangen führte zu Reibereien und Stress für alle Beteiligten.

Wir standen vor einem Dilemma: Wir konnten immer nur so viel Gutscheine abnehmen, wie sich Bargeld in unseren Kassen befand. Viel zu schnell gab es kein Bargeld mehr und wir mussten die Wartenden nach Hause schicken und vertrösten. In der Folge beschränkten wir das Tauschlimit auf 50 Euro pro Person, gaben Wartenummern aus und führten Sonderregeln für Eltern mit kleinen Kindern ein. Damit möglichst wenige leer ausgingen, organisierten wir Kartentausch-Termine, sowohl für Tauschwillige als auch für Gutschein-Abnehmer*innen zur gleichen Zeit. Diese Art des Tausches bewährte sich – und wir konnten so ein klitzekleines Stück persönlicher Freiheit wieder herstellen.

Ein wichtiger Nebeneffekt des zeitgleichen Gutschein- und Bargeldtauschs ist die direkte Begegnung der bei-

den Gruppen – also der von der Bezahlkarte betroffenen geflüchteten Menschen und der Tauschwilligen. Solche Begegnungen sind äußerst selten und von unschätzbarem Wert, denn es entstehen persönliche Verbindungen und wichtige Einblicke in die katastrophale Lebensrealität von geflüchteten Menschen werden denjenigen vermittelt, die unter Umständen helfen können. Nur durch direkten Austausch und gegenseitigem Interesse ist eine solidarische und empathische Gesellschaft auch künftig denkbar.

Legal, legitim und bitter notwendig

Trotz dieser positiven Erfahrungen in den letzten vier Monaten und des großen Erfolgs der Aktion Kartentausch ist eines klar: Wir können geflüchtete Menschen im Freistaat Bayern nicht flächendeckend mit Bargeld versorgen. Trotz der konkreten Hilfe im Einzelfall ist auch unsere Aktion im Wesentlichen symbolisch zu verstehen.

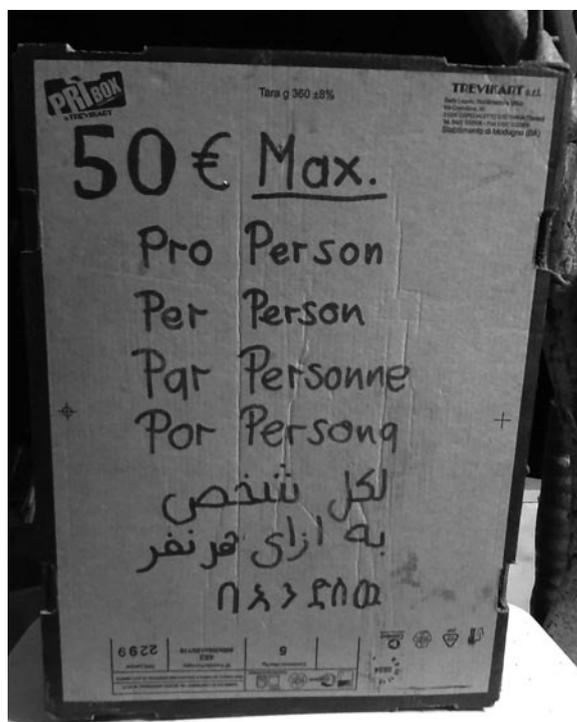
Unser Ziel ist es die menschenverachtenden Auswirkungen der Bezahlkarte aufzuzeigen. Deswegen agieren wir auch nicht im Verborgenen, sondern machen aktiv Öffentlichkeitsarbeit für die Aktion, geben Interviews und stellen den Kartentausch bei möglichst vielen Organisationen und Institutionen vor. Das Interesse der Presse ist enorm, so berichtete neben der Münchner Lokalpresse unter anderem der *Spiegel* sowie das *Bayerische Fernsehen*. Der erwartbare Aufschrei seitens der CSU und AfD ließ nicht lange auf sich warten. So stellten die Münchner Christsozialen erst kürzlich eine Anfrage an Dieter Reiter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, in der sie unverhohlen eine mögliche Mittelkürzung der beteiligten städtischen Einrichtungen suggerierten.

Trotz massiver Kritik aus dem konservativen, rechten und rechtsextremen Lager sowie seitens der *Juristen in der CSU* aufgestellten Forderung, der Kartentausch müsse unter Strafe gestellt werden, haben der Bayerische Innenminister sowie die Staatsanwaltschaft München bereits erklärt, dass der Kartentausch nicht strafbar ist. Unser Kartentausch ist – auch wenn das unsere Gegner*innen nicht gerne hören – legal, legitim und bitter notwendig.

Welche Nöte die Bezahlkarte auslöst, zeigt sich Woche für Woche in den Begegnungen und Gesprächen, die am Rande unserer Tauschaktionen stattfinden. Da kommt zum Beispiel ein Mann kurz vor Schluss und möchte noch unbedingt seinen Zehn-Euro-Gutschein

Kartenlimit

50,00 € pro Monat sind einfach zu wenig. Doch auch beim Kartentausch gilt das Limit von 50,00 €, damit möglichst viele Personen eine Chance auf etwas zusätzliches Bargeld erhalten.



getauscht bekommen. Dafür ist er extra aus Dachau angereist. Oder die afghanische Frau in der Schlange, von der wir erfahren, dass derzeit ihre Kinder in Pakistan festhängen und auf Unterstützung von ihr warten. Hierfür möchte sie 50 Euro bei uns tauschen. Ein weiterer benötigt Bargeld für die Kursgebühr seines Deutschkurses, ein anderer muss die notwendige Rate für seinen Asylanwalt bezahlen. Eine Person aus dem Starnberger Raum erzählt uns, sie dürfe mit ihrer Bezahlkarte nur im örtlichen Biomarkt einkaufen. Wegen der horrenden Preise dort könne sie jetzt nur noch deutlich weniger Lebensmittel für sich und ihre Familie erwerben. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen. So viele Menschen in der Warteschlange stehen, so viele legitime Gründe für etwas mehr finanzielle Freiheit im Alltag gibt es.



Alle sind gefragt

Unser Kartentausch ist auf jede Menge solidarischem Handeln aufgebaut, denn wir können nur weitermachen, wenn der Strom der Unterstützungswilligen nicht abreißt. Und wir haben das große Glück, dass die Münchner Stadtgesellschaft uns sehr gewogen ist. So beteiligen sich Hausgemeinschaften, Betriebsgruppen, Cafés, Bastelgruppen, Kirchengemeinden, ein Buchladen, eine Montessorischule, Elterngemeinschaften, Wohnprojekte und viele mehr. Und das Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat.

Es handelt sich beim solidarischen Kartentausch weder um Wohltätigkeit noch um Barmherzigkeit oder eine klassische Charity-Aktion, denn die erworbenen Gutscheine haben denselben Wert wie das eingetauschte Bargeld. Dadurch wird ein paternalistisches Moment vermieden, das vielen anderen Aktionen innewohnt, denn niemand spendet hier Geld oder Sachmittel. Gespendet wird einzig und allein Zeit und Engagement. So kann jede und jeder klarstellen, dass er oder sie diese bevormundende und diskriminierende Politik ablehnt.

Unsere Kritiker*innen werfen uns vor, dass wir mit unserem Handeln die Demokratie unterlaufen würden. Das Gegenteil ist der Fall: Eine Gesellschaft, in der mündige Bürger*innen nicht tatenlos hinnehmen, wenn eine ganze Bevölkerungsgruppe benachteiligt wird, ist zu einem demokratischen, verantwortlichen und solidarischen Handeln verpflichtet. Solange sich angesichts solcher Ungerechtigkeiten aktiver Widerstand regt, solange besteht zumindest noch Hoffnung.<



Frauen in die Ruhmeshalle

von Marianne Walther

In den Jahren 1843 bis 1853 wurden die Statue der Bavaria und die Ruhmeshalle, in der 84 „große Persönlichkeiten“ der bayerischen Geschichte geehrt werden sollten, zusammen erbaut. 1966 beschloss der Bayerische Ministerrat, dass weiterhin bayerische Persönlichkeiten, die sich um Volk und Staat verdient gemacht haben, durch Aufstellung ihrer Büste geehrt werden sollen.

Frauenköpfe allerdings musste man bei den über hundert Köpfen lange suchen.

Erst im April 2000 zogen die Büsten der Schriftstellerin Lena Christ und die Schauspielerin Klara Ziegler in die Ruhmeshalle ein.

Das wollte die Künstlerin Aneta Steck nicht stehenlassen und nahm es zum Anlass, im November 2006 ihre selbst modellierte eigene Büste in der Ruhmeshalle aufzustellen.

Unbemerkt stand diese Gipsbüste 7 Monate (!) zwischen Feldherren, Dichtern und Staatsmännern Bayerns, und keine*r hat's bemerkt. Wollte sich keine*r die Blöße geben, die Künstlerin nicht zu kennen?

Welch eine großartige Aktion!

ABSCHIEBEN, ABSCHIEBEN,

ABSCHIEBEN

Die Debatte um Abschiebungen ist wieder angelaufen und mehr Konsequenz und Härte werden nicht nur von ganz rechts gefordert. Aber ist Abschiebung eine logische Antwort auf Straftaten? Natürlich nicht! Wie kann es dann sein, dass sich das Argument trotzdem in der öffentlichen Debatte so hartnäckig hält? Wie werden Abschiebungen von der Politik gerechtfertigt? Jana Weidhaase und Stephan Dünnwald vom *Bayerischen Flüchtlingsrat* gehen diesen und anderen Fragen nach und erzählen auch die Geschichten von Menschen, die Abschiebungen Paroli geboten haben.



Ein Mann ging mit einem Messer auf Besucher*innen eines Volksfestes los, tötete drei Menschen und verletzte weitere, bevor er überwältigt werden konnte. Er lebte in einer Unterkunft, radikalisierte sich, wie es heißt, und bekannte sich zum *Islamischen Staat*. Eine Welle der Empörung rollt durch die Republik: Gegen die Ausländerbehörde, die erfolglos – und wohl auch etwas energielos – die Dublin-Abschiebung nach Bulgarien betrieben hatte und gegen die Anwältin des Mannes, die angeblich Tipps gegeben habe, wie eine Abschiebung zu verhindern sei. Die Empörung richtet sich vielerorts auch gegen Geflüchtete und mehr Abschiebungen, auch in Diktaturen, und Zurückweisungen an den Grenzen werden gefordert.

Warum eigentlich? Das ist eine schon fast ketzerische Frage, denn die Notwendigkeit von Abschiebungen hat nicht in Frage gestellt zu werden. Abschiebung ist unhinterfragbar und ist der Weg aus einer Flüchtlingskrise heraus. Die Tat von Solingen ist nur der vorläufig letzte Stein in einer ganzen Wand der Abwehr gegen Geflüchtete. Der Notstand wird von

Unionspolitiker*innen ausgerufen – die sich hier gern an die AfD anlehnen – und die Einreise von Menschen, denen Schutz gewährt werden muss, wird zum Problem gemacht. Die Landkreise seien am Limit. Auch hier herrsche Notstand. Ein „Vollzugsdefizit“ wird beklagt: Es werde zu wenig getan, um ausreisepflichtige Personen auch wirklich abzuschieben.

Es ist – mal wieder – eine große Debatte um Abschiebungen entbrannt.

ABSCHIEBUNG als Lösung

Die Diskussion um Abschiebung suggeriert, dass mit der Abschiebung ein Ziel erreicht wird. Wäre der Täter von Solingen rechtzeitig abgeschoben worden, dann hätte er nicht gemordet. Oder? Zumindest hätte er wahrscheinlich nicht in Solingen zugeschlagen, sondern vielleicht in Bulgarien. Oder sonstwo, denn Bulgarien behandelt Geflüchtete so schlecht, dass viele

deutsche Gerichte die Abschiebung dorthin untersagen.

Abschiebungen, besonders Abschiebungen von Straftäter*innen, funktionieren nach dem einfachen Reflex: Hauptsache, nicht bei uns. Das ist in einer zunehmend zusammenwachsenden Welt ein wenig vernünftiger Umgang mit Verantwortung. Ein Vergewaltiger oder Mörder, abgeschoben nach Afghanistan, nachdem er die Hälfte seiner Haft verbüßt hat, wird dort auf freien Fuß gesetzt. Ist das die Lösung?

Der Täter von Solingen scheint sich auch erst in Deutschland radikalisiert zu haben. Dennoch war die Frage der Präventionsarbeit nicht Gegenstand der öffentlichen Debatte. Die Hinweise darauf, dass die Lebensumstände von Geflüchteten, wie Lager, Enge, Arbeitsverbote, zu einer psychischen Destabilisierung und Radikalisierung beitragen können, waren spärlich gesät. Mit Abschiebung kann ein Amoklauf nicht verhindert werden. Nur wenige Tage nach der Tat in Solingen stach eine Frau in Siegen mit dem Messer um sich. Eine Frau ohne Migrationsgeschichte.

Die Abschiebedebatte ist ein Reflex. Und sie ist zugleich die Ausweitung der Debatte von der Tat eines Einzelnen auf eine ganze Gruppe: auf Geflüchtete oder auch Migrant*innen oder Muslim*innen. Sie stellt die Legitimität der Anwesenheit dieser Menschen in Frage. Und Abschiebung, so die Vorstellung, sorgt für Abwesenheit und so auch für Abwesenheit von Problemen und Kriminalität.

ABSCHIEBUNG als große symbolische Tat

Nur Tage nach dem Anschlag in Solingen schiebt Deutschland 28 afghanische Straftäter nach Kabul ab. Das scheint die prompte Antwort der Bundes- und Landesregierungen auf die Tat zu sein. Das wurde von Regierungsseite nicht dementiert, doch die Abschiebung nach Kabul war tatsächlich schon viel früher geplant: Ihr

gingen monatelange Vorbereitungen voraus. Der Abschiebeflug wurde mit *Qatar Airways* durchgeführt und ohne, dass Deutschland ein direkter Kontakt mit den Taliban nachzuweisen wäre. Für

Menschenrechtsorganisationen war die Abschiebung in ein von Taliban beherrschtes Afghanistan ein



Tabubruch, ein Zurückstoßen in einen Verfolgerstaat. Für viele andere und besonders die Regierung war sie ein positives Signal, „Handlungsfähigkeit“ beweisen zu können. Das lenkt den Blick ab von anderen Fragen: Dürfen Menschen, die in Deutschland Schutz bekommen haben, weil ihre Situation im Herkunftsland lebensgefährlich ist, abgeschoben werden? Und sind 28 Straftäter, die abgeschoben worden sind, viel?

Jakob Augstein hatte 2018, im Nachgang zu dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin, darauf hingewiesen, dass Abschiebungen hochsymbolische Akte sind, die das inhärente Versprechen nicht halten. Augstein schreibt: „Die Populisten belügen uns: Deutschland kann gar nicht alle Illegalen abschieben. Es sind zu viele. Wie wäre es mal mit Ehrlichkeit? Nach der Willkommenskultur brauchen wir jetzt die Bleibekultur.“

Von Ende 2016 bis Mitte 2021 hat Deutschland Monat für Monat abgelehnte Afghanen nach Kabul abgeschoben. Der letzte Flug im Sommer 2021 musste abgesagt werden, weil die Taliban schon die Macht in Kabul übernommen hatten. Monat für Monat ging ein Charterflug nach Kabul, mit mal zehn, mal 30, mal 69 – pünktlich zu Seehofers 69. Geburtstag – abgelehnten Afghanen. Bei aller Regelmäßigkeit wurde nur ein Bruchteil der ausreisepflichtigen Afghanen abgeschoben. In andere Staaten konnte (und kann) gar nicht abgeschoben werden, in manche nur, wenn ein Reisepass vorliegt. Bei den Überstellungen im sogenannten Dublin-Verfahren, also der Abschiebung innerhalb der Europäischen Union in das für das Asylverfahren zuständige Land, sieht es nicht besser aus: 75.000 Übernahmearbeiten stehen 5.000 durchgeführte Abschiebungen gegenüber. Eine erbärmliche Leistungsbilanz der Behörden angesichts des Getöses um mehr Konsequenz und Härte bei Abschiebungen.



Bei einem Blick in die Pressemitteilungen des Bayerischen Innenministeriums fällt auf, dass jede erfolgreiche Sammelabschiebung gefeiert wird. Die Zahl der Straftäter*innen, die sich darunter befindet, wird dann hervorgehoben; zuletzt bei den Sammelabschiebungen nach Tunesien und Afghanistan. Der Innenminister gibt regelmäßig seine Freude über die steigenden Zahlen von Abschiebungen und freiwilliger Ausreisen bekannt. Sein Ruf nach einer Wende in der

Migrationspolitik und die Forderung nach konsequenterer Umsetzung von Abschiebung ist schon lange zu hören.

Politiker*innen behaupten gerne die Notwendigkeit von Abschiebungen, denn nur diejenigen, die Schutz bekämen, sollten auch bleiben dürfen. Die, deren Gesuch auf Flüchtlingsschutz abgelehnt wurde, müssten gehen. Sonst würde das Asylverfahren keinen Sinn machen. Das klingt logisch, aber ist es auch vernünftig und human? Wenn nur ein kleiner Teil derjenigen, die kein Asyl bekommen und folglich das Land verlassen müssen, auch abgeschoben werden, dann ist das Argument eher schwach. Dann sollten wir uns an Jakob Augstein halten und an einer Bleibekultur arbeiten.



BLEIBEKULTUR heißt Paroli bieten

Wer jedoch an einer Bleibekultur arbeitet, den Flüchtlingsschutz verteidigt, Geflüchteten auch den Zugang zum Asylverfahren weiter ermöglichen will, und wer vor allem Zweifel am gesellschaftlichen Sinn von Abschiebungen hat, ist gerade nicht beliebt. Die Anwältin des Täters von Solingen bekommt massive Drohungen, weil sie angeblich ihrem Mandanten Tipps gegeben habe, wie er die Abschiebung verhindern könne. Insgesamt werden Anwält*innen und Unterstützer*innen angegriffen, weil sie Geflüchtete und Migrant*innen vertreten. Bleibekultur ist nicht en vogue.

Bleibekultur heißt, einen Rest Vernunft, Menschlichkeit und Pragmatismus zu bewahren. Bleibekultur heißt, die Menschen zu sehen und nicht an erster Stelle die Abschiebestatistik. Bleibekultur heißt vor allem in diesen Zeiten: Paroli bieten, Einspruch erheben, Abschiebungen verhindern.

Im *Bayerischen Flüchtlingsrat* häufen sich seit Monaten Fälle, in denen Behördenhandeln zu härtesten Folgen für Betroffene führt. Betroffen, das sind in erster Linie die Geflüchteten, denen Möglichkeiten verwehrt und verweigert werden. Das sind aber auch die Arbeitgeber*innen und Ausbildungsbetriebe, die Schulen, die Sprachinstitute; denn alle investieren sie in die Perspektive einer Person, der diese Perspektive, sei es eine Arbeits- oder Ausbildungsurlaubnis, sei es ein Weg in den sicheren Aufenthalt, brutal genommen wird. Betroffen sind Familienangehörige, Freund*innen, Mitschüler*innen und Kolleg*innen. Integration heißt auch, viele

Kontakte zu haben, Freund*innenschaften und gute kollegiale Verhältnisse aufzubauen. All das kann die Ausländerbehörde mit einem einzigen Verwaltungsakt zunichtemachen.

Und die Behörden, getrieben durch die politischen Debatten, enthemmt Abschiebungen durchzuführen, melden Vollzug: Ein Mann aus Sierra Leone, der erfolgreich das erste Jahr seiner Ausbildung zur Pflegehilfskraft absolviert hatte, wird verhaftet und abgeschoben. Zwei weitere Pflegeschüler, beide haben ebenfalls das erste Schuljahr erfolgreich beendet, werden zur Abschiebung gesucht und tauchen unter. Die Geschichte des einen jungen Mannes, er kommt aus Gambia und ist erst seit zwei Jahren in Deutschland, wird dem Integrationsbeauftragten per Schreiben vorgelegt. Sei denn hier nichts zu machen? Brauche Bayern denn keine Menschen, die gern in der Altenpflege arbeiten? Der Beauftragte schreibt nur trocken zurück: Da könne er auch nichts machen.

Besonders inhuman zeigt sich die Fratze des Abschiebewahns bei Abschiebungen von vulnerablen Gruppen. Vor wenigen Wochen wird eine alleinstehende und psychisch kranke Senegalesin aus München abgeschoben. Sie soll bald eine Therapie beginnen und steht unter rechtlicher Betreuung. Im Senegal hat sie keine Angehörigen und aufgrund ihrer Krankheit ist sie auch nicht in der Lage, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Bei der Abschiebung wird sie gefesselt. Im gleichen Abschiebeflieger sitzt auch eine alleinerziehende Mutter mit ihrer Tochter.



Ähnlich rigoros handeln die Behörden bei einer nigerianischen Familie: Als die Polizei zur Festnahme ins Zimmer der Familie kommt, springt der Vater aus dem Fenster. Er verletzt sich am Bein und kann wegen der Thrombosegefahr nicht abgeschoben werden. Die Mutter und die zwei behinderten Kinder werden allein abgeschoben, ohne Mittel und ohne Kontakte in Lagos. Sie kann nicht gleichzeitig die Kinder beaufsichtigen und den Lebensunterhalt verdienen. Der Vater, so die Behörde, könne ja nachreisen.

Verhinderte ABSCHIEBUNG

Es gibt nur wenige Fallkonstellationen, in denen eine Abschiebung verhindert werden kann. Oft ist es zu spät, oft greifen die rechtlichen Mittel nicht mehr. Bei

Krankheitsfällen sind die vorliegenden Atteste meist nicht ausreichend und neue können so schnell nicht beschafft werden. Manchmal aber gelingt es, die Abschiebung zu verhindern.

So wie bei einem Nigerianer, der seit 2015 in Deutschland lebt. Er hat einige gesundheitliche Probleme. Er verhält sich stets unauffällig. Nur einmal reist er für kurze Zeit nach Frankreich aus. Wegen dieser Unterbrechung der Duldungszeit in Deutschland bekommt er kein Bleiberecht für langjährig Geduldete. Er arbeitet als Helfer in einer Backstube, bis er 2023 ein Arbeitsverbot bekommt. Eine Anfrage bei der Härtefallkommission zuvor war erfolglos, da er aufgrund seines Alters – über 50 Jahre – nicht mehr genug Rentenbeiträge einzahlen würde. Die Abschiebung im Dezember 2023 scheitert, weil der Flug nach Nigeria ausfällt. Er kommt danach zurück ins Ankerzentrum Oberbayern. Dort stellt eine Sozialberaterin fest, dass es ihm psychisch sehr schlecht geht. Es wird ein ärztliches Gutachten organisiert und damit schließlich ein Abschiebeverbot erreicht.

Oder wie bei einem Mann aus dem Iran. Er hat einen unbefristeten Arbeitsvertrag bei Amazon und wird im Frühsommer in Haft genommen. Er ist kein prominenter Aktivist, im Iran war er aber regelmäßig auf Demonstrationen für die Freiheit und Rechte insbesondere der Frauen. Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* lehnt einen Folgeantrag ab. Der dazugehörige Eilantrag wird vor dem Verwaltungsgericht in Augsburg ebenfalls abgelehnt. Schließlich wird der Mann nach Frankfurt gefahren: Um 14 Uhr soll der Flieger nach Teheran gehen. Die Bundespolizei bringt ihn in das Flugzeug und lässt ihn dann dort allein. Der Mann hat aber nicht vor, freiwillig zu fliegen und verlässt das Flugzeug wieder. Nach ein bisschen Wettrennen durch das Terminal wird er von der Bundespolizei festgehalten. Da kein neuer Haftbefehl vorliegt und der Flieger weg ist, setzt die Polizei ihn nicht nur auf freien Fuß, sondern fährt ihn auch heim. Sicher ist er aber noch nicht. Der *Bayerische Flüchtlingsrat* bereitet einen Antrag bei der Härtefallkommission vor, doch es sollte anders kommen. Die Verwaltungsrichterin, die das Eilverfahren abgelehnt hatte, entschied im Hauptverfahren: Die politische Aktivität ist doch so erheblich, dass sie den Mann bei einer Rückkehr in den Iran in Gefahr bringt. Die Richterin korrigierte so ihr Urteil im Eilverfahren und verwies den Fall zur erneuten Prüfung an das BAMF.



Manchmal ist die Ausländerbehörde auch vorsichtig. Der Koch einer *Augustiner*-Gaststätte in München, ein Mann aus dem Irak, bekommt ein Schreiben, dass die Ausländerbehörde beabsichtige, ihn abzuschicken. Er geht zum Anwalt und zum *Bayerischen Flüchtlingsrat*, der auch hier ein Härtefallverfahren einleiten will. Allerdings hat der Mann schon beinahe alle Voraussetzungen für eine Aufenthaltserlaubnis für gut integrierte Geflüchtete beisammen. Ein Antrag auf Aufenthalt wird gestellt, die Ausländerbehörde signalisiert, das wohlwollend prüfen zu wollen. Wenn eine Ausländerbehörde vermutet, dass sie mit einer Abschiebeentscheidung vielleicht viel politischen Wirbel verursacht und für Ärger bei gewichtigen Leuten sorgt, agiert sie anders, als wenn es darum geht, eine Familie zu verhaften und ins Nirgendwo zu deportieren. *Amazon* kümmert sich wenig um einen Mitarbeiter, dem die Abschiebung droht. Bei einer *Augustiner*-Wirtschaft kann das ganz anders sein, wenn jemand deren Koch abschieben will. Der Mann ist noch da und kann, wie er stolz sagt, die ganze bayerische Speisekarte rauf und runter kochen. Mahlzeit!

Andere können aufgrund einer Entscheidung durch die bayerische Härtefallkommission bleiben. Eine Petition beim Bayerischen Landtag ist bei Abschiebefällen aber eher erfolglos. Ist der Flug schon gebucht, wird eine Petition meist nicht mehr angenommen. Selbst, wenn sie rechtzeitig gestellt werden, wird der Großteil der Petitionen von der Ausschussmehrheit, bestehend aus Abgeordneten der CSU und der Freien Wähler, abgelehnt. Die Betroffenen können ja freiwillig ausreisen und dann mit einem Ausbildungsvertrag wieder einreisen.

Weg und doch da

Am Ende sind es nicht nur die Abgeschobenen, die diese Politik produziert. Wenn der bayerische Innenminister Abschiebungen feiert, dann feiert er auch die Zahl derer, die euphemistisch „freiwillig Ausgereiste“ genannt werden. Und deren Zahl ist wesentlich höher als die der Abgeschobenen. Freiwillig Ausgereiste, das sind zumeist die, die aus den Unterkünften verschwunden sind. Wenn sich Personen nach Tagen nicht wieder in der Unterkunft melden, gelten sie als ausgereist. Dutzende Männer aus Sierra Leone, die aus Angst vor Verhaftung nicht mehr in ihren Unterkünften schlafen, werden so für ausgereist erklärt, obwohl sie zum Teil in München oder anderen Städten sind, unter Brücken schlafen und sich notdürftig durchschlagen. In der Auseinandersetzung um Abschiebung und Abschiebeverhinderung verlieren wir viele aus den Augen. Sie



Stephan Dünnwald
arbeitet beim Bayerischen Flüchtlingsrat und beim Bellevue di Monaco



Jana Weidhaase
arbeitet beim Bayerischen Flüchtlingsrat





sind am Montag nicht mehr in der Klasse, kommen nicht zur Arbeit, sie gehen nicht mehr ans Telefon, sie sind weg und doch da. Manche gehen in andere europäische Staaten, versuchen es dort noch mal. Die Abschiebepolitik produziert Illegalisierte, Menschen ohne Rechte, Menschen auf der Straße, Menschen, die erschreckt und traumatisiert sind. Allein das wäre ein Grund, Abschiebungen mal grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen.<



Drückerberggassl

von Marianne Walther

Auf der Rückseite der Feldherrnhalle in München gibt es eine kleine Straße, die Viscardigasse. Im Volksmund wird sie das Drückerberggassl genannt.

Am 9. November 1923 scheiterte Hitlers Putschversuch: Die Weimarer Republik sollte gestürzt werden. Dabei kamen 15 Putschisten ums Leben. Deshalb wurde 1933 an der Ostseite zur Residenzstraße ein Ehrenmal mit den Namen der getöteten Putschisten und der Inschrift „Und ihr habt doch gesiegt“ aufgestellt. An dieser Stelle fanden Vereidigungen und Aufmärsche statt. Während der Nazizeit stand Tag und Nacht eine Ehrenwache vor dem Ehrenmal.

Jede*r, der hier vorbeiging, musste als Ehrenbezeugung den Hitlergruß zeigen. Jede*r, der* das vermeiden wollte, kannte den Weg durch die Viscardigasse und leistete damit einen kleinen, stillen Widerstand.

Leider weiß ich nicht, von wem die folgende Idee stammt, die ich großartig finde: Das Drückerberggassl offiziell in die „Gasse des aufrechten Gangs“ umzubenennen.<





„In einer Machokultur wirst du als Transmensch automatisch zur Zielscheibe“

Frenesys* ist in Honduras geboren und hat bis zu ihrem 30. Lebensjahr dort gelebt. Als Vertreterin der LGBTQ+**-Organisation *Arcoiris de Honduras* lud man sie 2016 zu einem internationalen Treffen von Transpersonen nach Europa ein. Am Ende ihrer Rundreise beantragte sie 2016 politisches Asyl in Deutschland. Sie hatte große Angst zurückzugehen, da die Situation in ihrem Heimatland für Transpersonen lebensgefährlich geworden war: Die Morde an Transmenschen stiegen ständig. Sie berichtet von Irritationen und Kämpfen, die bereits in jungen Jahren begannen. Von Frenesys

Um zu überleben musste ich seit meiner Kindheit oft Paroli bieten. Das war nicht einfach, weil in unseren Familien eine Transperson, also jemand der zur LGBTQ+-Community gehört, mit ganz viel Angst aufwächst. Was passiert, wenn ich jetzt hier von meiner eigenen Familie ausgegrenzt und diskriminiert werde? Klar, dass ich schon als Kind ganz viel Angst hatte. Als Kind und junges Mädchen kannte ich keine Organisationen, die sich mit Diversität beschäftigt hätten. Was ich damals wusste: Irgendwie gab es Homosexuelle, die hat man aber nicht wirklich gesehen. Waren die so selten? Damals habe ich mich ständig gefragt: Bin ich die Einzige, die so ist, bin ich die Allereinzige? Ich wusste nicht, wie ich damit zurechtkommen sollte.

Mit zehn Jahren änderte sich das langsam, da lernte ich mehr Leute kennen, in der Nachbarschaft, in der Schule. Und ich habe einige Menschen gesehen, die schon offen ihr Anderssein gelebt haben. Das aber traute ich mich da noch nicht, da ich unglaubliche Angst vor der Zurückweisung durch meine Familie hatte.

Bei uns gab es Leute, die für mich Vorbilder waren. Ich habe homosexuelle Menschen, Schulkolleg*innen, kennengelernt, aber da hatte sich meine Identität noch nicht ausdifferenziert. Das Einzige, was man so kannte, war irgendwie homosexuell, schwul zu sein. Mit 14 habe ich mich dann endlich getraut und es gewagt, bei einem Schulfest so aufzutreten, wie ich mich fühle, wie ich bin. Die Folge war, dass ich am nächsten Tag ins Büro vom Schulsozialarbeiter gerufen wurde und mir gesagt wurde, dass es hier in Honduras illegal sei sich so zu zeigen. Damit haben sie mein Coming-out sofort gestoppt!

Gerüchte zwangen mich, meine Familie zu verlassen

Nach diesem Konflikt in der Schule fingen die Gerüchte an und meiner Familie wurde zugetragen, dass ich in Frauenkleidern rumlaufe. Mein Vater stellte mich zur Rede, wir stritten heftig. Er war mit meiner Identität nicht einverstanden und beschimpfte mich. Das war Homophobie oder Transphobie und er sagte:

„Lieber tot als eine Schwuchtel in der Familie.“ Von dem Tag an, unterstützte mich mein Vater nicht mehr, so dass ich die Schule nicht weiter besuchen konnte. Ich dachte, wie soll mein Leben weitergehen? Was mache ich jetzt? Komplizierend kam hinzu: Mein Vater hatte Diabetes und deswegen war es sehr schwierig mit ihm umzugehen, wenn er Wutanfälle bekam, weil das auf seine Gesundheit zurückschlug. Es wäre nicht gegangen, dass ich bleibe.

Also versammelte ich meine Familie, meine Mama und meine Schwestern – mein Vater war nicht da –, um ihnen zu sagen, dass ich so leben möchte, wie ich eben bin. Und das hieß für mich: Ich musste weggehen. Mit dem Konflikt zwischen mir und meinem Vater konnte ich nicht so wie bisher weiterleben. Deshalb nahm ich meinen ganzen Mut zusammen und sagte, dass ich auch etwas wert bin und hier meinen eigenen Weg gehen muss, mein eigenes Leben leben muss, auch wenn das mit der Familie genauso schwierig ist, wie draußen mit der Gesellschaft.

Wenn du in einem Land wie Honduras eine Transfrau, eine junge Transfrau, ein Transmädchen bist, dann wirst du automatisch zur Zielscheibe. Wenn du in weiblicher Kleidung rumläufst, dann erwischt dich die Machokultur mit ihrer Diskriminierung mit voller Wucht. Das passierte mir auch: Wenn ich zum Beispiel auf der Straße ging in der Nähe vom Markt oder im Markt selbst, dann bewarf man mich mit faulen Tomaten und allem, was man an verfaulten Früchten finden konnte.

Über Freunde, bei denen ich damals unterkam, lernte ich mit 14 oder 15 Jahren Leute aus einem Zirkus kennen. Die sagten: „Okay, wir geben dir ein Dach über den Kopf, aber du musst dafür mit uns arbeiten.“ Weil mir schon damals Tanz gefallen hat und ich auch wusste, wie man Tanzchoreografien erstellt, blieb ich dort beim Zirkus. Wir entwickelten beispielsweise Choreografien, um das Publikum willkommen zu heißen.

Zieh' diese Verkleidung aus, forderten die Verwandten

Ich weiß noch, dass sich damals auch mein Äußeres sehr veränderte. Damals war ich blond, hatte lange blonde Haare und mein Vater hat mich auf der Straße nicht erkannt. Oft ging er mit meiner kleinen Nichte an mir vorbei – inzwischen ist sie 22 Jahre alt – und sie erkannte mich sehr wohl. Dann habe ich ihr immer „sch“ mit dem Finger gezeigt.

Nach zwei Jahren besuchte ich zum ersten Mal wieder meine Familie. Als ich ankam, sagte man mir: „Dein Vater ist sehr, sehr krank, er liegt im Sterben.“

Meine Mutter bekniete mich, doch noch mit ihm zu sprechen, damit es eine Versöhnung gäbe. Ich sagte ihr: „Mama, ich kann das nicht.“ Und jetzt lebe ich immer mit diesem Gefühl, dass ich mich nicht mit ihm aussprechen konnte.

Bei der Totenwache war ich dabei. Alle Verwandten, sowohl die meiner Mutter als auch meines Vaters waren da, auch einige entfernte Cousins meiner Mutter, Evangelikale. Die fingen sofort an von Gott zu reden und sagten: „Zieh diese Verkleidung aus, dann wirst du dich mit Gott wieder gut stellen“ und ähnliches. Ich hatte keine Lust mir das anzuhören, was die da reden. Wer sind die, welches Recht haben die denn mir zu sagen, was ich will oder was ich nicht will? Und dennoch: Nach dem Tod meines Vaters und den damit zusammenhängenden Ereignissen hatte ich sehr viel Angst und noch in der Woche danach immer wieder das Gefühl jemand ginge hinter mir her.

Wie die LGBTQ+-Community in Honduras sichtbar wurde

2007 lernte ich die LGBTQ+-Organisation *Arcoiris de Honduras* kennen. Dahin bin ich über eine Person gekommen, die ich im Zirkus kennengelernt habe und die ist bis heute eine gute Freundin von mir. Auch sie ist eine politisch Geflüchtete und lebt inzwischen in Spanien. Sie wurde in Honduras von einem Polizisten mit einem Messer angegriffen, der mehrfach auf sie eingestochen hatte.

Mir hat die Organisation sehr gefallen, beispielsweise, dass sie Interessierte zu Workshops schicken, dass es Empowerment gibt, dass wir viel über Menschenrechte lernen konnten. Also habe ich beschlossen, mehr in Kursen zu diesem Thema zu lernen und der Community zu helfen. Gerade in jener Zeit gab es 2009 den Putsch gegen den Präsidenten José Manuel Zelaya. Die ersten sechs Monate danach waren brutal mit sehr vielen Morden auch an Mitgliedern der LGBTQ+-Community, vor allem Transleute. Bis heute sind das, soweit ich weiß, mehr als 300 Morde. Gleichzeitig wurde die LGBTQ+-Community in Honduras 2009 wirklich sichtbar, im Widerstand gegen den Putsch. Bei den Demonstrationen gingen die Transfrauen vorneweg.

Nach dem Putsch hat der Kampf der Community erst so richtig begonnen. Zwei wichtige Punkte, um die seitdem gekämpft werden, sind, die Identität von Transpersonen offiziell anzuerkennen. Das ist bis heute nicht der Fall. Und, dass in den Lehrplänen der Schulen das Thema Transgeschlechtlichkeit in Sexualkunde überhaupt aufgenommen und besprochen wird.

Bis jetzt ist das Einzige, was hier erreicht wurde, dass in das deutsche Strafgesetzbuch ein Paragraph hineinkam, in dem es um die Diskrimination aufgrund sexueller Orientierung oder Genderidentität geht. Sich sexuell divers zu orientieren, ist keine Straftat mehr. Das ist wohl neu im Strafgesetz.

Wir haben dazu einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet über die Genderidentität, den wir dem Kongress (Parlament in Honduras, Anm. d. Redaktion) vorlegten. Bis heute liegt der jedoch dort in der Schublade.

Für uns zustehende Menschenrechte kämpfen die LGBTQ+-Kollektive und wir in unserer Organisation weiterhin. Wir wollen nicht, wie oft behauptet, Sonderrechte für die Community, sondern wir wollen unsere Menschenrechte!

2016 kam ich über Brüssel auch nach Deutschland, eingeladen zu einem internationalen Treffen von Transpersonen.

In Deutschland, am Ende dieser Rundreise, bekam ich Angst, weil Menschen, die wie ich, im Ausland die extremen Zustände und Ungerechtigkeiten in Honduras anprangerten, hinterher erst recht zur Zielscheibe wurden. 2016 gab es wieder viele Morde, eine ganze Welle und deswegen empfahlen mir Menschen aus meinem Umfeld, politisches Asyl zu beantragen.

Zum Glück wurde mein Asylrecht anerkannt, doch erst nach einem langen Kampf mit zahlreichen bürokratischen Hürden. Wie eine Neugeburt habe ich das empfunden.

Die Gesellschaft hier finde ich schon tolerant, sehe aber auch, dass es trotzdem viel Diskriminierung gibt. Mein Eindruck ist, dass die LGBTQ+-Community zu 80 Prozent die Möglichkeiten hat, die andere haben. Um genauer zu sein: 80 Prozent haben gleiche Perspektiven in etwa was Schulbildung und Zugang zu Arbeit betreffen. In Honduras sieht das immer noch völlig anders aus. Eine einzige Zahl macht das deutlich: Nach Angaben der staatlichen Ombudsstelle für Menschenrechte *CONADEH* bleiben 90 Prozent der

angezeigten Verbrechen gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Queere in Honduras straflos.

Was mir hier gefallen hat, das betrifft jetzt sowohl die Deutschkurse als auch die Berufsschule, weil dort ja viele Migrant*innen hingehen, die nicht zur LGBTQ+-Community gehören und die in machistischen Kulturen aufgewachsen sind, was an sich schon problematisch genug ist: Dennoch ist es in diesen Instituten möglich und gehört sogar zum Teil des Lehrplans, über Sexualität und verschiedene Geschlechtsidentitäten zu sprechen. Man hat schon an den Gesichtsausdrücken meiner Mitschüler*innen gesehen, dass dieses Thema für sie schwierig ist und sie da wenig Toleranz haben. Ich denke, das wäre eine Aufgabe der hiesigen LGBTQ+-Community an diesem Thema zu arbeiten. Nur so können bereits Kinder Respekt vor anderen Gender und Geschlechtsidentitäten haben.

Gutes und Schlechtes – auch in Deutschland

Doch auch in Deutschland ist es nicht nur leicht als Transfrau. Sicher, zuerst kam die Sprache, die ich lernen wollte. Da habe ich mir einfach gesagt: Okay. Ich bin jetzt hier in Deutschland und ich bleibe in Deutschland. Jetzt muss ich da durch und ich muss vor allem Deutsch lernen und die Wörter auch gebrauchen. Es hilft alles nichts.

Bald aber tauchte die Frage auf, gibt es für mich auch Freunde und Freundinnen außerhalb der Community? In München besteht eine gewisse Toleranz mir gegenüber, aber in einen Freundeskreis tatsächlich hineinzukommen, scheint mir nicht möglich oder zumindest schwierig.

Auf anderen Gebieten muss ich ebenfalls kämpfen. Ein Beispiel: In vielen Münchner Bibliotheken gibt es Aushänge zu Sprachtandems, um besser Deutsch zu lernen. Hätte ich gern gemacht. Für mich war es jedoch nicht möglich, eine Tandempartner*in zu finden.

Dennoch habe ich hier auch Gutes erlebt: Was mir einen großen Schub gegeben hat, ist, dass ich hier in Deutschland die Chance hatte, meinen Mittelschulabschluss zu machen. Damit konnte ich eine Ausbildung im Verkauf beginnen und die Frustration wegen der Sprache und der Verständigung überwinden. Es freute mich sehr, dass ich sofort einen Ausbildungsvertrag bekam. Während dieser Zeit sagte ich mir: Du musst pauken, um die Ausbildung gut zu schaffen! Sogar an

Marianne Walther
lebt und arbeitet in München, unter anderem in der Initiative München OEZ erinnern!

jedem meiner Urlaubstage setzte ich mich hin und lernte – und schaffte einen guten Abschluss. Mein nächstes berufliches Ziel ist Vollzeit zu arbeiten, denn jetzt in Teilzeit verdiene ich nicht genug, um die kleinen Extras wie hohe Heizkosten zu bezahlen, da allein das Wohnen schon so teuer und meine Bezahlung so gering ist. In diesem Bereich kämpfe ich ebenfalls.

Andrea Lammers
arbeitet als Journalistin und im Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. in München

Was mir Kraft gibt, ist meine Familie in Honduras: meine Mama und meine Schwestern. Die sind meine Kraft, hier durchzuhalten und die sind ein wichtiger Teil meines Lebens.

Auch wenn ich inzwischen einige Personen hier gefunden habe, die mich unterstützen und mich begleiten. Bald möchte ich meine Einbürgerung beantragen. Mit der deutschen Staatsbürgerschaft kann ich ohne größeres Risiko mein Land besuchen.

Ich möchte meine Mama und meine Schwestern sehen. Und bete zu Gott, dass sie so lange auch bei guter Gesundheit sind, damit ich sie wieder in die Arme schließen kann.<

***Frenesys** ist ein Pseudonym. Der richtige Name ist der Redaktion bekannt.

***LGBTG+**: (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Queere, + ist ein Platzhalter für weitere Geschlechter). Wir haben diese Abkürzung genommen, um den Begriff im Heft zu vereinheitlichen.

Protokoll: Marianne Walther
Übersetzung: Andrea Lammers



DER RAUM GEHÖRT UNS

t
heim
t
van

H1
Rüttenscheider Markt
106
Genau
Nur mittwochs und samstags
von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr
VSB
BANK

MENSCHEN
RECHT
MAKE NAZIS
AFRAID AGAIN
FCK NZS
FCK NZS

FCK AFD

EINE STRASSE
ZWEI FARBEN
ESTROTZ
LIEBEN
H1
cu

10



Wir widersetzen uns der AfD!

Im April 2024 gründet sich ein Bündnis aus langjährigen Aktivist*innen, Mitgliedern von Gewerkschaften und NGO's, aber auch von vielen Menschen, die in Reaktion auf die CORRECTIV-Recherchen zu den Deportationsplänen von Teilen der Neuen Rechten erstmals auf die Straßen gegangen sind. Ihr Ziel: Die Verhinderung des nächsten Bundesparteitages der sogenannten Alternative für Deutschland. Zweieinhalb Monate später, am 29. Juni 2024, blockieren 7.000 Menschen den Parteitag in Essen unter dem Motto „Wir widersetzen uns!“. Zwei Sprecher*innen des Bündnisses erzählen uns, wie es war – und was noch kommen muss.

Die Landtagswahlen in mehreren ostdeutschen Bundesländern liegen hinter uns und die AfD hat dabei jeweils stark zugelegt. Alassa, Katharina, wie schaut Ihr auf diese Ergebnisse?



Katharina: Natürlich hatten sich viele ein wenig der Hoffnung hingegeben, dass die AfD etwas schwächer aus den Landtagswahlen hervorgehen würde. Letztlich war das aber eine Selbsttäuschung. Die Krisen unserer Gegenwart sind vielfältig und verschränken sich ineinander. Vor allem das Kernwählerpotential der AfD, krisengeschüttelte Männer zwischen 40 und 65, findet in den rassistischen Narrativen der AfD einfache Antworten auf seine reale Situation. Sogar da, wo es fast keine Zuwanderung und kaum

Kriminalität gibt: Für manche ist es einfacher, anderen die Schuld zu geben, als die eigene Angst vor den Auswirkungen gegenwärtiger Konflikte zu äußern. Es hat mich schon erschreckt, dass viele die AfD nach eigenen Angaben nicht allein aus Protest gegen die Ampelkoalition, sondern bewusst aufgrund von Inhalten gewählt haben.



Alassa: Ich versuche, diesen Zeitpunkt zu nutzen, um jeder und jedem zu sagen: Wir müssen jetzt aktiv werden und eine vielfältige Gesellschaft offensiv verteidigen.

Wir haben eine Strategiekonferenz einberufen – einerseits, um den dringend benötigten Raum für die Aufarbeitung der Entwicklungen zu

schaffen, andererseits und vor allem aber auch, um nach vorne zu schauen: Wie können wir noch viel mehr Menschen dazu motivieren, für unsere Räume zu kämpfen und sich dem drohenden Faschismus aktiv zu widersetzen.

Im April habt Ihr gemeinsam mit einigen anderen Antifaschist*innen das Bündnis „Widersetzen“ ins Leben gerufen. Was war damals Euer Plan?

Alassa: Viele Menschen – wie auch ich – waren und sind nach dem Abflauen der enormen Proteste Anfang 2024, die auf die Recherchen des Netzwerks CORRECTIV folgten, zu der Überzeugung gelangt, dass es nicht reicht, nur an Massendemonstrationen teilzunehmen. Diese wurden seitens der meisten Parteien zwar einhellig begrüßt, bis heute gab es aber keine ernsthaften politischen Konsequenzen. Antidemokratische, rassistische, in jeder Hinsicht menschenfeindliche Kräfte breiten sich nach wie vor und ungehindert aus. Damit war im April der Zeitpunkt gekommen, um ein deutliches Zeichen zu senden: Jetzt reicht's, wir werden selbst aktiv und vertei-

Alassa Mfouapon
 ist 2014 aus Kamerun geflüchtet und sollte nach Italien abgeschoben werden. Bekannt wurde er für seinen passiven Widerstand gegen die Abschiebung eines Mitbewohners aus der sogenannten Landeserstaufnahmestelle Ellwangen. Heute engagiert er sich in verschiedenen Initiativen von Geflüchteten sowie im Bündnis „Widersetzen“.

Katharina Schwabedissen
 ist gelernte Krankenschwester und Gewerkschaftssekretärin bei ver.di. Als langjährige politische Aktivistin hat sie gemeinsam mit anderen 2024 das Bündnis **Widersetzen** ins Leben gerufen und arbeitet seither an der Verstärkung eines entschlossenen wie gewaltfreien Widerstands gegen die Ausbreitung faschistischer Kräfte.

digem unsere Räume!

Katharina: Bei Demonstrationen kann man mitgehen, an Kundgebungen kann man teilnehmen und den Redner*innen zuhören. Das ist alles richtig und wichtig. Aber auch ich denke, dass es jetzt mehr braucht. Wir müssen buchstäblich ins Handeln kommen: selber aktiv werden, gemeinsam einen bunten, vielfältigen Raum schaffen, in dem wir uns solidarisch gegen die Bedrohung von Rechtsaußen organisieren und gleichzeitig ein offeneres Gesellschaftsmodell leben.

Es ist uns im Juni leider nicht gelungen, den Bundesparteitag der AfD zu verhindern. Aber tausende Menschen haben sich erstmals an Protesten überhaupt und dann gleich auch noch an Aktionen zivilen Ungehorsams beteiligt. Das macht mir Hoffnung für die Zukunft.

Warum haltet Ihr zivilen Ungehorsam für notwendig?

Alassa: „Ziviler Ungehorsam“ – das war auch für mich zunächst ein krasser Begriff. Als Geflüchteter hatte ich wie viele andere anfangs Angst, mich an solchen Aktionen zu beteiligen und ich hatte so etwas zuvor auch noch nie gemacht. Aber für mich war es richtig, genau das zu tun. Ich sehe das als eine der letzten Chancen, unsere Rechte zu verteidigen, denn inzwischen scheinen fast alle Parteien den Taktgeber*innen von Rechtsaußen zu folgen und auf einen Kurs der bloßen rassistischen Abschottung zu setzen. Man denke nur an die massive Ausweitung der Kontrollen an deutschen Grenzen, denen oftmals reines Racial Profiling zugrunde liegt, oder an Abschiebungen in Terrorregime, wie sie in Afghanistan herrschen. Ich möchte selber ein politisch

handlungsfähiges Individuum mit allen meinen Menschenrechten bleiben. Und inzwischen bekomme ich immer mehr Feedback von anderen Geflüchteten, die sich beim nächsten Mal anschließen wollen.

Katharina: Es berührt mich, Alassa, dass Du zum ersten Mal an einer solchen Aktion teilgenommen und gleich so viel Verantwortung übernommen hast. Ich erlebe das gemeinsame Widersetzen auch daher als eine so besondere Aktion, weil es von einem ganz neuen Bündnis von auch oft sehr konkret bedrohten Menschen wie zum Beispiel von Geflüchteten getragen wird.

Und letztlich ist ziviler Ungehorsam ein demokratiekonstituierendes Mittel. Das Bestehen von Rosa Parks auf ihren Sitzplatz in einem Bus, gewerkschaftliche Streiks und viele andere Formen des individuellen oder kollektiven Protests galten zu ihrer Zeit oder lange als ziviler Ungehorsam. Heute ist man sich in allen Demokratien sehr einig, dass damit enorm wichtige Fortschritte in der Demokratisierung verschiedener Gesellschaften erreicht worden sind.

Wir stehen jetzt vor einem möglichen Kippunkt der Demokratie. Wenn sich im Kern faschistische Kräfte durchsetzen, ist Widerstand kaum mehr möglich.

Widersetzen ist die Struktur, die versucht, zu verhindern, dass wir an einen solchen Punkt kommen. Schon das Grundgesetz gibt uns das Recht zum Widerstand gegen Kräfte, die die Demokratie zu zerstören versuchen.

Wie habt Ihr die Proteste von „Widersetzen“ in Essen erlebt?

Alassa: Am Vortag, bei der Rave-Demonstration gegen den AfD-Bundesparteitag, habe ich so viele Menschen getroffen, die mir versichert haben, keine Frühaufsteher*innen zu sein – und dennoch am Samstag frühmorgens aktiv zu werden, mit voller Begeisterung. Das waren tolle Erfahrungen. Und gleichzeitig mussten wir erfahren, dass es da, wo wir als Sprecher*innen des Bündnisses nicht vor Ort sein konnten, zu massiver Polizeigewalt gekommen ist. Leider gibt es bis heute keine offizielle Auswertung seitens der Behörden. Dabei braucht es nach wie vor eine öffentliche Auswertung der Angriffe auf unsere Bewegung.

Inzwischen liegen die Proteste in Essen einige Monate zurück. Welches Feedback hat Euch erreicht?

Katharina: Natürlich gab es ein paar wenige, sehr hasserfüllte Mails, die mich erreicht haben. Für mich überwiegen aber die zahlreichen interessierten Nachfragen von Bekannten, aus der Nachbarschaft, aus dem Sportverein: Viele Menschen möchten wissen, was wir tun und wie sie sich anschließen können.

Alassa: Die Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag stehen nicht mehr alleine: Inzwischen haben sich Menschen auch andernorts der Ausbreitung profaschistischer Kräfte widersetzt. So konnte im Hochsommer zum Beispiel ein Auftritt von Björn Höcke in Jena verhindert werden – das macht mir Mut.



Das Ziel ist gesetzt
Banner bei den Anti-AfD-Protesten in Essen



Bass gegen Hass

*Teilnehmer*innen der Proteste gegen den AfD Bundeparteitag in Essen am 28.6.2024*

Jenseits des zivilen Ungehorsams – welche Erwartungen habt Ihr an die Politik?

Alassa: Ich habe da sehr viele Enttäuschungen erlebt und so geht es leider nicht nur mir. Natürlich gehört die AfD aus meiner Sicht verboten, aber ich bin skeptisch, ob in dieser Hinsicht auf die Institutionen Verlass ist. Wir müssen selbst in Bewegung bleiben, gerade wenn der Schutz der Menschenrechte für alle auf dem Spiel steht.

Katharina: „Politik“ bedeutet mehr als Verhandlungen von Parteien in Parlamenten – gemeint sind wir alle. Als vielfältige Mitglieder der Zivilgesellschaft können wir uns gerade auch auf der Straße und in den uns aktuell noch gehörenden Räumen ausdrücken. Denn selbst wenn die AfD verboten würde: Hass, Angst und Krisen sind damit nicht weg. Aber wir können den

öffentlichen Diskurs umlenken und mit ganz vielfältigen Lebensentwürfen das solidarische Miteinander wiederbeleben.

Eine ganz konkrete Erwartung habe ich aber schon an die etablierten politischen Parteien: Es darf keinerlei Zusammenarbeit mit der AfD auf Regierungsebene geben, keine Koalitionen mit der und keine Tolerierungen solcher durch die AfD.

Was wünscht Ihr Euch für die Zukunft?

Katharina: Es bleibt dabei: Es braucht Dich und mich und jede*n. Heute kann niemand mehr wie vor 80 Jahren sagen, dass wir nicht gewusst hätten, was passieren kann. Alle wissen es und jetzt gilt es, ins massenhafte Widersetzen zu kommen. Um die Zuspitzung menschenfeindlicher Politik zu verhindern und endlich wieder soli-

darische Wege zu gehen.

Alassa: Wir wünschen uns Städte, die mit Antifaschist*innen jedes Geschlechts, jedes Alters, jeder Herkunft gefüllt sind und zeigen: Dieser Raum gehört uns. Wir widersetzen uns der Diskriminierung und allen profaschistischen Kräften.<

Das Interview für das Hinterland-Magazin wurde von Judith Amler, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland, geführt.

Wir haben zugeschaut

Wir haben zugeschaut aber nicht genau hingeschaut
oder wir wollten uns einfach nicht genug eingreifen
trauen

aber jedenfalls hat sich neben uns etwas aufgebaut

und das wird jetzt laut richtig laut

Es ist nicht so als würden marginalisierte Gruppen erst
seit gestern erzählen

was sie Tag für Tag in Deutschland erleben.

Und dass dem alle konsequenzenlos zusehen

bereitete den Weg dafür dass jetzt die Grenzen
zugehen

Und niemand spricht von Schuld

aber bei wem wenn nicht bei uns

soll denn sonst die Verantwortung liegen.

Es ist so leicht gegen die AfD zu schießen

und in ihrer Wählerschaft das wahre Böse zu sehen

aber am Schluss ist sie einzig und allein ein Symptom

eines viel größeren Problems dem wir nun schon viel
zu lange versuchen aus dem Weg zu gehen

Gerettet vom Algorithmus der uns in eine Fantasie-
realität katapultiert

bis uns dann die Wirklichkeit pünktlich zum Zeitpunkt
der Wahlergebnisse einholt und kurz schockiert

denn wir haben uns antrainiert immer wieder aufs
Neue geschockt zu sein

über etwas das uns klar war oder seit einer Ewigkeit
klar hätte können sein

Verwunderung als Schutzschild

vor der eigenen Konfrontation

mit unserer beiseite gelegten Verantwortung

unserer Bequemlichkeit

und verschüttetem Tatendrang

Relativierung fürs Besserfühlen

und eine "Wir gegen Die" Mentalität in der man sich
so leicht verlieren kann

Und es ist egal wie viel wir getan haben oder gerade
tun weil gerade ist es nun mal nicht genug

denn am Schluss haben wir zugeschaut aber nicht
genau hingeschaut

oder wir wollten uns einfach nicht genug eingreifen
trauen

aber jedenfalls hat sich neben uns etwas aufgebaut

und das wird jetzt laut richtig laut



Charlotte Huber
(21) studiert in München und schreibt insbesondere Poetry zu aktuellen politischen Themen. Den vorliegenden Text hat sie beim diesjährigen Rage against Abschiebung Festival vorgelesen.



„Die richtige Dosis Paroli macht die Karriere!“

Eigentlich muss man niemandem mehr erklären, wer er ist: Sebastian Hotz alias El Hotzo ist die deutsche Internetberühmtheit Nr. 1. Seine satirischen Tweets und Insta-Slides sind legendär, zahlreiche mediale Projekte sind genau wie sein Roman sehr erfolgreich. Spätestens seit Elon Musk ihn öffentlich auf X kritisierte und der RBB ihn als Moderator einer Radioshow feuerte, gilt er als Outlaw der Szene. Wir haben ihn zum Interview getroffen. Und wo trifft man El Hotzo? Im Chat natürlich!

Hi El Hotzo, weil das ein Chat-Interview ist: Welches Emoji verbindest du am ehesten mit der Formulierung „jemandem Paroli bieten“?

Ich habe hier jetzt lang überlegt, aber ich glaube Emojis sind die Emoticon-gewordene Konformität. Ansonsten vielleicht der Papa-auf-WhatsApp Kenntnisnahme-Daumen: Hier endet jedes Gespräch, es gibt keine Erwiderung. Mit viel Wohlwollen ist das dann Paroli.

Ja, da schwingt viel mit, Widerstand und so weiter. Wenn du Tag für Tag damit beschäftigt bist, zehn Gags für deine berühmten Insta-Slides zu schreiben – ab dem wievielten regt sich innerer Widerstand?

Zu meiner großen Schande muss ich zugeben, dass es mir immer noch großen Spaß macht, den Moloch Twitter zu bespaßen. An manchem Tag regt sich ab Gag Nr. 5 leichte Unlust, aber diesen inneren Widerstand muss man wie Joey Kelly beim Ultramarathonlauf einfach ignorieren.

Vielleicht brauchst du heute ja noch einen Gag, was fällt dir zum Thema „Widerstand in Deutschland“ ein?

Es gibt glaub ich kaum etwas, in dem Deutschland so schlecht ist wie im Widerstand gegen irgend etwas und in der Bewertung dessen. Als Schnellschuss vielleicht „deutscher Widerstand“ und ein Bild von etwas sehr Konformen. Ein Falschparker vielleicht! Oder Mittelfinger in die Radarfalle zeigen! Oder ein verbesserter Grammatikfehler im Post eines AfD-Politikers, der gerade die Machtübernahme ankündigt. Irgend sowas.

In deinem zweiten Zuhause, auf Twitter (heute X), bieten sich ja alle ständig gegenseitig Paroli und inszenieren sich als widerständig. Welche Bubble macht das deiner Meinung nach am erfolgreichsten?

Ganz unironisch: die Ü50-Sex-Bubble. Das ist sicher kein klassischer Widerstand, aber die Fähigkeit jede aktuelle Katastrophe, jede Nachrichtenlage, jedes politische Klima radikal zu ignorieren und mit Klarnamen und echtem Profilbild 24/7 die eigene Geilheit zu thematisieren, hat etwas beeindruckend Widerständiges. Ich glaube nicht, dass ich irgendwie jemals auf das Level an innerem Frieden kommen werde, wie ein Jürgen Möllner, der einen ganzen Thread darüber schreibt, wie schön er jemandes Füße findet. Beeindruckend.

Glaubst du, das bringt etwas, online aufzubegehren?

Ich glaube, online aufzubegehren kann ein fantastisches Hobby sein und eine sehr gute Gelegenheit, sich für den Schritt ins echte Leben zu organisieren. Es ist aber auch so, dass jede Demo mit 100 Teilnehmer*innen beeindruckender ist, als 10.000 Likes auf einen Post mit „AfD ist schlecht“. Internetaktivismus von vermeintlich rebellischen Posts bis hin zu Online-Petitionen beweisen Tag für Tag aufs Neue, dass sie die Welt nur in den seltensten Fällen tatsächlich verbessern, sondern vor allem Selbstbeweihräucherung sind.

Welche Themen, welche Zustände zünden Dich an?

TAUSEND THEMEN JEDEN TAG. Aber eigentlich ist es sehr simpel, der kindliche Glaube, dass jeder Mensch ein Leben in Frieden, mit einem Dach über dem Kopf, Essen im Magen und Kleidung an sich verdient hat, ist eben kein kindlicher Glaube, sondern etwas Erreichbares, wofür es sich zu kämpfen lohnt.

Du hast schon einige Erfahrung im TV-Geschäft gesammelt, unter anderem beim ZDF Magazin royale. Wie viel Paroli kann man sich beim Fernsehen leisten?

Selbstverständlich erfordert die Massenproduktion medialen Widerstandes einen streng hierarchischen Prozess, bei dem niemand aus der Reihe tanzen darf! Ansonsten darf man sich durchaus fragen, wie effektiv so ein selbsterklärter TV-Widerstand ist, wenn einem diejenigen, die kritisiert werden, ständig Preise verleihen.

Wahrscheinlich kommt es auch darauf an, wo man in der Hackordnung steht. Begehrt man in unserer Medienlandschaft auf, bevor man erfolgreich ist – oder danach, wenn man ausgesorgt hat?

Die richtige Dosis Paroli macht die Karriere, gerade widerständig genug, um als kritischer Geist zu gelten, aber dabei ausreichend konform bleiben, um doch noch mit Philipp Amthor abkumpeln zu können, man könnte ihn schließlich doch noch irgendwann gebrauchen. Nach der gelungenen Karriere kann man es sich dann im Kreise derjenigen gut gehen lassen, die auch schon längst ausgesorgt haben und ihnen dann nach dem Mund reden, damit sie einen nicht vom Champagnerempfang werfen.

Hast du – mal Spaß beiseite – Vorbilder, deren Mut zum Widerstand zu bewunderst?

Jede Person, die sich bemüht, die Welt für auch nur einen einzigen Mitmenschen auch nur im Kleinsten zu verbessern, geht mehr Risiko ein als alle Internet- und TV-Maulhelden zusammen.

Und hast Du – Spaß wieder auf 10/10 – noch weitere Vorbilder, deren „Furchtlosigkeit“ du ebenso „bewunderst“?

Allergrößten Respekt habe ich selbstverständlich vor allen mutigen und rebellischen Kämpfern, die ihre Karriere riskieren, um in Deutschland so unpopuläre Meinungen wie „Ausländer raus“ und „Junge Leute sind faul“ auszusprechen. Dafür muss man schon jemand mit Format sein!

Am Schluss eine Frage, um die wir nicht herumkommen: Wann wird der RBB aufhören, Dir Paroli zu bieten?

Mir ist vor Kurzem der Account von Radio Fritz wieder bei Instagram gefolgt, ich werde diese Avancen selbstverständlich ablehnen.

Das Gespräch führte Moritz Hürtgen.

Alt sein heißt nicht stumm sein!



Mit vielfältigen Aktionen setzen sich die *OMAS gegen Rechts* für eine demokratische, freiheitliche und diverse Gesellschaft ein. Der wachsende Zuspruch macht sie mittlerweile zur größten Frauenbewegung im deutschsprachigen Raum seit langem. Von Hanne Schwarz-Schulz



„Alt sein heißt nicht stumm sein“: Unter diesem Motto vereinten sich 2017 in Österreich ältere Frauen, aufgeschreckt von den Wahlerfolgen der FPÖ, um gegen den Rechtsruck in ihrem Land zu demonstrieren. Die Idee dazu hatte die heute 76-jährige Theologin Monika Salzer, die der Bewegung auch ihren Namen *OMAS gegen Rechts* gab. Ihr Aufruf über eine Facebook-Gruppe konnte bald 3.000 Followerinnen verzeichnen, die sich seitdem für Aktionen im ganzen Land verabreden. Auch in Deutschland wurden die Proteste der Österreicher*innen gegen Rassismus und rechtsextreme Ideologien gehört. Die Bewegung kam 2018 über die Grenze, wo sich heute in mehr als 100 deutschen Städten und Gemeinden *OMAS gegen Rechts* zusammenfinden, um sich gegen den auch in Deutschland immer heftiger werdenden

Rechtsruck zu stellen. Mittlerweile wird die Zahl der aktiven Omas – die im Übrigen nicht tatsächlich Omas im biologischen Sinne sein müssen – auf dreißig- bis vierzigtausend geschätzt und wäre damit die größte Frauenbewegung im deutschsprachigen Raum seit langem. Da die Omas sich überwiegend in basisdemokratisch funktionierenden, informellen Gruppen organisieren, ist es schwer, genauere Zahlen zu erhalten – aber so viel können wir sagen: Die Bewegung wächst und wächst. Allein in unserer Münchner Gruppe haben sich die Zahlen der aktiven Omas seit dem Remigrations-Treffen in Potsdam verdreifacht.

Was treibt uns ältere Frauen an? So verschieden unsere individuellen Hintergründe sind, so unterschiedlich ist die Motivation im Detail, aber uns eint, dass wir nicht

hilflos auf dem Sofa zusehen wollen, wie die Gesellschaft weiter und weiter nach Rechtsaußen abdriftet. Was uns gemeinsam ist, ist unsere Haltung, unsere freiheitliche Demokratie bewahren zu wollen, dafür aktiv zu werden. Allein auf Demos gehen, ist aber nicht die Sache jeder älteren Frau. Die Geborgenheit einer Gruppe gleichgesinnter und gleichaltrer Frauen gibt Mut. Und das Gefühl, gemeinsam den Rechten die Stirn zu bieten, macht Freude.

Aktivitäten der OMAS – offline und online

Dabei ist die Beteiligung an Demos nicht die einzige Form, wie wir unsere Arbeit für Demokratie verstehen. Wir gehen in Schulen, um mit Kindern über die Vorzüge der Demokratie zu sprechen, wir engagieren uns in der Erinnerungsarbeit – hier in München ist da die Aufarbeitung des Attentats auf die migrantischen Menschen im OEZ ein Schwerpunkt –, wir unterstützen die jüdische Gemeinde bei ihrem Kampf gegen Antisemitismus, vor Wahlen versuchen wir an Ständen Menschen davon zu überzeugen, eine demokratische Partei zu wählen und allwöchentlich gibt es eine Mahnwache für Demokratie am Sendlinger Tor. Und seit einigen Monaten sind die OMAS auch auf TikTok vertreten. In einem überregionalen Kanal senden wir täglich kleine Videos, die aufklären, die Mut machen und die mit Einfallsreichtum und einem Gespür für Ironie ein positives Gefühl für Vielfalt und Engagement erzeugen wollen. Seit März haben wir auf den heutigen Tag schon knapp 150.000 Likes gesammelt. Das zeigt, dass wir dieses Feld nicht den Rechten überlassen müssen, auch wir können Reichweite erzeugen und einen Gegenstrom zur rechten Welt von TikTok erzeugen. (En passant: Die TikTok-Adresse lautet *#DieOMASgegenRechts*).

Es gibt also vielfältige Möglichkeiten, sich bei den OMAS zu engagieren. Gerade letzte Woche gab es wieder viel zu tun für uns. Gleich vier Termine, an denen es um die Verteidigung von Demokratie ging, darum, Gesicht zu zeigen gegen Antisemitismus und Rassismus. Auf der *Langen Nacht der Demokratie* im ehemaligen Gasteig hatten wir einen Stand, an dem wir anhand eines Puppenspiels und eines Quiz – erfolgreich – versuchten, mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Da war die Demo gegen Rassismus in Unterföhring, die wöchentliche Mahnwache am Sendlinger Tor sowie zuletzt die große Demo gegen Antisemitismus und für die Befreiung der Geiseln zum Jahrestag des grausamen Massakers der Hamas an jüdischen Menschen.

Warum der Name OMAS gegen Rechts?

Häufig bekommen wir Fragen zu unserem Namen gestellt, angefangen bei den „Omas“. Ob wir denn Opas nicht dabei haben wollten und wenn ja, warum? Unsere Antwort hier in München ist, dass wir Opas keineswegs ausschließen – sie sind gern gesehen bei unseren Aktionen und wir nehmen alle immer wieder unsere Partner mit auf Demonstrationen oder andere Events. Aber innerhalb unserer Diskussions- und Entscheidungsgruppen wollen wir keine Männer. Warum? Weil wir aus der reichhaltigen Erfahrung unseres Lebens gelernt haben, dass es in gemischten Gruppen oft ein paar Männer gibt, die sich über die Maßen profilieren wollen. In unserer Frauengruppe gibt es das nicht. Diskussionen laufen nicht immer harmonisch und oft auch kontrovers, aber es gibt – bisher – keine Ladys, die versuchen, die Prozesse zu dominieren.

Beim Begriff „gegen Rechts“ gibt es ebenfalls Diskussionen – ja. Und wir verstehen das. Zur Klarstellung: „Rechts“ ist in unserem Namen praktisch die Kurzform für Rechtsextremismus. Konservative sind damit nicht gemeint, im Gegenteil, wir freuen uns über jede*n Konservative*n, der*die sich unserem Kampf gegen die Rechtsextremen anschließt.

Auch das Wörtchen „gegen“ trifft gelegentlich auf Kritik, aber „gegen Rechts“ beinhaltet schon die Kehrseite „für Demokratie“. Wir sind FÜR eine freiheitliche Demokratie im Sinne unseres Grundgesetzes, wir setzen uns ein FÜR die Gleichberechtigung aller Menschen, FÜR Menschenrechte und auch FÜR die Erhaltung einer lebenswerten Erde für unsere Kinder und Enkel*innen.

Kurz: Wir wollen unsere freie, vielfältige, bunte, lebenswerte, demokratische Gesellschaft bewahren. Dafür stehen die OMAS gegen Rechts.<



Hanne Schwarzschild *von den OMAS gegen Rechts, München.*
Am 1. September 2024 wurde übrigens den OMAS gegen Rechts der Aachener Friedenspreis verliehen.

Thomas Glatz

Acht Suchmaschinen-

Gedichte

(Jetzt reicht ´s!)

1.

jetzt reicht es aber mit
jetzt reicht es aber mit der zeit
jetzt reicht es aber mit der hand
jetzt reicht es aber mit der welt

2.

ich habe genug von
ich habe genug von dir
ich habe genug von allem
ich habe genug von menschen
ich habe genug von meiner familie
ich habe genug von dir englisch
ich habe genug von meinem mann
audioaufnahme von johann sebastian bach ich habe
genug
ich habe nicht genug von dir
ich habe genug von italienisch

3.

es langt
es langt bedeutung
es langt dialekt
es langt jetzt
es langt oder es reicht
es langt mir
es langt nicht
es langt mir nicht
es langt duden
es langt definition

4.

jetzt reichts
jetzt reichts meme
jetzt reichts mir langsam
jetzt reichts sprüche
jetzt reichts adler
jetzt reichts sprach gott
jetzt reichts hitler
jetzt reichts plakat
jetzt reichts film
jetzt reichts nsdap

5.

es reicht mit regen
 es reicht mit regen sprüche
 es reicht mit den streiks
 es reicht mit der hitze
 reicht es mit kondom zu verhüten
 reicht es mit pille zu verhüten
 es reicht jetzt mit dem regen
 es reicht abrechnung mit dem wachstumswahn
 reicht es nur mit kondom zu verhüten
 reicht es nur mit wasser zu duschen

6.

schnauze voll von
 schnauze voll von allem
 schnauze voll von männern
 schnauze voll von frauen
 schnauze voll von der arbeit
 schnauze voll von rosa
 schnauze voll von regen
 schnauze voll von allem sprüche
 schnauze voll von der ampel
 schnauze voll von online dating
 schnauze voll von beziehung

7.

gestrichen voll
 gestrichen voll sprichwort
 gestrichen voll haben bedeutung
 gestrichen voll haben meaning
 nase gestrichen voll
 schnauze gestrichen voll
 hose gestrichen voll
 die nase gestrichen voll haben herkunft
 die hosen gestrichen voll haben herkunft
 was bedeutet gestrichen voll

8.

mir reichts
 mir reichts ich geh schaukeln
 mir reichts ich geh wandern
 mir reichts lied
 mir reichts ich geh
 mir reichts ich geh reiten
 mir reichts ich geh radfahren
 mir reichts sprüche
 mir riechts ich geh segeln
 mir reichts ich geh campen
 mir reichts ich geh angeln



Thomas Glatz *ist*
 mittlerweile der
 heimliche Hausdichter
 des Hinterland-
 Magazins

Auch für:



HOHENSCHÖNHAUSEN
**NAZI
KIEZ**
LICHTENBERG
<https://logr.org/anberlin/>

Bitte füttern

LINKER RECHTER



„Statt Make-up habe ich Aceton und eine scharfe Klinge in der Tasche“

Seit knapp 40 Jahren ist Irmela Mensah-Schramm mit Werkzeug unterwegs und entfernt Nazischmierereien, rassistische und antisemitische Parolen und Aufkleber aus dem öffentlichen Raum. Bundesweit. Ärger, Angriffe und Strafverfolgung nimmt sie in Kauf. Im Interview mit der *Hinterland* berichtet sie von ihrem Alltag.



Wie fühlt es sich an, über Jahre rechtsextreme Graffitis zu entfernen?

Ich fühle mich, ehrlich gesagt, nicht selten ohnmächtig und voller Wut. Auf die Urheber*innen, die die Hass-Botschaften anbringen. Die eigentlich zuständigen Behörden, die sich aber oft nicht zuständig fühlen und mich auch schon als intolerant bezeichnen, da für sie bei so mancher dieser unerträglichen Drohbotschaften eine Meinungsfreiheit bestehe. Mein privates Umfeld, das sich nicht dafür interessiert, wenn ich ihm davon erzähle. Die meckern dann: Ich würde immer nur von mir erzählen! Und zu guter Letzt auch die Politiker*innen, die oberflächliches Zeug schwafeln, sich gar nicht dafür interessieren!

Verändert das die eigene Sicht auf die Mitmenschen? Wenn ja wie?

Die Hassbotschaften färben auch schon ab. Für mich ist es unerträglich erleben zu müssen, als Zeugin von rassistischen Angriffen, als Einzige einzuschreiten und die anderen glotzen da nur!

Gab es für Ihre Aktionen einen Auslöser?

Die Wahrnehmung, wie gleichgültig die – eben auch meine Mitmenschen – gegenüber den Hassbotschaften sind. Als ich damals als Mitglied der *Grünen* in der Bezirksgruppe Alarm schlug, kam die Antwort: ‚Ach Irmela, Du kannst doch allein nicht die Welt verändern‘. Ich habe die Konsequenz daraus gezogen, mich aus all den Gruppen, in denen ich aktiv war, zurückgezogen und sagte mir, wenn die es nicht wollen, ich will nicht in der hassbe-

soffenen Welt leben – und, ich tue es auch für mich.

Was ist Ihr tägliches Werkzeug, wenn Sie unterwegs sind?

Anstatt Make-up in der Tasche, habe ich die scharfe Klinge eines Ceranfeldschabers und Aceton – gelegentlich auch Farbspray für die „humanitäre Schönheit“ in meiner Tasche!

Wie gehen Sie bei Ihren Aktionen vor?

Mit diesen Werkzeugen kratze ich, überall, wo ich in Berlin und deutschlandweit hinkomme, zum Beispiel Nazi-Kiez-Aufkleber von Briefkästen und Papierkörben an Bushaltestellen, schrubbe Nazi-Symbole, Pöbeleien und Hetze gegen Geflüchtete von Mauern oder übersprühe sie, etwa mit einem roten Herzen. Also mit bunten Farben gegen braune Parolen.





So heißen auch meine Workshop-Projekte, die ich seit 23 Jahren bundesweit gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass durchführe.

Welche Situationen empfanden Sie als besonders gefährlich während Ihrer Aktionen?

Na ja, Nazis lauerten mir auf, griffen mich an, bedrohten mich. Damit muss ich auch rechnen. Ich sehe mich trotzdem nicht als Opfer. Richtig peinlich aber wird es dann doch, wenn ich immer wieder Strafanzeigen erhalte und auch angeklagt und verurteilt werde wegen „Sachbeschädigung“. In Wirklichkeit beschädige ich „politisch motivierte Sachbeschädigung“, da wo unsere Behörden versagen. Ein Beispiel: Am 19. Juli 2024 zeigte ich bei der Bundespolizei in Brandenburg mehrere strafrechtlich relevante Nazischmierereien am Bahnhof Altdöbern an. Die Bundespolizisten waren laut deren Aussage nicht zuständig, leiteten jedoch meine

Anzeige weiter. Heute – wir haben nun Anfang Oktober – sind diese rechtsextremen Schmierereien und Symbole immer noch dort!

Wie haben sich die Parolen, Pöbeleien und Nazischmierereien im Lauf der Jahre verändert?

Die Parole „Ausländer raus“ kommt seltener vor, dafür eher detailliert „Moslem“ oder „Islam raus“ und „Juden raus“, wie seit eh und je. Und nun eben gern besonders von den Anhängern der *Identitären* und AfD, anstatt des „Ausländer raus“ steht dann „Remigration“ und „Remigration NOW“, sowie „Abschiebung“. Letzteres gern von unseren etablierten Parteien übernommen! Dazu aufgehängte Puppen. Im Moment sehe ich auch extreme Hass-Botschaften gegen die *Antifa*, die dann ähnlich erwidern, dies steigert sich und kann extrem gefährlich werden. Hass-Ping-Pong nenne ich das! Mit Gegenhass ist dem Hass jedoch nicht beizukommen.

Was raten Sie Ihren Nachahmer*innen?

Das Problem ist schon alt, wenn man bedenkt, ich tue dies nun bereits über 38 Jahre. Die Nachahmer*innen müssen erkennen, dass dieses Problem einen langen Atem braucht! Wovon ich dringend warne, ist, auf keinen Fall mit Gegenhass zu reagieren. Denn junge Menschen, beispielsweise Anti-Naziaktivisten, besonders männliche, – wir wissen es ja –, wurden Opfer von Angriffen. Wichtig: Junge Leute sollen, das was ich täglich tue, nicht allein tun! Und ich rate dringendst immer ein Gedächtnisprotokoll anzufertigen, wenn es zu irgendwelchen Reaktionen gekommen ist. Eine Videoaufnahme kann auch hilfreich sein, sofern sie ohne Gefahr möglich ist. Das hilft bei polizeilichen und juristischen Reaktionen.

Das Gespräch führte Christine Wolfrum.

Zivilcourage leben

Irmela Mensab-Schramm, Jahrgang 1945, ist oft außer Haus, um Nazi-Aufkleber, rassistische und antisemitische Hetze und Hassparolen von Gegenständen und Mauern zu kratzen und zu übersprühen. Für ihre Zivilcourage erhielt die ehemalige Erzieherin mehrere Preise, unter anderem die Bundesverdienstmedaille und den Göttinger Friedenspreis. Es gab aber auch Strafverfahren, die sie für ihr Tun verurteilten. Trotzdem macht sie weiter, bleibt kämpferisch, geht für Workshops auch in Schulen, um ihre Aktionen, die sie in Bildern festhält, zu zeigen und junge Menschen anzuregen, Ideen zu entwickeln, wie man Hassbotschaften in liebevolle, originelle Sprüche verwandelt. Irmela Mensab-Schramm ist es wichtig, den Jugendlichen zu sagen: „Ich führe keinen Krieg gegen die Nazis, sondern bekämpfe ihre Gesinnung“! Nicht nur deswegen hat die Aussteiger-Organisation Exit sie schon vor Jahren als „Exit-Botschafterin“ geehrt. Mittlerweile laden Mensab-Schramm ausländische Organisationen ein, etwa auf das Flow Festival in Helsinki und viele Länder wie Belgien, Italien, Polen stellen ihre Arbeit vor – auch in Ausstellungen. Übrigens: Als der ehemalige Waffen-SS und NPD-Kreistagsabgeordneter Heinz Eckhoff aus Stade das „Große Verdienstkreuz“ verliehen bekam, gab Frau Mensab-Schramm am gleichen Tag ihre kleine Bundesverdienstmedaille zurück.<



WAS TUN?°

Bei Rassistischen Polizeikontrollen – solidarisch eingreifen!



Du hast es sicher schon am Bahnhof oder im Zug selbst miterlebt: Polizist*innen greifen sich für Kontrollen gezielt Leute heraus, die in ihren Augen nicht „deutsch“ oder „normal“ genug aussehen. So vorzugehen ist institutioneller Rassismus. In den USA wurde dafür der Begriff Racial Profiling geprägt. Racial Profiling beschreibt die diskriminierende Verwendung von Zuschreibungen wie ethnische Zugehörigkeit, phänotypische Merkmale oder nationale Herkunft als Grundlage für polizeiliche Identitätskontrollen oder Durchsuchungen ohne konkretes Indiz. Racial Profiling ist weit verbreitet, obwohl es gegen Artikel drei des Grundgesetzes verstößt und somit verboten ist. Beobachtest Du eine solche Kontrolle, ist eigentlich beherztes Eingreifen gefragt – doch oft hindert uns Scham, Unsicherheit und Angst vor den Folgen daran. Diese Gebrauchsanweisung will Dir das Handeln erleichtern. Von Schöner Leben Göttingen

Die Racial Profiling zu verhindern oder zumindest zu stören ist das Ziel. Sowohl Polizei als auch die Menschen, die in der Nähe stehen sollen mitkriegen, dass willkürliche rassistische Maßnahmen nicht einfach hingegenommen werden.

Vorneweg: Dein Eingreifen wirkt sich erfahrungsgemäß nicht negativ für die kontrollierte Person aus. Es kann nur sein, dass Du ebenfalls kontrolliert wirst. Angst davor Dich einzumischen solltest Du abbauen: Zwar kann die Polizei mit „Behinderung einer polizeilichen Maßnahme“ argumentieren oder Dir mit „Platzverweis“ drohen. Prinzipiell muß sie Dich aber als Beistand akzeptieren, wenn die kontrollierte Person dem zustimmt (zum Beispiel § 14 VwVfG).

Ansprechen: Hilfreich ist auch weitere, unbeteiligte Personen direkt anzusprechen und sie um Unterstützung zu bitten. Viele sehen weg, daher kannst du dich nicht immer auf die Unterstützung anderer verlassen. Aber

Dein beherztes Eingreifen kann durchaus andere ermutigen und für Betroffene ist diese Solidarität enorm wichtig.

Freundlicher Ton: Solange Du verbal eingreifst und die Polizist*innen freundlich ansprichst, geht von Dir keine Gefahr aus, wegen der Du weggeschickt werden dürftest. Wirst Du bedroht oder weggeschickt, frag nach der Gefahr, die von Dir angeblich ausgeht und die als Rechtfertigung vorliegen muss.

Diskutieren: Zettel eine Diskussion über das gesetzeswidrige Racial Profiling an! Mach Radau und bring die Kontrollsituation durcheinander! Wer plötzlich tanzt, singt, ruft, sich selbst für eine Kontrolle aufdrängt oder lautstark Passant*innen zur freiwilligen Kontrolle bittet, kann oft ausreichend ablenken.

Argumente der Polizei: An und auf Bahnanlagen ist die Bundespolizei tätig. Für sie gilt das Bundespolizeigesetz. Es enthält Rechtsgrundlagen für Kontrollen (zum Beispiel § 22 Abs. 1a und § 23 Abs. 1 BPolG). Als Vorwand für eine Befragung in Bahnhöfen oder Zügen wird oft die „Verhinderung unerlaubter Einreise“ angegeben. Das greift aber nur, wenn auch ein Bezug zu einer Einreisemöglichkeit herstellbar ist, also etwa an einem Flughafen, wenn der Zug eine Grenze überquert oder weniger als 30 km von einer Grenze entfernt ist. In diesem Fall wäre die Kontrolle also eventuell erlaubt, allerdings nicht, wenn sie auf Racial Profiling beruht.

Eine Kontrolle ist auch zur „Abwehr einer Gefahr“ erlaubt. Aber nur, wenn es konkrete Anhaltspunkte gibt, dass die kontrollierte Person in der Situation tatsächlich eine Gefahr darstellt. Solche Tatsachen oder Gefahren müssen erkenn- und vermittelbar sein.

Manchmal geben Polizist*innen auch „Lageerkenntnisse“ als Rechtfertigung an. Allerdings müssen diese konkretisierbar sein und die betroffene Person muss der Lage zugerechnet werden können („Wieso sollte gerade diese Person zu der gesuchten Gruppe gehören?“).

Greifen diese Voraussetzungen nicht, schwinden die gesetzlichen Möglichkeiten für eine Kontrolle durch die Bundespolizei rapide.

Die Landespolizei ist an die Gesetze des jeweiligen Bundeslands gebunden. Sie erlauben ihr so genannte *verdachtsunabhängige Kontrollen* an bestimmten Straßen oder Plätzen, die als „gefährliche“, „kriminalitätsbelastete“ oder „verruftene Orte“ eingestuft sind. Welche Orte die Polizei dazu zählt, ist oft nicht öffentlich bekannt. Auch in diesem Fall ist Racial Profiling natürlich nicht erlaubt. Die Polizei darf auch zur „Spurensicherung“ oder zur „Ergreifung von Beschuldigten“ verdachtsunabhängig kontrollieren (§ 103 StPO) – falls Tatsachen vorliegen, die das rechtfertigen.

Neben der verdachtsunabhängigen Kontrolle gibt es auch noch die Kontrolle bei Verdacht auf eine Straftat (§ 102 StPO). In diesem Fall darf die Polizei jede*n überall kontrollieren, wenn sie den Verdacht rechtfertigen können.

Hilft es nach der Rechtsgrundlage zu fragen? Vor Ort lässt sich die Rechtslage nicht abschließend klären. Die Diskussion über die Rechtsgrundlage kann aber helfen, weil die Polizist*innen verunsichert werden oder sich Argumente für eine gerichtliche Überprüfung der Maßnahme ergeben. Blöde Ausreden lassen zudem das Racial Profiling deutlich werden. So schwer es fällt, persönliche Beleidigungen gegenüber den Polizist*innen müssen vermieden werden! Was Du immer betonen solltest, dass die kontrollierte Person nicht zufällig ausgewählt wurde und die Kontrolle damit rassistisch und unzulässig ist.

Fotografieren: Zur Beweissicherung hilft es Fotos zu machen. Wenn du die Polizist*innen mitfotografierst, solltest du bereit sein, Deine Personalien anzugeben und zuzusagen, dass das Foto nicht veröffentlicht, sondern nur zu Beweis Zwecken verwendet wird.

Notizen machen: Kommt es in Zusammenhang mit der Kontrolle zu einem Gerichtsverfahren, helfen Notizen sehr: Alle Argumente und Gründe aufschreiben, die von den Polizist*innen genannt wurden!

Begleiten: Wenn die kontrollierte Person mitgenommen wird, kannst du verlangen, sie als Beistand zu begleiten. Sinnvollerweise tauschst du Kontaktdaten mit Zeug*innen und der betroffenen Person aus. Vielleicht kannst du sie bei der Suche nach spezialisierten Anwalt*innen unterstützen.

Das Recht setzt Racial Profiling Grenzen, es erlaubt aber auch viel. Allein mit dem Rechtsweg lässt sich polizeiliche Willkür nicht beschränken – politische Initiativen und eine veränderte Realität durch direktes Einmischen sind daher wichtig.

Rassistische Polizeikontrolle

WAS TUN?!

Du beobachtest eine rassistische Polizeikontrolle:

Wie viel Zeit hast Du?

Keine Zeit: Bitte Menschen, sich einzumischen und sich zu kümmern. Gebe Deine Kontaktdaten weiter. Stell Dich als Zeug*in zur Verfügung. Pöbel herum.

Etwas Zeit: Nimm zur kontrollierten Person Kontakt auf: „Darf ich Sie unterstützen?“ „May I help you?“

Bei Zustimmung: Stelle fest: Hat die betroffene Person ihre Personalien schon gezeigt oder hat sie angegeben, keine dabei zu haben?

Wenn ja: Stehe der betroffenen Person bei.

Wird die Person bereits abgeführt: Gebe der betroffenen Person Deine Kontaktdaten. Erfrage den Namen der betroffenen Person und wo sie hingebacht wird. Sammle die Kontaktdaten der Zeug*innen. Begleite die Person. Informiere Antirassistische Initiativen und Anwalt*innen.

Wenn nein: Gilt es die Personenkontrolle zu verhindern, zum Beispiel durch die Frage: „Warum wird diese Person kontrolliert?“ „Aufgrund von welcher Rechtsgrundlage?“

Heißt es von der Polizei:

Hier liegt eine „unerlaubter Einreise“ vor,

Kläre ob bei der vorgefundenen Kontrolle eine der folgenden Kriterien erfüllt werden.

Die Kontrolle ereignet sich

... am Flughafen.

... in einem Zug, der die Grenze überquert.

... im Grenzgebiet (also 30 km von der Grenze entfernt).

... bei grenzüberschreitendem Verkehr.

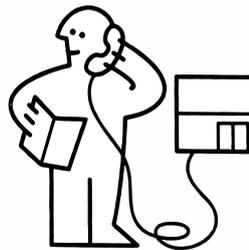
Eine konkrete Gefahr ist erkennbar.

Liegt keine dieser Kriterien vor, ist die Voraussetzungen BPolG §§ 22 und 23 nicht erfüllt,

Die Kontrolle unzulässig!

1

2



3



4

Heißt es von der Polizei:

„Lagekenntnisse“, „verrufer/gefährlicher Ort“, „Gefahr“ oder „Planung einer Straftat“, dann handelt es sich über interne Polizeiinfos, die vor Ort für Dich nicht prüfbar sind.

Aber Du kannst je nach Kontroll-Situation fragen:

- „Warum kontrollieren Sie gerade diese Person?“
- „Was ist an ihr so besonders?“
- „Warum sollte gerade diese Person gefährlich sein?“
- „Warum sollte gerade diese Person illegal eingereist sein?“

Wird die rassistische Auswahl eingeräumt, rassistisches Vorgehen benennen (Verstoß gegen Art. 3 GG):

- „Diese Kontrolle ist unzulässig“
- „Lassen Sie diese Person in Ruhe!“

Polizei beharrt auf Kontrolle? Gebe der betroffenen Person Deine Kontaktdaten geben. Erfrage Namen der Polizist*innen. Sie sind verpflichtet, Namen oder Dienstnummern anzugeben.

Polizei reagiert nicht auf Dich? Mach Andere auf die Situation aufmerksam. Nerve so lange, bis die Polizei eine andere Strategie einschlägt.

Polizei bedroht Dich oder schickt Dich weg? Damit bist Du Ziel einer polizeilichen Maßnahme. Erkundige Dich, welche „Gefährdung“ von Dir ausgehen soll. Agiere möglichst ruhig und höflich.

Weitere mögliche Schritte:

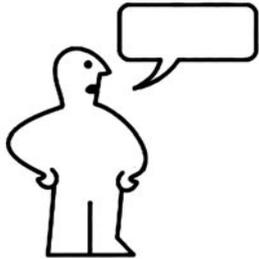
Mach Fotos der Kontroll-Situation.
Sammele die Kontaktdaten von Zeug*innen.
Notiere die Argumente der Polizist*innen.

Mögliche Eskalation: Machst Du Fotos von Polizist*innen, dann musst Du eventuell deine Personalien angeben und versichern, dass Du die Fotos nicht veröffentlichen willst.

Biete der kontrollierten Person Deine Hilfe an für die Suche nach spezialisierten Rechtsanwält*innen.

*Diese Anleitung ist angelehnt an die Was Tun?!
Taschenkarte von Schöner Leben Göttingen.*

*Das Original kann hier online bezogen werden:
<https://schoener-leben-goettingen.de>*



5

6

7

8





Frau, Leben, Freiheit

Die neue Graphic Novel von
„Persepolis“-Autorin Marjane
Satrapi

*Herausgegeben von: Marjane Satrapi
Übersetzt von: Hainer Kober, Regina
Keil-Sagawe, Sarab Pasquay
erschienen bei Rowohlt 2023*

*Ein Jahr nach Beginn der Aufstände
im Iran versammelt Marjane Satrapi
in dieser Graphic Novel herausra-
gende Zeichner:innen aus Iran,
Europa und Amerika, um der Welt vor
Augen zu führen, was wegen der Zen-
sur nicht aus dem Land dringt. Im
September 2022 wird die junge irani-
sche Studentin Mabsa Amini von der
Sittenpolizei in Teheran verhaftet. Ihr
angebliches Vergehen: Sie soll ihr
Kopftuch nicht «ordnungsgemäß» ge-
tragen haben. Auf der Polizeiwache
wird sie so heftig geschlagen, dass sie
drei Tage später stirbt. Der Tod der 22-
jährigen Frau löste eine beispiellose
Protestwelle aus, die sich bald im gan-
zen Land ausbreitete. Drei renom-
mierte Iran-Experten und siebzehn
außergewöhnliche Künstler*innen ar-
beiten in Solidarität mit dem irani-
schen Volk zusammen, um die histori-
schen Ereignisse einzuordnen und zu
bezeugen – für den Iran und für alle
Frauen.*

*Wir stellen hier den Ausschnitt „in der
Hölle des Ein-Gefängnisses von Mana
Neyestami und Farid Vahid mit
freundlicher Erlaubnis des Rowohlt
Verlages vor, der eindrucksvoll zeigt,
was es heißt im iranischen Gefängnis
Paroli zu bieten.*

IN DER HÖLLE DES EIN- GEFÄNGNISSES

Von Mana Neyestani & Farid Vahid





DIE ANWÄLTIN NASRIN SOTUDEH SETZT SICH SEIT JAHREN FÜR DIE RECHTE VON POLITISCHEN GEFANGENEN, MENSCHENRECHTS-AKTIVIST:INNEN UND FEMINIST:INNEN IN IRAN EIN. SIE IST MEHRFACH INHAFTIERT WORDEN UND HAT JAHRE HINTER GITTERN VERBRACHT, ABER NIE DIE HOFFNUNG AUF VERÄNDERUNG AUFGE-
GEBEN.



ABER VIELLEICHT HAT DAS AUCH EINE ANDERE NASRIN, EINE ANONYME AKTIVISTIN, IN EINEM AUGENBLICK DER ENTMÜTIGUNG GESCHRIEBEN.





Nach rechts!

NOCH EIN VERHÖR?
WAS WOLLEN DIE DENN
NOCH VON MIR?



Der Oberste Führer erweist dir eine Gnade. Hier steht, dass du unter dem Einfluss des Feindes gehandelt hast, dass du deine Taten bereust und dass du versprichst, es nie wieder zu tun. Unterschreib und ich lass dich nach Hause gehen.



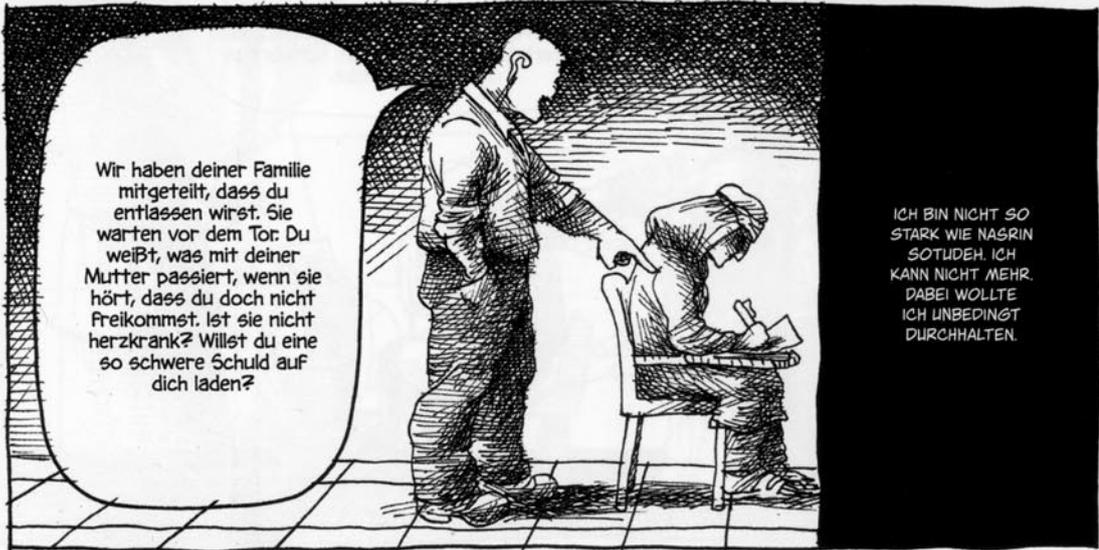
Welche Taten soll ich denn bereuen? Ich habe niemanden umgebracht.



Unterschreib!

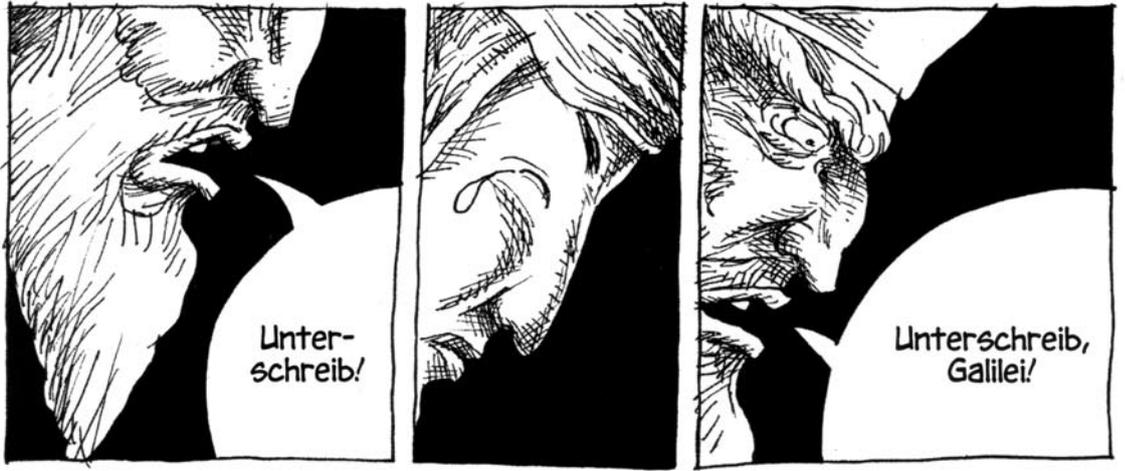


EINE Eurer KUGELN HAT EINE JUNGE FRAU GETÖTET, DIE NEBEN MIR AUF DER STRASSE STAND.



Wir haben deiner Familie mitgeteilt, dass du entlassen wirst. Sie warten vor dem Tor. Du weißt, was mit deiner Mutter passiert, wenn sie hört, dass du doch nicht freikommt. Ist sie nicht herzkrank? Willst du eine so schwere Schuld auf dich laden?

ICH BIN NICHT SO STARK WIE NAGRIN SOTUDEH. ICH KANN NICHT MEHR. DABEI WOLLTE ICH UNBEDINGT DURCHHALTEN.



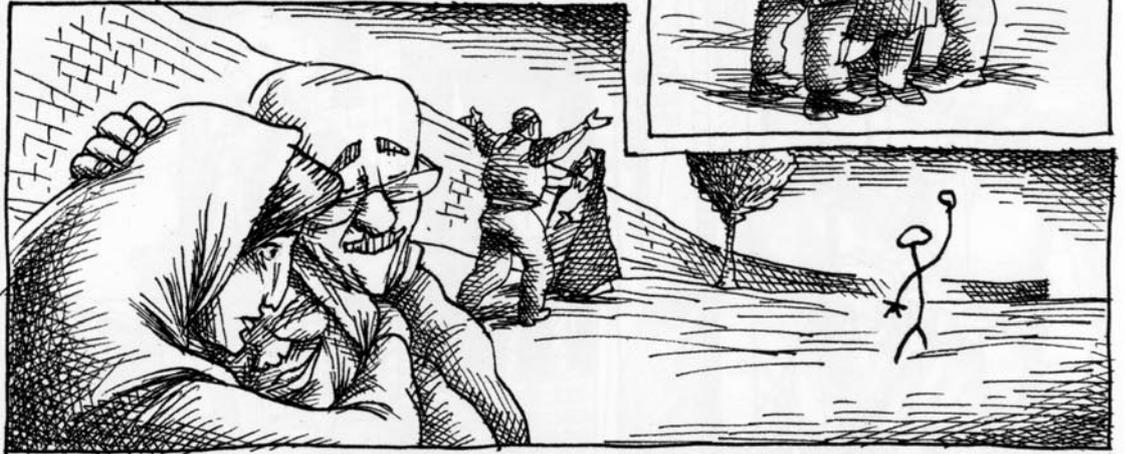


Und sie bewegt sich doch. Die Zukunft wird es zeigen.



Setareh!

Mein Liebes.







Bestandsgebäude zu erhalten spart CO2 und bekämpft den Klimawandel. Die Folge sind glückliche Eisbär*innen.
Foto: Magdalena Jooss





**Telefonieren
ohne Münzen**
Telefonkarten erhalten Sie im Postamt

AbbrechenAbbrechen wollen die Zukunft des Justizzentrums öffentlich verhandeln, statt im Verborgenen.
Foto: Fritz Bielmeier

Öffentliche Jurysitzung
über die
Ergebnisse des
Ideenwettbewerbs
zur Zukunft des
Justizzentrums.
Foto: Christian Illing



Entspannte Atmosphäre
nach der Präsentation
der Wettbewerbsergebnisse
an der
VerhandelBar - Musik,
Getränke und lockerer
Ideenaustausch.
Foto: Simon Fiedler

VerhandelBar



Eröffnung der
VerhandelBar als
öffentliche Anlaufstelle zum
Erhalt des Justizzentrums.
Foto: Christin Büttner

I
M
E
I
S
B
Ä
R
E
N
K
O
S
T
Ü
M

„Zehn Geschosse Stahlbeton fallen nicht von alleine um!“ – heißt es im Video der Initiative *JustizzentrumErhalten/Abbrechen Abbrechen*. Klar, an dem Münchener Verwaltungsbau aus den 70ern gibt es altersbedingte Schäden. Doch diese sind sanierbar! Nicht hinnehmbar hingegen seien Kosten und Aufwand eines Abbruchs, nachhaltig ebenso wenig. Warum also keine Umnutzung?, fragten sich Jan Fries und seine Mitstreiter*innen von der Initiative und schufen in der Nähe des Justizzentrums die *VerhandelBar*, einen öffentlichen Ort, der sich mit dem Thema auseinandersetzt. Ein Interview mit Jan Fries.

Im Positionspapier der Initiative *JustizzentrumErhalten/Abbrechen Abbrechen* heißt es: „Alle Häuser sind schön“. Was motiviert euch, sich für ein Gebäude einzusetzen, das sicher nicht allen gefällt?

Schön heißt nicht unbedingt „für das Auge gefällig“. Dazu haben Architekt*innen oft eine sehr eigene und selten mehrheitsfähige Meinung. „Alle Häuser sind schön“ meinen wir eher als: Schaut, in diesen Häusern steckt die Lebensleistung von vorangegangenen Generationen und oft auch der Geist einer bestimmten Zeit – es wäre doch toll, wenn wir diese Gebäude weiter als Teile des Bildes einer vielfältigen und vielschichtigen Stadt behalten könnten. Ganz materiell gesprochen sind diese Gebäude aber auch Möglichkeitsräume, die wir weiter nutzen können, ohne die bereits aufgewendete Energie zu vergeuden. Wegen der Klimakrise sollten wir alle anderen Handlungspfade eigentlich als fahrlässigen Raubbau an unserer Lebensgrundlage – also eine ziemlich hässliche Geschichte – ablehnen.

Eure Forderungen beinhalten vieles, etwa Klimaschutz, soziales Wohnen, Mitbestimmung, Wirtschaftlichkeit. Wie bekommt Ihr das alles inhaltlich gut zusammengeführt?

„Umbaukultur“ oder „die Bauwende“ sind komplexe Themen mit vielen Dimensionen. Wir versuchen das für uns machbar und für andere verständlich zu halten, indem wir die Themen an einem konkreten Objekt verhandeln wie dem Justizzentrum hier in München. Damit verliert das Ganze hoffentlich etwas von seiner Abstraktion. Auch hilft es, dass wir im Rahmen der *VerhandelBar*, also unserem Projektstandort in der Nähe des Justizzentrums, einen ganzen Sommer Zeit hatten, jeweils einzelnen Aspekten – beispielsweise zum Ausmaß des Leerstandes in der Stadt – vertiefende Veranstaltungen zu widmen. Wir glauben nicht, dass es nur an uns ist, diese Debatten zu führen, vielmehr möchten wir die „ganze Gesellschaft“ mit ihren verschiedensten Gruppierungen einladen, dazu zu sprechen. Nach unseren Möglichkeiten bieten wir hierbei eher an den Rand gedrängten Perspektiven Raum und versuchen selbst, eine klare soziale und ökologische Position zu vertreten.

G E G E N D I E A B R I S S B I R N E

Im Sommer 2024 seid ihr als Eisbären verkleidet im Bus durch München getourt. Was hatte es damit auf sich?

Na, die Tiere sind halt arg putzig, braucht es mehr Gründe? Nun, man kann da vieles reinlesen. Im Kern würde ich sagen: Sie ermöglichen eine Art Distanzierung durch Humor, Performance ... Ich mag zum Beispiel die Geschichte, die wir bei unserer Bustour im Hinterkopf hatten. Die Eisbär*innen waren dort Klimageflüchtete, die auf der Suche nach neuen Räumen für ihre Spezies nach München kamen. Gemeinsam mit Entscheidungsträger*innen erkundeten sie mögliche Orte und wunderten sich, wie fragwürdig mit dem Gebäudebestand bei uns umgegangen wird. So hoffen wir, wirklich schwere und komplexe Themen wie Klimakrise, Fluchtbewegungen, Stadtentwicklung und Verdrängung recht einfach zusammenzubringen und durch ein Stück Albernheit vorübergehend etwas von ihrer Schwere zu nehmen.

In eurer Initiative gibt es viele Architekt*innen. Wie relevant sind die Dinge, für die ihr euch einsetzt, in eurem Alltag als Architektur-Schaffende?

Die Antwort auf diese Frage ist stark an die Kontexte der Einzelpersonen gebunden. An den Universitäten kommt man als Student*in an Bauwende-Themen

nicht mehr vorbei. Auch Fachverbände aus den planenden Berufen schreiben sich diese Themen durchgängig auf die Fahnen. Aber die Praxis insgesamt sieht eben noch anders aus: Abriss, Neubau und Immobilienspekulation sind weiterhin die Norm, einzelne wenige anders gelagerte und bereits realisierte „Leuchtturmprojekte“ gibt es, wenige andere stehen gerade noch in den Startlöchern.

Warum ist das immer noch so?

Das liegt daran, dass die Branche eben nicht nur aus sogenannten planenden Berufen besteht. Im Grunde spielen Investor*innen und Projektentwickler*innen die entscheidende Rolle.

Rahmenbedingungen aus Gesetzen und Regeln ändern sich in unserer föderalen Struktur oft zu langsam, und Bauindustrie und -gewerbe müssen Wandlungsprozesse auch erst einmal durchlaufen. Es ist tatsächlich eine unserer ersten Motivationen für unsere Initiative gewesen, dass wir uns aus einem Büro für Architektur und Stadtentwicklung heraus nicht so für „die Bauwende“ hätten einsetzen können, wie wir das wollten. Als zivilgesellschaftliche und unabhängige Gruppe haben wir andere Freiheiten: Wir können kritischer sein, wir müssen uns nicht um unsere Auftragslage sorgen, und man kann uns auch schwerlich vorwerfen, nur im Eigeninteresse zu handeln. Was auch wichtig ist: wir können schneller arbeiten, weil wir über diese Fragen eben nicht nachdenken müssen und unsere Aktionen und Äußerungen auch nicht mit irgendwelchen weiteren Hierarchieebenen abstimmen müssen. Und nicht zuletzt: Wir können schnell Menschen aus

völlig anderen Bereichen aufnehmen, was wir gerne noch viel mehr täten.

Das Justizzentrum hat viel Platz und eine gute Lage. Wer könnte hier potenziell wohnen? Was sind Eure Ideen, was die der Bayerischen Staatsregierung?

Es ist nicht an uns, zu entscheiden, wer hier Raum bekommt. Wir versuchen vielmehr, die Debatte dazu in Gang zu bringen und haben dafür auch selbst Formate organisiert. Aus verschiedenen dieser Formate heraus können wir mit einiger Sicherheit sagen: Es braucht vielfältigen, bezahlbaren Wohnraum und bezahlbaren Raum für soziale und kulturelle Funktionen verschiedenster Art. Vielfalt ist dabei wichtig: Sie meint das Zusammenkommen

verschiedener Generationen, Hintergründe und Gruppen. Die Staatsregierung hat bisher die Zielvorgabe „so viel bezahlbarer Wohnraum wie möglich“ ausgegeben. Das klingt erst einmal gut, wird aber den Räumen des Bestandsbaus nicht gerecht. Wenn man mit dieser Zielvorgabe arbeitet, wird also der Erhalt nicht unbedingt wahrscheinlicher, für uns ist das aber der einzig verantwortliche Pfad angesichts der klimatischen Konsequenzen des Abrisses. Außerdem gibt sich der Freistaat bisher unseres Wissens keinerlei Mühe, die vielfältigen Bedarfe der Münchner Stadtgesellschaft überhaupt zu ermitteln. Wie soll da eine sinnvolle Zukunftsvision entstehen?

In dem Justizgebäude wurde Geschichte geschrieben, etwa als Ort der NSU-Prozesse. Wie steht Ihr dazu? Sollte man da auch über Denkmalschutz nachdenken?

Wir sind sehr offen für das Thema Erinnerungskultur und machen dazu – speziell zum Thema Rechtsterrorismus – auch noch eine Veranstaltung. Wir denken, dass ein Erinnerungsort zum NSU und weiteren Akten des Rechtsterrorismus wie dem Attentat am Münchner *Olympia Einkaufszentrum* (OEZ) sicher eine gute Nutzung für einen Teil des Gebäudes wäre. Das ist für uns aber nicht unbedingt an den Status als Baudenkmal geknüpft, der bisher auch noch nicht im Raum steht.

Eher haben wir bisher bewusst diese Perspektive weniger betrachtet, da Denkmalschutz – wie er aktuell gemacht wird – und eine zeitgemäße Umbaukultur nach unserem Dafürhalten weniger gut zusammenpassen.

Was konnte *Abbrechen* bislang bewirken?

Ich denke, wir dürfen behaupten, dem Thema und dem Objekt sehr viel Öffentlichkeit verschafft zu haben. Dadurch haben wir nicht nur die gesellschaftliche Diskussion mit mehr aktuellem Fachwissen gefüttert, sondern auch selbst eine Menge gelernt. Und wir haben eine ganze Menge Arbeit im Bereich der Bedarfsermittlung und der Weiterentwicklung von Methoden geleistet. Wir würden uns freuen, wenn die öffentliche Hand mit ihren ungleich größeren Ressourcen daran anknüpfen würde.

Was sind eure weiteren Pläne?

Nach diesem Sommer: verschnaufen und reflektieren. Wir haben so viele Themen angebohrt, wir müssen das jetzt erst einmal selbst verarbeiten. Über

den Winter machen wir noch einige Workshops und eine Filmvorführung, im kommenden Sommer dann gemeinsam mit dem *PATHOS theater* eine Performance. Eigentlich aber warten wir darauf, dass vom Freistaat Bayern auch mal etwas kommt, damit wir vielleicht demnächst in einen wirklich konkreten Prozess zum Strafjustizzentrum einsteigen können. 

Das Gespräch führte Simon Fiedler.

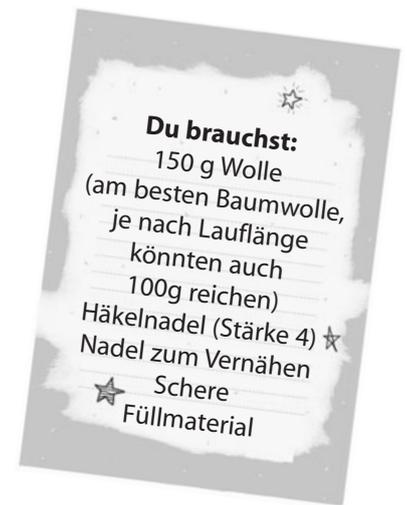


Jan Fries ist Urbanist und Regionalplaner. Aktuell ist er in München im Bereich der Landes- und Regionalplanung tätig. Außerdem setzt er sich als Mitgründer der **Initiative Justizzentrum Erhalten/Abbrechen** für eine nachhaltige Planungs- und Baukultur ein.

Foto: Christin Büttner

coole masche

Heute häkelt Pezi Novi mit dir einen Stinkefinger



Proftipp von Pezi: Die Reihen mit einem anderen Faden jeweils markieren. Dann fällt das Zählen der Reihen leichter.

Zunehmen: In die beiden Schlaufen der Masche jeweils zwei feste Maschen abhäkeln

Abnehmen: Die Häkelnadel durch die vordere Schlaufe der ersten Masche und dann gleich durch die vordere Schlaufe der zweiten Masche ziehen, anschließend als feste Masche abhäkeln.



1

Jeden Finger zunächst einzeln nach dem gleichen Prinzip häkeln: 6 Luftmaschen häkeln und dann zu einem Ring schließen, mit festen Maschen abhäkeln und dabei in jeder zweiten Masche jeweils eine Masche aufnehmen; insgesamt müssen es dann neun Maschen sein.



2

Für den kleinen Finger 12 Reihen häkeln und dann abschließen.

Für den Ringfinger 14 Reihen, für den Mittelfinger 17, Zeigefinger 15 und für den Daumen 11 Reihen häkeln und dann abschließen. Die gehäkelten Finger dann mit etwas Füllmaterial befüllen.

3

Im nächsten Schritt werden die vier Finger zusammengehäkelt: Beim kleinen Finger anfangen und 5 feste Maschen abhäkeln, zum Ringfinger übergehen und dort 5 feste Maschen abhäkeln und so weiter, den Zeigefinger mit 9 festen Maschen abhäkeln und dann auf der anderen Seite der Finger zurückhäkeln. Somit hängen die vier Finger zusammen.



4

Dann wird die Handfläche gehäkelt. Hier einfach dem Maschenverlauf folgen und eine Reihe nach der anderen in festen Maschen häkeln. Es müssten dann etwa 36 Maschen abgehäkelt worden sein.



Reihenverlauf: Bis Reihe 8 mit je 36 Maschen häkeln, dann den Daumen einhäkeln. Das geht dann so wie in Schritt 3. Insgesamt sind dann in der nächsten Reihe (Reihe 9) 45 Maschen abzuhäkeln.

Reihe 10-14: Jeweils auf der Vorder- und Rückseite der Handfläche 2 Maschen zusammenhäkeln, bis es in Reihe 14 nur noch 34 Maschen sind.

Reihe 15-18: Weiter abnehmen bis auf 18 Maschen.

Reihe 18-22: Weiter mit 18 Maschen häkeln.

Reihe 23-24: Pro Reihe 6 Maschen abnehmen. Faden abschließen und dann vernähen.

5

Die Hand nun mit Füllmaterial befüllen und die Finger bis auf den Mittelfinger an die Hand in gewünschter Position festnähen.



Betreten

ANSTÄNDIG

ANTIFASCHISTISCH

WWW.POLYLINK.NETWORK

auf eigene Gef



Polylux – gegen den Rechtsruck im Osten

Ob das *f*f*, ein feministisches Kollektiv aus Görlitz, *Rhino Boxing* im mecklenburgischen Hinterland, das *Dorf der Jugend in Grimma*, wo sich junge Leute in der Alten Spitzenfabrik am Muldeufer zu Freizeitaktivitäten treffen oder der *sowas e.V.* in Merseburg in Sachsen-Anhalt – alle diese Projekte haben zwei Dinge gemeinsam:

Dort kommen Menschen zusammen, die sich für eine starke Zivilgesellschaft, für Vernetzung, Selbstermächtigung, aktive Einmischung, politische Teilhabe und vieles mehr einsetzen. Und alle sind Projekte, die das Netzwerk *Polylux e.V.* finanziell oder/und beratend unterstützt. Ein Gespräch mit Jaša von *Polylux*.

Warum der Name *Polylux* nach dem ehemaligen Volkseigenen Betrieb in der DDR?

Alle Kinder, die in der DDR zur Schule gegangen sind und auch noch viele nach der Wende kennen den Tageslichtprojektor *Polylux*, im Westen Deutschlands als Overheadprojektor bekannt. Er ist in der Lage, durch Licht etwas Kleines zu vergrößern. Und genau das wollen wir bewirken, indem wir den Fokus auf den ländlichen Raum Ostdeutschlands richten, die

antifaschistische Zivilgesellschaft dort stärken und ihre Probleme sichtbar(er) machen.

Für wen setzt ihr euch dort ein?

Wir fördern Projekte, kleine Gruppen und Vereine, wie die eingangs genannten und viele mehr, die emanzipatorische Arbeit machen und sich antifaschistisch gegen rechts positionieren. Unser Fokus liegt dabei vor allem auf den Projekten, die selbstorganisiert arbeiten und erschwerte Zugänge

zu anderen Fördertöpfen haben – etwa, weil sie zu politisch sind, keine mediale Sichtbarkeit haben oder haben wollen. Und das versuchen wir undogmatisch, unbürokratisch und unkompliziert umzusetzen. Gewerkschaften und parteinahe Organisationen fördern wir deshalb nicht. Die genauen Kriterien und Kontaktformulare gibt es auf unserer Website (www.polylux.network). Wir entscheiden alles als Gruppe einvernehmlich im Plenum. Dabei sprechen wir ausführlich über

jedes Projekt. Wenn die Initiativen zu unseren Kriterien passen, bekommen sie die finanzielle Unterstützung via Spende. Hin und wieder fragen Gruppen nicht nach finanzieller Beihilfe, sondern um Rat in organisatorischen Dingen.

Wie sieht eure Unterstützung konkret aus und wie hat sie sich mit der Zeit verändert?

Am Anfang 2019, als uns noch niemand kannte, sind wir aktiv auf Projekte zugegangen. Wir haben unsere Idee vorgestellt und uns vernetzt. Wir hatten damals noch deutlich weniger Geld, das wir verteilen konnten – aber auch bei den Anfragen ging es oft um kleinere Beträge und sie kamen seltener als heute. Mittlerweile haben wir über 2000 Fördermitglieder und damit die Möglichkeit, monatlich viel mehr zu verteilen, also durch viel mehr Anfragen an uns resultieren auch viel mehr Besprechungen für uns. Der enge Kontakt zu den Projekten und die optimale Vernetzung bleibt dabei leider oft auf der Strecke. Um dem Anspruch aber gerecht zu werden, organisieren wir einmal im Jahr ein Wochenende, wo wir uns mit einigen Projektpartner*innen treffen und austauschen, beispielsweise waren Vertreter*innen aus der *Siebenbitze* in Greiz und der *sowas e.V.* aus Merseburg dabei.

Da wir inzwischen bekannter sind, fragen uns mittlerweile ganz unterschiedliche Initiativen an. Darunter gibt es jetzt auch Schulen, die Projekte oder Ausflüge planen. Anfragen von Festivals bekommen wir ebenfalls häufiger. Auffällig dabei ist, dass die Ausgaben für Security bei Veranstaltungen steigen. Da es immer mehr Angriffe auf linke Strukturen gibt, ist diese Veränderung jedoch logisch. Eine eher subtile Veränderung, die wir

merken ist, dass wir im Schnitt weniger Anfragen von Projekten bekommen, die sich deutlich radikal, antifaschistisch positionieren. Wir hoffen, dass sich das wieder ändert.

Warum Pirna, Greiz oder Merseburg statt Leipzig und Dresden?

Da der Fokus unserer Unterstützung im ländlichen Raum liegt, haben wir so gut wie keine Projekte in den Großstädten. Bisher denken wir, dass es in den größeren Städten wie Dresden, Leipzig und Berlin genügend andere Möglichkeiten gibt, um an Kohle zu kommen – beispielsweise durch große Soli-Partys oder alternative Fördertöpfe. Projekten im ländlichen Raum fehlen diese Möglichkeiten oft. Dort übernehmen wenige Leute zumeist sehr viele Aufgaben, so dass die Geldakquise um einiges schwerer bis unmöglich ist. Manchmal gibt es auch im ländlichen Raum Förderung durch Gemeinden. Wenn ein Projekt aber einmal als „zu links“ gebrandmarkt ist und CDU, SPD und Co. den Kürzungshammer schwingen, bekommen sie ganz schnell gar kein Geld mehr und müssen sich mit vielen Schikanen auseinandersetzen. In den größeren Städten läuft das deutlich anonym ab.

Wer sind eure Unterstützer*innen?

Wir haben unterschiedliche Unterstützer*innen und – wie bereits gesagt – unsere Fördermitglieder. Manche sind selbst im Osten aufgewachsen oder leben noch hier, manche sind weggezogen, andere kennen den Osten nur aus Erzählungen. Letztendlich wollen sie alle, dass es linke, emanzipatorische Projekte und Orte im ländlichen Raum in Ostdeutschland gibt. Deshalb spenden sie monatlich an uns – dieses Geld

können wir dann weiter verteilen. Auch auf andere Weise erhalten wir Beistand: Menschen organisieren Soli-Events für uns, machen Werbung, supporten uns bei unserer Website oder moderieren unsere Treffen. Diese verschiedenen Ebenen der Unterstützung helfen uns sehr im *Polylux*-Alltag. Denn auch wir machen die Arbeit alle ehrenamtlich, neben Lohnarbeit, Familie und anderen Projekten.

Immer häufiger erhalten zivilgesellschaftliche Initiativen, die demokratische Arbeit machen in der Kommunalpolitik, aufgrund der Zugewinne der AfD, keine Finanzhilfen mehr. Wie beurteilt ihr das?

Für Kürzungen, das ist die bittere Erkenntnis der letzten zwanzig Jahre in den ostdeutschen Bundesländern, braucht es keine AfD. Es reichen die strikt konservative Ausrichtung der CDU und die rigide Sparpolitik. All das führt dazu, dass die linke Zivilgesellschaft mehr und mehr eingeht und Rechte und Neonazis die Lücken füllen, die mangels sozialer, kultureller oder auch medizinischer Angebote auf dem Land entstehen. Allerdings erwarten wir, dass ein qualitativer Unterschied zwischen Vertreter*innen der CDU und der AfD in den Machtpositionen existiert – der Trend innerhalb der CDU auf AfD-Kurs einzuschwenken, könnte diesen Unterschied aber einebnen.

(K)ein Beispiel: Der Bautzener Kreistag sägte in seiner ersten Sitzung den Ausländerbeauftragten des Kreises auf Antrag der AfD ab. Das sächsische Sozialministerium erklärte den Beschluss zwar für unzulässig. Dennoch beginnt die AfD auf kommunaler Ebene den Angriff auf die staatlichen Institutionen. Bitter: Unter der CDU wäre dergleichen so nicht passiert, doch



... trotzdem da!
Die *Polylux* Antifa



Netzwerktreffen von *Polylux* im April 2024 im Erzgebirge. Supporter*innen und Projektaktive beim gemeinsamen Wandern.

als nur noch zweitgrößte Fraktion stimmte die Partei dem Antrag zu.

Dieses Jahr habt ihr mehr Geld einsammeln können als je zuvor. Wieso?

Auch wir haben Ende 2023 überlegt, was wir mit dem „Superwahljahr Ost“ anfangen, unter anderem, ob wir uns an große Kampagnen anschließen. Letztendlich war uns aber klar, dass die schwierige Zeit nach den Wahlen losgehen wird und wir – beziehungsweise die Initiativen im Osten – für die Zeit danach mehr Kohle brauchen. Deshalb hatten wir uns das Ziel gesetzt, von 300 auf 1000 Fördermitglieder anwachsen zu wollen. Wir organisierten eine Vortragstour in Westdeutschland, um das Netzwerk *Polylux* bekannter zu machen, gaben beispielsweise Interviews, saßen auf Podien. Die 1000 hatten wir dann schon zu den Kommunalwahlen erreicht. Nach den Landtagswahlen hatten wir mehr als 2000 Fördermitglieder. Dazu kommen viele Einzelspenden von Gruppen, Bands oder Einzelpersonen. *Acht Eimer Hühnerberzen*, eine Band, hat uns dieses Jahr einen Teil ihrer Tourneinnahmen gespendet. Und auf dem *Attention-Festival* gab es einen Spendenlauf und die Einnahmen gingen an uns. Diese Aufmerksamkeit und der Zulauf sind natür-

lich super für uns. Es zeigt, dass viele Menschen dem Rechtsruck etwas entgegensetzen wollen.

Gleichzeitig hoffen wir aber, dass die Leute sich zusätzlich zu ihrer Fördermitgliedschaft auch politisch engagieren und rechter Politik praktische Arbeit entgegensetzen.

Was waren eure besonderen Erfolge?

Der große Zuwachs an Fördermitgliedern und die vielen Interviewanfragen sind natürlich ein großartiges Feedback. Es zeigt uns, dass wir vor fünf Jahren die richtige Entscheidung getroffen haben, dieses Netzwerk zu gründen. Gleichzeitig ist dieser Zuwachs aber auch ein großes Lob an die vielen aktiven Menschen, die im ländlichen Raum jeden Tag leben, sich engagieren, Veranstaltungen planen, Räume öffnen, widersprechen und aufklären. Denn deren Arbeit ist ja noch viel wichtiger als unsere und ist unsere Hauptmotivation weiterzumachen!

Viele verschiedene Initiativen, Bands, Vereine, Autor*innen, – wie beispielsweise *Sea-Watch*, Arne Semsrott, Tupoka Ogette und die *taz* machen für uns Werbung und unterstützen uns. Das fühlt sich richtig gut an. Mittlerweile können wir viel mehr Projekte unterstützen als am Anfang!

Zum Schluss: Wie habt ihr eigentlich zusammengefunden?

Die Idee, eine unabhängige Grundlage für zivilgesellschaftliche, antifaschistische Arbeit und Projekte zu etablieren, entstand etwa zeitgleich 2018 bei verschiedenen Personen in Dresden und in Berlin. Dank eines Zufalls trafen wir uns auf einer Veranstaltung und gründeten dann gemeinsam 2019 das Netzwerk *Polylux*. Damals blickten wir schon auf zukünftige Landtagswahlergebnisse in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Unsere Annahme war, dass mit dem fortschreitenden Rechtsdrift in der Politik die antifaschistische Zivilgesellschaft weiter und noch heftiger unter den Kürzungshammer kommen wird. Außerdem bekamen Vereine wie *Attac* ihre Gemeinnützigkeit aberkannt. Der Vorwurf: Sie würden sich zu politisch äußern. Für uns war damals schon klar, dass wir uns auf diese Abhängigkeit von politischen Entscheidungsträger*innen nicht einlassen können. Hinter dieser Auslegung des Gemeinnützigkeitsrechtes steht ein rechter Angriff auf unliebsame Vereine. Deshalb haben wir uns bei der Gründung bewusst gegen einen gemeinnützigen Verein entschieden. 🦊

Das Gespräch führte Pezi Novi.



Polylux-Maskottchen

Ein beinahe maßstabsgetreues, von den Projektmitarbeiter*innen selbstgenähtes Plüschtier in Form eines Polylux, das immer mit auf Reisen und zu Vorträgen geht. Es ist unverkäuflich.

Berxwedan Jîyan e

– Widerstand heißt Leben

Im November 2022 reist unser ehemaliges *Hinterland*-Redaktionsmitglied Mina Avşar in die Stadt Amed (türkisch Diyarbakır) in Südostanatolien. Dort lernt sie den 33-jährigen Kurden Aso kennen. Sie verstehen sich auf Anhieb, reden viel und lange, diskutieren und tanzen nach Mitternacht zu kurdischer Musik. Aso verbrachte neun Jahre im türkischen Gefängnis und litt auch danach unter der extremen Repression.

Anfang des Jahres 2024 flieht er nach Deutschland. So treffen sich die beiden zwei Jahre später wieder. Aus der Bekanntschaft entsteht eine Freundschaft. In Berlin leben sie für einige Monate in derselben WG und die Gespräche finden ihre Fortsetzung. Mina beschließt, aus diesen Erzählungen ein Porträt von ihrem Freund, dem politischen Engagement und seinem Leben im Exil zu verfassen. Hier veröffentlichen wir ein kurzes Fragment, welches sich mit der Widerständigkeit kurdischen Lebens befasst. Von Mina Avşar

Das „Leben“ als abhängige Variable. Wenn Leben bedeutet, dass die Lungen sich blähen, das Herz schlägt und ein Fuß vor den anderen gesetzt wird, dann braucht es keinen politischen Kampf. Wenn Leben aber die Freiheit in der eigenen Muttersprache zu sprechen, traditionelle Musik zu hören und Familienfeste zu feiern einschließt, wenn wir das Wort „Leben“ durch „kurdisches Leben“ ersetzen, dann ist das Leben vom Widerstand abhängig. Deshalb heißt unsere Parole lebenslang „Berxwedan Jîyan e“, also „Widerstand heißt Leben“. „Wenn wir Widerstand leisten, dann sind wir Teil des Lebens. Wenn wir es nicht tun, dann gibt es uns nicht. Dann haben wir keine Sprache, kein Land – keine Heimat.“ Aso beschreibt den Wert der Parole als das sichtbare Ergebnis einer gelebten Erfahrung. Die Kurzfassung einer „Überlebensgeschichte“. Eine Geschichte, die sein Volk seit Jahrzehnten teilt und weitererzählt. „Wenn man als Kurd*in geboren wird, lernt man diese Parole von Kindesbeinen an. Wir tanzen sie auf unseren Hochzeiten, bei jeder Demonstration skandieren wir sie.“

Für Aso selbst haben diese Worte im Laufe seines Lebens an Bedeutung gewonnen. Er erzählt davon, wie sie als Kinder in der Schule darüber debattiert haben, um den theoretischen Kern zu begreifen. Doch tatsächlich verstanden habe er sie erst später, während seiner neunjährigen Haftstrafe. Denn wie das kurdische Volk tagtäglich in die Opposition treten muss, um existent zu bleiben, so forderte das Gefängnis von Aso jeden Tag die Entscheidung, als das Individuum, das er ist, am Leben zu bleiben.

„Wenn ich weiterhin existieren wollte, musste ich Widerstand leisten. Nur indem ich Widerstand leistete, spürte ich mich. Bei ‚Berxwedan Jîyan e‘ ging es für mich darum, aktiv in meinem Leben zu bleiben.“ Wenn der Kontakt zur Außenwelt, zu Freund*innen und Familie abrupt abgebrochen wird, jeder Handlungsspielraum genommen und außer dem eigenen Denken nichts mehr der eigenen Führung überlassen ist, ist es schwer, die Kontrolle darüber zu behalten, wer man ist. „Das ganze System ist darauf ausgelegt, dich mit immer neuen Methoden zu zähmen,“ erklärt Aso. Er übte Widerstand in Form



Mina Avşar ist 21 Jahre alt und studiert Politikwissenschaften in Berlin. Sie liebt das Reisen, wo sie Geschichten hört und speichert, die sie an anderen Orten anderen Menschen erzählt. Sie versteht sich als lyrische Brücke.

von Hungerstreiks und Störaktionen, „Aber“, so sagt er, „die eigentliche Herausforderung bestand darin, sich selbst nicht zu verlieren. Im Gefängnis muss man 24 Stunden, sieben Tage die Woche Widerstand leisten. Nur dann kann man versuchen, wirklich damit fertig zu werden.“

Erfolgreicher Widerstand benötigt keinen Umsturz

Erfolgreicher Widerstand ist nicht an einen Umsturz geknüpft. Der Erfolg des kurdischen Widerstands liegt darin, dass es „trotz aller Massaker, Assimilierungsmaßnahmen, Vertreibungen und sogar Völkermorden immer noch Kurd*innen [gibt], und die ganze Welt [...] sich dieser Tatsache bewusst [ist].“ Und so war auch Asos Widerstand ein erfolgreicher – er konnte sich selbst über neun Jahre bewahren.

Seine Vision, seine Ideologie und sein Kampfgeist blieben ungebrochen. Diese Zeit in Gefangenschaft, eine Zeit systematischer Unterdrückung, ist die Geschichte einer Person, aber das Schicksal vieler. Wir alle können uns darin wiederfinden und davon lernen. Auch ohne Hafterfahrung können wir aus

Asos Erzählung, seiner individuellen Überlebensgeschichte, aus seiner Version von „Berxwedan Jîyan e“ ein wenig Kraft nehmen, seine Geschichte erzählen und unsere eigenen Geschichten schreiben. Als ich Aso frage, worin sich die politische Arbeit oder auch der politische Geist der deutschen Linken von anderen unterscheidet, spricht er vom Geschichtenerzählen: „Meiner Meinung nach sind das Verständnis und das Begreifen der westlichen Gesellschaften eher theorieorientiert. Erfahrungen werden sogar konzeptualisiert und die Menschen im Westen versuchen, das Leben durch diese Konzepte zu verstehen. Alles wird theoretisiert, was verhindert, dass die Art und Weise des Verstehens durch Erfahrungen beeinflusst wird. Östliche Gesellschaften hingegen stellen die Erfahrung in den Vordergrund. Wenn wir zum Beispiel versuchen, ein Konzept zu verstehen, werden immer Geschichten dazu erzählt.“ Um „Widerständigkeit“ greifbar zu machen, habe ich von Aso erzählt, oder besser gesagt Aso einen Teil seiner Geschichte erzählen lassen. Eine der Geschichten, die hinter „Berxwedan Jîyan e“ steckt. 

9000 hinter Gittern!

Kommunisten, Parteilose, Sozialdemokraten



Kämpft mit der Roten Hilfe
für unsere Befreiung, gegen Sondergerichte und Unterdrückung!

Gebt für die Winterhilfe der RHD

für die Opfer des antifaschistischen Freiheits-Kampfes!
Spendet Geld, Lebensmittel, Kleidungsstücke!

Solidarität im Widerstand: 100 Jahre *Rote Hilfe*

Die *Rote Hilfe* ist eine Solidaritätsorganisation von Linken für Linke. Sie ist parteiunabhängig; ihre Mitglieder und Aktiven kommen aus verschiedensten Teilen der linken Bewegung. Sie bietet solidarische Unterstützung für alle, die in Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden, zum Beispiel wegen antifaschistischer, antisexistischer, antirassistischer oder gewerkschaftlicher Aktionen. Jule, Annette und Münir stellen im Interview ihre Arbeit vor.

Wann habt ihr zuletzt Paroli geboten?

Jule: Wir bieten immer Paroli! In etwas größerem Rahmen zum Beispiel im September 2021. Damals fand zum ersten Mal die *Internationale Automobil-Ausstellung* (IAA), die größte Greenwashing-Veranstaltung der deutschen Autolobby in München statt. Dagegen wurden zahlreiche Proteste und ein Camp organisiert. Bei mehreren Autobahn-Abseilaktionen wurden direkt zu Beginn der IAA neun Aktivist*innen auf Grundlage des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes in Präventivgewahrsam genommen und sollten bis zum Ende der IAA in Haft verbringen. Dagegen haben wir mit solidarischen Anwält*innen Rechtsmittel eingelegt – und wir haben recht bekommen. Auch wenn meist erst im Nachgang von Gerichten bei bestimmten polizeilichen Maßnahmen und richterlichen Anordnungen die Rechtswidrigkeit festgestellt wird,

ist es für die Bewegung und zukünftige Aktionen enorm wichtig, Rechtsmittel gegen diese einzulegen und Widerstand zu leisten.

Was sind die aktuellen Ziele der *Roten Hilfe*?

Jule: Ziel unserer Arbeit ist ganz klar die Organisation solidarischer Unterstützung, wenn politische Aktivist*innen aus dem linken Spektrum von Repression betroffen sind. Die Unterstützung hierbei ist sehr vielseitig. Wir kümmern uns nicht nur um eine finanzielle Unterstützung, sondern wir bieten auch Rechtshilfeberatung, Betroffenenentfretten und die Begleitung bei der Vorbereitung einer politischen Prozessführung an. Das bedeutet auch eine enorme emotionale Unterstützung für die Betroffenen. Mit dieser solidarischen Unterstützung für die Einzelnen leisten wir als *Rote Hilfe* auch einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der emanzipatorischen

Bewegungen. Denn Jede*r, die sich am Kampf beteiligen will, soll das in dem Bewusstsein tun können, dass sie auch hinterher, wenn sie Strafverfahren bekommen, nicht alleine dastehen. Denn Zweck staatlicher Repression ist es ja gerade, durch das Herausgreifen Einzelner voneinander zu isolieren, zu spalten und durch exemplarische Strafen Abschreckung zu bewirken. Dem stellt die *Rote Hilfe* das Prinzip der Solidarität entgegen und ermutigt damit zum Weiterkämpfen.

Münir: Außer der unmittelbaren Unterstützung für Betroffene sind wir natürlich auch aktiv gegen die Verschärfung der Straf- und Polizeiaufgabengesetze, gegen die Beschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Auch die aktuelle Debatte beziehungsweise die Hetze gegen Geflüchtete verfolgen wir genau.

Wir sehen es auch als unsere Aufgabe, schon im Vorfeld von

Plakat: *Rote Hilfe* e.V.

Ankleben!

Aushängen!



Wuff!

**UNTERSTÜTZT
DIE WEIHNACHTS
SAMMLUNGEN
DER
ROTEN HILFE!**

PEWAS

Demonstrationen zum Beispiel durch Antirepressions-Workshops oder „Was tun, wenn's brennt?“-Vorträge darauf hinzuwirken, dass die Teilnehmer*innen sich selbst und andere möglichst effektiv vor Verletzungen und Festnahmen durch die Staatsgewalt schützen.

Annette: Aktuell nehmen auch Fälle wieder zu, bei denen Aktivist*innen aufgrund ihrer politischen Betätigung von Berufsverboten bedroht sind, die unsere Unterstützung benötigen. Und natürlich kämpfen wir für eine Gesellschaft, in der die *Rote Hilfe* nicht mehr notwendig ist.

Die *Rote Hilfe* feiert in diesem Jahr bereits ihren 100. Geburtstag. Eine lange Geschichte.

Annette: Allerdings. Die historische *Rote Hilfe* hatte mehrere lokale Vorläuferorganisationen, die in den Nachkriegsjahren im Zuge der Niederschlagung der Räterepubliken und der Repression gegen die Revolutionär*innen aktiv wurden. Sie unterstützten sowohl die Angehörigen untergetauchter, gefangener oder ermordeter Genoss*innen als auch die tausenden Gefangenen finanziell und mit Sachspenden. 1921 unternahm die KPD mit der Gründung von *Rote Hilfe* Komitees, die aus allen Arbeiter*innenparteien und -organisationen gebildet werden sollten und die Unterstützung unabhängig von Parteizugehörigkeit verteilen sollten, einen Versuch, die Solidaritätsarbeit möglichst breit aufzustellen. Wie die KPD wurden auch die *Rote Hilfe* Komitees nach der Niederschlagung des Hamburger Aufstands 1923 verboten. Das Verbot wurde 1924 aufgehoben und am 1. Oktober wurde die *Rote Hilfe Deutschland* als parteiunabhängige, strömungsübergreifende Mitgliederorganisation gegründet. Diese *Rote Hilfe* wurde im Faschis-

mus dann zerschlagen, auch wenn tausende Genoss*innen in der Illegalität noch Solidarität organisierten.

Jule: In den 70er Jahren entstanden aufgrund von Repressionswellen gegen die neue außerparlamentarische Bewegung aus den spontaneistischen Ausläufern der *Außerparlamentarischen Opposition* (APO) und im Umfeld neuer kommunistischer Parteigründungen mehrere *Rote-Hilfe*-Gruppen. Diese bezogen sich bei ihrer Gründung ausdrücklich auf die historische *Rote Hilfe Deutschlands*. Im Mittelpunkt ihrer

Bezeichnenderweise haben sich die Aufgaben der Roten Hilfe in 100 Jahren nicht wesentlich verändert

Aktivitäten stand die Solidarität mit Gefangenen aus Stadtguerillagruppierungen wie der *Roten Armee Fraktion* (RAF) sowie mit Aktivist*innen neuer sozialer Bewegungen etwa aus der Hausbesetzer*innen- und Anti-Atom-Bewegung. In dieser Zeit gab es viele Debatten und Auseinandersetzungen zwischen den *Roten Hilfen* und den politischen Organisationen, die nicht immer glücklich verliefen, so dass sich viele der *Rote Hilfe*-Gruppen bis Ende der 70er auflösten. 1975 entstand dann die

Rote Hilfe Deutschland, welche ursprünglich der KPD-ML nahestand. Diese wurde 1986 schließlich auf einer Bundesdelegiertenkonferenz in den heutigen *Rote Hilfe e.V.* mit seinem Charakter einer partei- und strömungsübergreifenden linken Schutz- und Solidaritätsorganisation umgewandelt.

Wie haben sich eure Aufgaben im Laufe der Jahre verändert?

Jule: Bezeichnenderweise haben sich die Aufgaben des *Rote Hilfe e.V.* in 100 Jahren nicht wesentlich verändert. Wir betreiben zwar keine Kinderheime mehr wie in der Weimarer Republik und die finanzielle Unterstützung Angehöriger steht nicht mehr im Fokus, auch wenn sie nicht ausgeschlossen ist. Auch Lebensmittelspenden sind heute nicht mehr notwendig, aber Spendenkampagnen für Genoss*innen, die hohe Repressionskosten zu tragen haben, gehören ebenso heute zu unseren Schwerpunkten. Zum Glück müssen wir nicht mehr gegen die Isolationshaftbedingungen wie in den 70ern kämpfen. Aber nach wie vor unterstützen wir politische Gefangene, indem wir Kontakt halten, Geld überweisen, bei der Mietzahlung helfen, Bücher und Pakete in die Gefängnisse schicken und bei Klagen gegen Haftbedingungen supporten. Nach wie vor beraten und unterstützen wir Menschen, gegen die Straf- oder Ordnungswidrigkeitsverfahren laufen, die Hausdurchsuchungen erleiden mussten oder die von Berufsverboten betroffen sind, um nur einige Beispiele zu nennen. Wir vermitteln solidarische Anwält*innen und helfen bei Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Wir informieren über Repressionsfälle und Gesetzesverschärfungen – wie schon vor 100 Jahren.

Wie entscheidet ihr, wen ihr unterstützt und in welcher Form?

Münir: Einen Antrag zur finanziellen Unterstützung kann jede Aktivist*in stellen, die aufgrund ihrer politischen Tätigkeit mit Repression überzogen wird, unabhängig von Gruppen- oder Parteizugehörigkeit oder der Mitgliedschaft im *Rote Hilfe e.V.*

Annette: Über die finanzielle Unterstützung entscheidet der Bundesvorstand, der für die Dauer von zwei Jahren von der Bundesdelegiertenversammlung gewählt wird. Von Repression betroffene Aktivist*innen kommen in der Regel auf uns zu, beispielsweise in die Rechtshilfeberatung vor Ort. Wir unterstützen sie dann auf vielfältige Weise und nicht ausschließlich finanziell.

Es gibt den Vorwurf, dass ihr sogenannte gewaltbereite Linke in ihrem Kampf gegen Staat, Polizei et cetera stützt und stärkt. Was ist da dran?

Annette: „Gewaltbereit“ ist ein Begriff der Repressionsorgane, den wir uns nicht zu eigen machen. Wenn die Verhältnisse gewalttätig sind und strukturelle Gewalt den Alltag von Millionen Menschen beherrscht, was bedeutet dann der Begriff „gewaltbereit“? Der Paragraph 114 StGB (Tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte) sieht etwa eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren vor. Unsere Erfahrung zeigt, dass nach diesem Paragraphen verfolgt wird, wer zum Beispiel bei einer ruppigen Festnahme auf einer Demonstration lediglich seinen Oberarm-

muskel anspannt. Als Aktive der *Roten Hilfe* machen wir regelmäßig die Erfahrung, dass die Polizei, um eigene Übergriffigkeiten zu kaschieren, Opfer zu Tätern macht. Deshalb gilt unsere Unterstützung allen, die als Linke wegen ihres politischen Handelns staatlicher Repression ausgesetzt sind. Mit dieser Arbeit wollen wir all jenen den Rücken stärken, die für eine bessere Gesellschaft kämpfen.

Münir: Der Gewaltbegriff wird von den Herrschenden immer wieder neu definiert. Aktuell muss auch bei gewaltfreien Aktionen, wie zum Beispiel das Festkleben auf Fahrbahnen, mit hohen Haftstrafen gerechnet werden. Einige Aktivist*innen werden deshalb sogar nach Paragraph 129 als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung verfolgt.

Es heißt manchmal, dass ihr Personen, die die ihnen vorgeworfenen Taten vor Gericht bereuen, die Unterstützung entzieht. Stimmt das?

Münir: Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass sicherlich notwendige Kritik und Selbstkritik von Aktionsformen nicht vor bürgerlichen Gerichten stattfinden können. Die Klassenjustiz hat die Aufgabe, das Abweichende zu sanktionieren. Daran ändert sich auch nichts, wenn die vorgeworfenen Aktionen undurchdacht, krass oder schlichtweg politisch falsch waren.

Distanzierungen oder Reue vor Gericht mit dem Ziel, für sich einen Strafnachlass zu erreichen,

sind auch insofern problematisch, als dadurch häufig andere Personen in den Fokus der Strafverfolgung geraten.

Wir schauen uns die konkrete Situation immer an. Dabei geht es gar nicht nur um Aktionsformen, von denen sich Aktivist*innen hinterher distanzieren. Wir würden die Solidarität auch entsagen, wenn zum Beispiel Polizist*innen mit sexistischen oder rassistischen Sprüchen beleidigt werden würden. Aber sich vor Gericht zu entschuldigen, weil man einen Faschisten auch so genannt hat, finden wir rückgratlos. Wir maßen uns grundsätzlich nicht an, darüber zu urteilen, welche Aktionsformen legitim sind. Sie dürfen nur nicht gegen allgemeine linke Werte verstoßen.

Ihr habt in den letzten Jahren weiteren Zulauf an Unterstützer*innen gewonnen. Was sind eurer Meinung nach die Gründe dafür?

Annette: Der *Rote Hilfe e.V.* wächst in dem Maße, in dem Repression gegen linke Bewegungen zunimmt, beziehungsweise neue Bewegungen in den Fokus der Repressionsorgane rücken. In den letzten Jahren ist das zum Beispiel die Klimabewegung.

Münir: Viele, denen die Solidarität am Herzen liegt, meinen, dass es wichtig ist, in mindestens zwei Organisationen Mitglied zu sein, nämlich in der Gewerkschaft und der *Roten Hilfe*. 

Das Interview führte Marianne Walthert.

Der erste Kampf wird in der eigenen Familie ausgetragen



Aktivistinnen von Zenobiya schmücken die Stadt vor dem Internationalen Weltfrauentag am 8. März, Raqqa 2024

Vom Widerstand der Frauen in Raqqa

Unter dem Islamischen Staat durchlebten die Frauen im Nordosten Syriens die Hölle auf Erden. Heute wollen sie nicht weniger als die umfassende Frauenbefreiung – und nehmen diese gleich selbst in die Hand. Über den Besuch bei einer Frauenbewegung, die Widerstand lebt.

Von Lea Claßen

Im Nordosten Syriens liegt in einer der am längsten besiedelten Gegenden der Erde, Raqqa. Aufgrund ihrer Lage in der fruchtbaren Region zwischen Euphrat und Tigris war die Stadt historisch äußerst bedeutsam und bis vor wenigen Jahren außerhalb Syriens vor allem aufgrund ihrer Ausgrabungsstätten und Relikte vergangener Reiche bekannt – etwa dem Reich der mächtigen Zenobiya, Herrscherin Palmyriens. Als der syrische Bürgerkrieg ausbrach, gelangte Raqqa als erste größere Stadt in die Hände von Regimegegner*innen. Schließlich wurde sie 2013 vom sogenannten *Islamischen Staat* (IS) eingenommen und von den Islamisten zu ihrer Hauptstadt erklärt.

Wer sich heute durch Raqqa bewegt, kann die Vergangenheit der Stadt in ihren vielen Facetten erkennen. Da sind die unzähligen Kinder, die in den Straßen spielen und ein buntes Treiben auf dem Markt, die von einer lebendigen Gesellschaft erzählen. Die seit der Befreiung Raqqas zerstörten Häuser sind weniger geworden und über den nah gelegenen Euphrat spannt sich stolz eine neue Brücke, die erst dieses Jahr von der Selbstverwaltung wieder erbaut wurde. Am Ufer des Flusses sitzen Menschen, grillen und halten ihre Füße ins kühle Nass. Wenige Straßen weiter, im Inneren der Stadt befindet sich der al-Na'im Platz, der grausige Berühmtheit erlangte, weil er unter dem IS als Ort öffentlicher Hinrichtungen diente. Hier kaufen Familien heute wieder Eiscreme, unter ihnen, mehr als anderswo in syrischen Städten, Frauen, die oft eine bodenlange schwarze Abaya samt Hijab tragen – Kleidungsstücke, die ihre Trägerinnen bis aufs Gesicht verhüllen. Und schließlich sind da die vielen Denkmäler für gefallene Kämpfer*innen, die den Sieg über den IS mit ihrem Leben bezahlten und die Sicherheitskräfte, die heute an zahlreichen Orten die Institutionen der neuen Selbstverwaltung schützen.

Raqqa: Rebellenhochburg und Hauptstadt des islamistischen Terrors

Raqqa steht wie kein anderer Ort für die Herrschaft des Islamischen Staates, der ab 2014 Teile des Iraks und Syriens unterwarf. Denn Raqqa, ‚Hauptstadt‘ ihres selbsternannten Kalifats, war Zentrum der strategischen Planungen, Ort der Terrorherrschaft und des Leidens hunderter versklavter Frauen. Doch es gibt

auch eine andere Geschichte dieser Stadt: Die Geschichte des Widerstands und Neuaufbaus einer Gesellschaft, die in ihren Grundfesten erschüttert wurde.

In genau diesem Raqqa sitzen heute Frauen auf den Sofas eines Gesellschaftszentrums und erzählen von ihrem Widerstand. Miyada al-Ahmed ist die Koordinatorin von *Zenobiya*, der Dachorganisation der Frauenbewegung arabischer Frauen in der Region. Sie erzählt über die Geschichte der Aufstände gegen die Regierung von Baschar al-Assad und seiner *Baath-Partei*: „Frauen hatten große Hoffnungen in die syrische Revolution gesetzt. Sie hofften, dass sie ihre Rechte, ihre Freiheit bekämen und sich in vielen Bereichen engagieren könnten.“ Sie erzählt, dass vor dem syrischen Bürgerkrieg, der 2010 seinen Anfang nahm, Frauen in den arabischen Gebieten begrenzte

Als der Islamische Staat die Region einnahm, verloren zuerst die Frauen jegliche Rechte

Freiheiten hatten. Mädchen gingen damals zur Schule und junge Frauen arbeiteten zum Teil. Zum Studieren gingen einige nach Damaskus. Doch der Einfluss der Stämme auf die gesamtgesellschaftliche Ordnung war und ist in

der Region noch immer sehr prägend und die Selbstbestimmung von Frauen wird durch patriarchale Traditionen eingeschränkt. Als der *Islamische Staat* die Region einnahm, verloren zuerst die Frauen jegliche Rechte. Auch Männer litten unter dem Terror der Islamisten. Die systemische Gewalt übertrugen sie nicht selten in die häusliche Sphäre und verwandelten sie in einen Ort der doppelten Unterdrückung für Frauen: Im öffentlichen Raum verfolgt und der ständigen Gefahr ausgesetzt, durch minimale Vergehen gegen eines der Scharia-Gesetze zu verstoßen, kehrten sich zu Hause zum Teil ihre eigenen Ehemänner, Brüder und Väter gegen die Frauen.

Mit den Waffen einer Frau: Befreiung ...

Im Mai 2016 startete schließlich eine militärische Operation zur Befreiung Raqqas. Die Einheiten bestanden damals aus den bereits weltbekannt gewordenen kurdischen Frauen- und Volksverteidigungseinheiten YPJ und YPG sowie arabischen, jesidischen, assyrischen, armenischen und tschetschenischen Einheiten, die gemeinsam als Teil der *Syrischen Demokratischen Kräfte* (SDF) kämpften. Gestützt wurden sie von Luftangriffen durch die US-geführte *Globale Koalition gegen den IS* (im Englischen: *the Global Coalition against Daesh*).



Buthina Abud
(Sprecherin) und
Miyada al-Ahmed
(Koordinatorin) von
der Frauenunion
Zenobiya

Foto: Lea Claßen



Frauen bei einer
Versammlung zum
Internationalen Welt-
frauentag, Raqqa
2023

Foto: Archiv Zenobiya



Aktivistinnen **Zeno-
bityas** bei einer Pro-
testaktion gegen die
andauernde Besat-
zung syrischer
Gebiete durch den
türkischen Staat, Ha-
zima, 2024

Foto: Archiv Zenobiya

Nach der Befreiung der Stadt im Herbst 2017 lag die Gesellschaft verwundet am Boden – so jedenfalls lassen es die Geschichten der Frauen erklingen. Nach und nach begannen sie sich hierüber miteinander zu verbinden. Sie trafen sich zunächst in ihren eigenen Häusern: „Allein das konnte schon unglaublich schwierig sein. Wir hatten nicht nur mit einer zerstörten Stadt, unseren Verlusten und traumatischen Erfahrungen zu kämpfen, sondern auch mit der patriarchalen Mentalität, die durch die letzten Jahre islamistischer Herrschaft nochmals schlimmer geworden war. Den ersten Kampf haben viele von uns quasi gegen ihre eigenen Familien ausgetragen, um sich überhaupt als Frauen politisch zusammentun zu können“, so Myada al-Ahmed. Dabei nahmen sich die überwiegend arabischen Frauen ein Beispiel, an ihren kurdischen Freundinnen, die sich weiter im Norden

Syriens schon zehn Jahre zuvor als unabhängige Frauenbewegung *Kongra Star* zusammengeschlossen hatten. Diese waren es auch, die nach der Befreiung der arabischen Gebiete die Frauen aufsuchten und ermutigten, sich selbst zu organisieren. Das gab Hoff-

... und einen neuen Anfang wagen

Nach und nach gründeten sich in verschiedenen Städten unabhängige Frauenräte und -gruppen. Nach einigen Jahren der Arbeit in diesen Räten, in denen Frauen miteinander diskutierten, Bildungen abhielten, einander aufsuchten und ihre Geschichten miteinander teilten, wurde schließlich der Entschluss gefasst, sich unter dem Dach einer gemeinsamen Organisation zusammenzuschließen. 2021 gründete sich die Frauenunion *Zenobiya*.

Heute ist *Zenobiya* aus der Gesellschaft nicht mehr wegzudenken. „Wenn wir in die Familien kommen, freuen sich viele, die Frauen und Kinder sowieso, aber auch unter den Männern ist es anerkannter geworden mit uns zu diskutieren. Die Männer haben auch akzeptiert, dass sie es nun mit uns zu tun bekommen, wenn sie sich falsch verhalten“, erzählt eine der Frauen und lächelt. Doch zur Realität der Aktivistinnen gehört auch eine andauernde Bedrohungslage. Islamistische Schläferzellen und konservative Gegner der Frauenbewegung sind bei Weitem nicht verschwunden. Nicht alle treten daher

mit ihrem Gesicht und Namen öffentlich auf. Dass *Zenobiya* als Frauenbewegung heute dennoch derart unabhängig agieren kann, hat damit zu tun, dass sie in dem Gebiet beheimatet ist, das sich ab 2012 als Autonomieregion unabhängig gemacht hat. Die Region trägt seither den Namen *Demokratische Selbstverwaltung der Region Nord- und Ostsyrien* – auch bekannt als *Rojava*. 2014 folgte die erste Version eines Gesellschaftsvertrags, der als Basis des gemeinsamen Projekts dient. Seither, so das Selbstverständnis der Bevölkerung, regieren sich die Menschen in Nord- und Ostsyrien selbst. Dabei verfolgt die Autonomieverwaltung explizit nicht das Ziel, sich künftig als Staat eigenständig zu machen. Vielmehr will sie Lösungen für ein friedliches Zusammenleben finden, die auf dem Miteinander der verschiedenen Ethnien und Gruppen basieren.

Die Grundpfeiler dieses Gesellschaftssystems bilden Demokratie von unten, eine ökologische Lebensweise und die umfassende Frauenbefreiung.

Frauenbefreiung: Ziel und Grundlage der neuen Gesellschaftsordnung

Mit diesen Grundlagen ist die Autonomieregion im Mittleren Osten ein einzigartiges politisches Projekt, das sich laut den Frauen in Raqqa, in der Tradition des philosophischen Vordenkers Abdullah Öcalan sieht. Öcalan ist seit nun 25 Jahren für seinen Kampf für die Rechte von Kurd*innen auf der Gefängnisinsel Imrali in der Türkei inhaftiert. Mehrere Jahre davon verbringt er bereits in Isolation.

Menschenrechtswidrige Bedingungen, kritisieren zahlreiche Jurist*innen und seine Mitstreiter*innen der Kurdischen Freiheitsbewegung. Dort entwickelte er ein Konzept des „demokratischen Konföderalismus“, der den Nationalstaat in Frage stellt. „Eine Gesellschaft kann nicht frei sein, wenn die Frauen in ihr nicht frei sind“, lautet eine Aussage Öcalans.

Keine bleibt zurück: Organisation als Antwort

Das finden auch die Frauen von *Zenobiya*. Bei einer der vielen Bildungen, die regelmäßig abgehalten werden, diskutieren sie über die Ideen von Abdullah Öcalan und ihr Verständnis von Freiheit: „Im Westen wird den Frauen vorgemacht, dass sie frei seien.

Die Männer haben auch akzeptiert, dass sie es nun mit uns zu tun bekommen, wenn sie sich falsch verhalten

Dabei leben sie immer noch im Patriarchat. Sie werden mehrfach ausgebeutet, als Arbeiterinnen und im Haushalt. Sie sind dem Blick des Mannes in der Gesellschaft unterworfen und können sich aus sich selbst heraus nicht den Wert beimessen, den sie haben. Sie wissen oft gar nicht wer sie eigentlich sind, unter all den Schichten, die sie über sich legen, um in der Welt des Mannes bestehen zu können“, sagt eine von ihnen. Für die Frauen *Zenobiyas* ist klar, dass es deshalb Organisation als Frauen braucht. Erst miteinander können sie ihre Identität wiederfinden und zu einer gemeinsamen Stärke finden, mit der sie die Kraft entwickeln können, die Gesellschaft zu verändern.

Das Ziel ist es daher heute auch, Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu organisieren, zu bilden und in ihrem Kampf, um Selbstbestimmung zu stärken. Die Arbeiten *Zenobiyas* sind breit gefächert und werden in unterschiedlichen Komitees organisiert. Das Bildungskomitee etwa hält Seminare, Workshops und Bildungen ab und führt Kampagnen zu gesellschaftlichen Themen an Schulen und in Dörfern durch. Unter den Themen, um die heute besonders gerungen wird, sind die der Verheiratung minderjähriger Mädchen sowie polygame Eheschließungen. Zuletzt ist das Thema Drogenkonsum dringlicher geworden. Drogen und Schmuggel werden gezielt eingesetzt, um die Gesellschaft und die Selbstverwaltung zu destabilisieren. Jugendliche werden in Bandenkriminalität hineingezogen. Deshalb wird dieses Problem besonders in Schulen verstärkt angegangen.

Die Bewegung unterhält auch eigene Frauenkooperativen, kleine Produktionsstätten und Läden, für die das Ökonomiekomitee zuständig ist. Denn die

finanzielle Eigenständigkeit und die Möglichkeit, eine Ausbildung zu machen, sind für Frauen nach wie vor die wichtigsten Bausteine ihrer Unabhängigkeit. Das Komitee für Kultur und Frieden führt Streitschlichtungen durch, versucht aber auch aktiv Fragen der gesellschaftlichen Gerechtigkeit voranzutreiben. Dafür suchen die Komiteeverantwortlichen etwa diejenigen Stammesführer auf, die sich dem Verbot von Mehrfachehen und Minderjährigen-Ehen widersetzen und streiten mit ihnen. Wandel, so lautet dabei die Devise, kann nicht mit Zwang passieren, sondern muss auf Verständnis und Überzeugungskraft beruhen.

Viele Schritte machen den Weg: Frauenbefreiung heißt Gesellschaft zu verändern

Die Arbeiten der Frauenbewegung sind für viele heute essenzieller Bestandteil eines lebenswerten Lebens. Nach dem Krieg sind viele Menschen geflohen. Und auch heute noch ist die wirtschaftliche und Sicherheitslage in der Region oft unerträglich. Der Zusammenhalt der Frauen, die sich ihre eigenen Perspektiven schaffen und auf dem Recht beharren, in ihrer Heimat ein sicheres und angstfreies Leben zu leben, gibt heute vielen die nötige Kraft, die es braucht, um zu bleiben.

Der Weg in eine Gesellschaft, in der alle Frauen frei von Angst und Unterdrückung leben können, ist noch weit – in Nord- und Ostsyrien wie überall. Aber die Frauen *Zenobiyas*, soviel lässt sich sagen, sind aufgestanden und haben sich geschworen, nie wieder vereinzelt und ohne Selbstverteidigung dazustehen. In diesem Sinne ist aus dem Widerstand gegen Patriarchat und Gewalt tatsächlich der erste Schritt zur freien Frau geworden. 



Lea Claßen krieg gerne mal die Krise, wenn die Nachrichten unserer Zeit auf sie einprasseln. Was dann hilft: Raus-schauen, dorthin wo Menschen sich organisieren und aus Wut und Schmerz, Hoffnung entstehen lassen.





Arbeitskämpfe vor der Linse

labournet.tv ist ein feministisches Kollektiv von Medienaktivist*innen. Seit 2011 berichten sie über Streiks und Klassenkämpfe, produzieren Dokumentarfilme, organisieren Filmveranstaltungen und haben ein kostenloses Online-Archiv mit über 1.000 Filmen aus der Arbeitswelt aufgebaut. Im Interview stellt Johanna Schellhagen die Arbeit des Kollektivs vor.

Was wollt ihr mit euren Filmen zeigen?

Uns geht es darum, aus der Perspektive der Lohnabhängigen von Streiks, Mobilisierungen am Arbeitsplatz und Klassenkämpfen zu berichten. Da passiert unheimlich viel und es wird wenig berichtet, und wenn, dann meistens nicht aus der Perspektive der Streikenden. Ein gutes Beispiel ist der Streik der Kita Erzieher*innen, der in Berlin am 30. September 2024 anfangen hätte sollen. Die Erzieher*innen wollen einen besseren Betreuungsschlüssel und dringend nötige Entlastung für einen Berufsstand durchsetzen, in dem 30% der Kolleg*innen schon mal einen Burnout erlitten haben. Das Arbeitsgericht hat den Streik verboten und die Hauptstadtpresse hetzt gegen die Streikenden und ihre Gewerkschaft. Anstatt sich mit den Streikenden zu solidarisieren, titelt zum Beispiel die *taz*: „Auf dem Rücken der Kinder“. Wir wollen dazu beitragen, eine andere, politisch unabhängige Öffentlichkeit herzustellen, innerbetrieblich und außerbetrieblich. Am besten gefällt es uns, wenn kämpferische Kolleg*innen unsere Videos nutzen, um ihre

Kolleg*innen zu motivieren, sich einem Streik anzuschließen.

Wie geht ihr bei euren Filmen vor? Wer oder was steht im Mittelpunkt?

Wir gehen zu den Streikversammlungen und fragen dort gezielt die Leute, die am wenigsten verdienen, warum sie streiken, wie ihre Arbeitsbedingungen sind und was eine erfolgversprechende Streiktaktik wäre.

Wer ist die heutige Arbeiter*innenklasse, wie hat sich diese verändert?

Zur Arbeiter*innenklasse gehören alle, die lohnabhängig sind. Sie ist objektiv so groß wie nie in der Geschichte, da die Vertreibung der bäuerlichen Bevölkerung von ihrem Land weltweit fast abgeschlossen ist und so viele Menschen wie noch nie durch Lohnarbeit überleben müssen. Subjektiv identifizieren sich aber die meisten nicht mit ihrer Stellung im Produktionsprozess, sondern durch ihre Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, zum Beispiel zum sogenannten Mittelstand, im schlimmsten Fall zu ihrer Nation oder ihrer Religion.

Es gibt tatsächlich große Unterschiede innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen, abhängig vom Lohn und von ihrer Kommandogewalt über andere. Früher gab es in den großen Fabriken sehr uniforme Belegschaften. Heute sind sie immer stärker zersplittert durch Leiharbeit, Subunternehmerketten und globale Fertigungs- und Lieferketten. Nicht alle Lohnabhängigen haben zudem ein Interesse, die Verhältnisse zu ändern, zum Beispiel weil sie gut verdienen. Objektiv gesehen können aber alle Lohnabhängigen viel gewinnen, wenn sie den Kapitalismus loswerden. Erstens gibt es dann niemanden mehr, der ihnen den Mehrwert ihrer Arbeit klaut. Zweitens können sie selber mitentscheiden, was und wie produziert wird, und drittens müssten sie vermutlich viel weniger arbeiten: Wenn nur noch nützliche und langlebige Güter produziert werden und sinnlose Branchen wie Werbung, oder schädliche wie die Waffenindustrie oder die Automobilindustrie verschwinden, und wenn alle arbeiten, dann hätten alle viel Zeit für ein erfülltes Leben, Care-Arbeit und dafür, sich an Entscheidungsfindungsprozessen zu beteiligen. Wir könnten uns

an eine durch die Klimakatastrophe versehrte Biosphäre anpassen und die Zerstörungen, die der Kapitalismus angerichtet hat, rückgängig machen, soweit das überhaupt noch möglich ist.

Was hat sich euren Beobachtungen nach in den Arbeitskämpfen verändert?

Es wird mehr gestreikt, die DGB Gewerkschaften setzen mehr auf Organizing und mehr auf die Aktivierung der Kolleg*innen an der Basis als früher.

Selbstorganisation zu unterstützen ist jetzt nicht mehr die totale Ausnahme wie noch vor 10 Jahren. Das führt dazu, dass Tarifkämpfe gewonnen werden und im Moment viele Belegschaften merken, dass sie nicht ohnmächtig sind.

In dem Film *Strategien gegen Rechts im Betrieb* wird von rechten Bewegungen, zum Beispiel der *Zentrum-Bewegung* erzählt. Was wisst ihr über diese Entwicklungen? Man hört darüber nichts bis gar nichts.

Was wir darüber wissen, haben wir von antifaschistischen Kolleg*innen in der Automobilindustrie und im Gesundheitsbereich erfahren, die wir dieses Jahr interviewt haben. Ich zitiere sinngemäß, was sie uns erzählt haben:

Die Faschist*innen wollten schon in den 1990er Jahren einen Arm in den Betrieben haben. *Zentrum Automobil* ist ein Verein, der 2009 im Stuttgarter Raum gegründet wurde. Sie nennen sich selbst nicht Gewerkschaft. Sie kandidieren für Betriebsratswahlen und erhalten auch Stimmen, aber noch nicht viele. Es gibt jetzt auch *Zentrum Gesundheit und Soziales* in den Krankenhäusern. Die Grün-

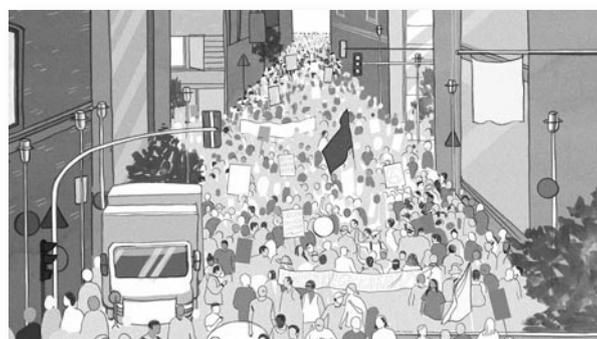
der*innen sind mit Neonazis und mit Hitlerfaschismus-orientierten Nazis verbunden, etwa mit der *Wiking-Jugend* und den *Freien Sachsen*. Ziel der *Zentrum*-Leute ist es, „linke Systemgewerkschaften“ aus den Betrieben zu drängen und mit selbst aufgestellten Betriebsräten die Verhandlungen direkt mit den Arbeitgeber*innen zu führen, ohne die Gewerkschaften.

Welche Erfolgserlebnisse von Arbeiter*innenkämpfen konntet ihr mit euren Filmen begleiten?

Es gibt viele erfolgreiche Kämpfe von Arbeiter*innen. Wir beobachten seit circa 20 Jahren Streiks und Mobilisierungen am Arbeitsplatz und unser Eindruck ist, dass Leute, die gemeinsam am Arbeitsplatz kämpfen, fast immer gewinnen. Vielleicht kriegen sie nicht alle ihre Forderungen durch, aber die Erfahrung, sich gemeinsam zur Wehr zu setzen, stärkt ihr Selbstbewusstsein und ihre Kampfkraft.

Aber es gibt auch Gegenbeispiele, zum Beispiel kämpfen die in das Tochterunternehmen *CFM* ausgelagerten Kolleg*innen der *Charité* in Berlin seit 2011 (!) dafür, nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) bezahlt zu werden. Obwohl es im letzten Berliner Koalitionsvertrag stand, dass das zügig umgesetzt werden soll, sind die Kolleg*innen immer noch nicht im TVöD.

Ein krasses positives Beispiel ist die erfolgreiche Streikwelle in der Logistikindustrie in Italien seit 2008. Die vorher auf unvorstellbare Weise überausgebeuteten migrantischen Kolleg*innen in den Warenlagern haben eine eigene Basisgewerkschaft aufgebaut und es mit hunderten Blockaden und Streiks tatsächlich geschafft, dass sie heute, zumindest in den



Stills aus dem Film *Der laute Frühling*

In der globalen Klimabewegung setzt sich mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass es so nicht weitergehen kann und dass wir einen Systemwechsel brauchen. In dem Film wird mit Hilfe von animierten Sequenzen in die Zukunft geschaut und beschrieben, wie jene tiefgreifende gesellschaftliche Transformation, die wir brauchen, aussehen könnte. (2022, 62 Minuten)

Johanna Schellhagen

ist Mitbegründerin von *labournet.tv* und macht Filme über Streiks und Klassenkämpfe, zuletzt *Der laute Frühling - Gemeinsam aus der Klimakrise*.

großen multinationalen Unternehmen, den Gesetzen entsprechend bezahlt und beschäftigt werden. Sie haben die Machtverhältnisse in den Warenlagern umgekrempelt.

Ein anderer erfolgreicher Kampf ist der der *GKN* Kolleg*innen in Florenz, die 2021 ihre Fabrik besetzt haben, als sie entlassen werden sollten, und seitdem für den Erhalt der Arbeitsplätze und eine ökologische Produktion unter Kontrolle der Arbeiter*innen kämpfen. Sie konnten die Fabrik halten und haben von Unterstützer*innen weltweit eine Million Euro gesammelt, um ihren Kampf fortführen zu können. Wir haben sie in der besetzten Fabrik besucht und dazu einen Film gedreht, der auch im Archiv zu finden ist.

Was ist eure Vision vom gemeinsamen Kampf für bessere Lebensbedingungen für alle?

Unsere Vision ist, dass sich Arbeiter*innen, in enger Zusammenarbeit mit der Klimabewegung und politisch unabhängig von der bürgerlichen Öffentlichkeit, organisieren und die Vergesellschaftung

und Konversion der Produktion durchsetzen. Dazu müssen sich vor allem Kolleg*innen in den wirklich wichtigen Branchen wie Essen, Energie, Wasserversorgung, Gesundheitswesen und Pflege an ihrem Arbeitsplatz mit ihren Kolleg*innen organisieren und in ihrer Lohnarbeit politisch aktiv werden. Das bedeutet, dass sie einerseits da, wo sie arbeiten, Macht aufbauen und ihre Bedingungen verbessern, und dass sie andererseits Ideen entwickeln, wie die Arbeit in ihrem Betrieb besser und verantwortungsvoller organisiert werden könnte. Wie zum Beispiel eine Krankenhausbelegschaft sich besser auf die nächste Pandemie vorbereiten könnte, um dann, wenn es soweit ist, einen alternativen Plan vorlegen zu können. Das ist eine Idee der Kolleg*innen von *Vital Signs*, einer Zeitschrift von Krankenhausarbeiter*innen in Bristol.

Je mehr Aktivist*innen ihre Lohnarbeit nach politischen Gesichtspunkten auswählen und ihre Energie in den Aufbau von Macht von unten stecken, desto mehr kommen wir weg von einer Situa-

tion, in der Aktivist*innen Forderungen an Politiker*innen stellen oder sich am öffentlichen Diskurs abarbeiten, ohne Resultate zu erzielen. Es ist Zeit für einen politischen Aktivismus, der sich nicht an die Herrschenden richtet, sondern Verbindungen und ein Bewusstsein für die eigene Macht unter den Lohnabhängigen herstellt. Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir die Produktion vergesellschaften und unser Überleben auf dem Planeten sichern können. Es gibt keinen anderen Weg und es ist fünf nach zwölf. Konkret bedeutet das, neben strategisch arbeiten zu gehen auch streikende Belegschaften zu unterstützen, revolutionäre Stadtteilarbeit zu machen wie zum Beispiel *Solidarisch in Gröpelingen* und eine Gegenöffentlichkeit herzustellen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Gespräch führte Pezi Novi.



„Manchmal frage ich mich, was wir noch alles hätten anstellen können“

„I Will Survive“, so lautet nicht nur das weltberühmte Lied der Sängerin Gloria Gaynor, sondern ist auch der Titel eines Podcasts, der uns Zuhörer*innen in die Achtzigerjahre, genauer gesagt in die Welt der damaligen Disco-Hauptstadt München eintauchen lässt. Die Podcast-Serie erzählt die Geschichte der queeren Community in München, die sich am Rand der Gesellschaft durch die AIDS-Epidemie kämpfen muss. Denn die Agenda der bayerischen Staatsregierung lautet: Abgrenzung vor Aufklärung!

Ein Interview mit Meret Reh

Wie seid ihr auf das Thema eures Podcasts gekommen und wie betrifft uns diese Geschichte heute noch?

Die Idee entstand im Rahmen unseres journalistischen Volontariats beim *Bayerischen Rundfunk* in einem Podcast-Seminar. Das war im Mai 2022. Da tauchten wir das erste Mal ab in die 80er-Jahre, führten erste Interviews und produzierten eine Pilot-Folge. Und vor allem: Uns wurde klar, wie viel in diesem Thema steckt. Nicht nur, weil Freddie Mercury in München sexy ist, sondern auch, weil viele der Geschichten noch nie mit so viel Hintergründen und so vielen Zeitzeug*innen erzählt wurden. Bei der weiteren Recherche sollten wir feststellen: Gerade die bayerische Perspektive ist bei diesem Thema relevant. Und so begann eine einjährige Recherche mit etlichen Gesprächen und vielen Stunden Audio-Material.

Die Geschichte betrifft uns auch heute noch, weil sie uns zeigt, auf wessen Schultern wir stehen. AIDS ist in Deutschland kaum noch ein Thema, Diskriminierung gegen LGBTQI* allerdings schon. Queere Menschen haben in den 80ern Kämpfe geführt, die uns heute ein gesundes und aufgeklärtes Leben möglich machen. Das wollten wir erzählen.

Was war damals das Besondere an der bayerischen Situation?

Die bayerische Staatsregierung entschied sich damals, auf Ausgrenzung statt auf Prävention zu setzen. Damit fuhr Bayern einen bundesweit einmaligen Kurs. Bayern verabschiedete zum Beispiel einen Maßnahmenkatalog. Darin stand, dass es Zwangstests für Beamtenanwärter*innen, Sexarbeiter*innen und Strafgefangene geben soll. Es wurde sogar eine Meldepflicht für AIDS-Erkrankte diskutiert. Solche Maßnahmen führten natürlich eher dazu, dass sich Infizierte zurückzogen und keine Hilfsangebote in Anspruch nahmen. Bayern wurde sogar international für diesen Kurs gerügt, zum Beispiel vom Präsidenten der *Weltgesundheitsorganisation*, der sich gegen Zwangstestungen aussprach.

Welche Rolle hat Gauweiler darin gespielt?

Peter Gauweiler, damals KVR-Chef und anschließend Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern, kann als Gegenspieler zu Rita Süßmuth, der Bundesgesundheitsministerin in Bonn, gesehen werden. Süßmuth fuhr große Aufklärungs-Kampagnen und warb für Prävention. Gauweiler dagegen ließ Kontrollen und Razzien an Cruising-Orten (Cruising = aktive Suche nach Sexualpartner*innen) und Gay-Bars durchführen. München war damals eine der Hochburgen für die Gay- und Travestieszene mit vielen Lokalen. Außerdem hatte er einen harten rhetorischen Kurs und bezeichnete die Maßnahmen von Süßmuth etwa

als „Schokolade für Zuckerkrank“. Viele haben uns erzählt, sie hatten das Gefühl, vom Opfer zum Täter gemacht zu werden.

Wie habt ihr Gauweiler im Interview wahrgenommen? Hattet ihr das Gefühl, dass er seine Haltung geändert hat?

Wir wollten wissen: Wie steht Gauweiler fast 40 Jahre später zu seinen Entscheidungen von damals? Im Interview wirkte Gauweiler selbstbewusst auf uns. Er hat seinen politischen Kurs von damals erneut erklärt. Während er Wörter wie „absondern“ und „Seuche“ heute nicht mehr wählen würde, hält er die Entscheidungen insgesamt für richtig. „Im Abstand einiger Jahrzehnte, glaube ich, dass eine Interventionsstrategie, um die Übertragung zu verhindern, unverzichtbar ist“ so Gauweiler. Sein Ziel sei stets gewesen, eine Mehrheit vor der Krankheit zu schützen. In Bezug auf die Angst, die der politische Kurs vor allem in der queeren Community ausgelöst hat, sagte uns Gauweiler: „Ich will jetzt nicht trotzig sein, aber es gibt viele, die sagen, das hat uns das Leben gerettet“.

Welchen Schikanen und welcher Verfolgung waren schwule Männer und queere Menschen damals ausgesetzt?

Grundsätzlich muss man sich das gesellschaftliche Klima in Bezug auf Homosexualität in den 70ern



„I Will Survive – Der Kampf gegen die AIDS-Krise“

Ein Podcast von Niklas Eckert, Sarah Fischbacher, Meret Reh, Judith Rubatscher und Phillip Syvarth. Redakteur: Till Ottlitz

Cover: Bayerischer Rundfunk

und 80ern so vorstellen: In der Bundesrepublik gab es noch einen Paragraphen aus dem Kaiserreich, den Paragraph 175, der sagte, dass Homosexualität eine Straftat ist. Dieser Paragraph wurde 1969 zwar entschärft: Homosexuelle Handlungen waren nicht mehr strafbar und Menschen mussten nicht mehr befürchten, dass die Polizei vor ihrer Tür aufkreuzt. Aber der Paragraph war noch nicht ganz abgeschafft und wirkte sich deshalb immer noch auf das Leben von Homosexuellen und Queers in Deutschland aus. Öffentlich zu sagen, dass man schwul ist, war auch in den späten 70ern noch gefährlich. Studenten wurden wegen diesem Paragraphen von Unis verwiesen, homosexuelle Lehrer oder Soldaten verloren ihre Jobs. In dieses gesellschaftliche Klima schlug dann diese neue, unbekannte, mitunter tödliche Krankheit aus den USA ein. Und die wurde am Anfang auch nur „Schwulenkrankheit“ genannt. In der medizinischen Forschung wurde diese neue Krankheit, bevor sie schließlich den Namen AIDS bekam, anfangs teilweise GRID genannt – „gay related immune deficiency“, also „schwulenbezogene Immunschwäche“. Das führte zu einer falschen Kausalität zwischen der Krankheit und Homosexualität.

Als in Bayern dann der Maßnahmenkatalog kam, führte das zu einer weiteren Stigmatisierung von Queers, so haben es uns viele Protagonisten in unserem Podcast erzählt. Es gab willkürliche Kontrollen durch die Polizei auf der Straße. Einer unserer Interviewpartner hat uns berichtet, dass er das Gefühl hatte, aufgrund seines „schwulen Aussehens“ kontrolliert zu werden. Viele Queers haben uns von Beleidigungen auf offener Straße aufgrund ihres Aussehens und „als queer gelesen“-Werdens

berichtet. Außerdem gab es wohl plötzlich immer mehr Kontrollen und Razzien in Bars und Sauna-Clubs. Meistens kam die Polizei mit einem Vorwand, etwa dass sie kontrollieren müssten, ob Minderjährige in der Bar seien. Uns wurde aber auch von einer Sauna aus Nürnberg berichtet, in die die Polizei kam und das Bild eines vermeintlich HIV-Positiven rumzeigte, um zu fragen, wer mit diesem Mann Geschlechtsverkehr hatte.

Die Mechanismen der Ausgrenzung von HIV-Positiven – wie hat das funktioniert? Welche Gründe hatte das? Und seht ihr heute ähnliche Mechanismen in anderen Bereichen?

Das Unwissen und damit die Unsicherheit, wie sich dieses neuartige Virus überträgt, führte zur Komplett-Meidung und -Ächtung Positiver und angenommener Risiko-Gruppen. In Zeitungsarchiven haben wir Berichte über Rechtsstreits gefunden, in denen Arbeitnehmer*innen ihren Arbeitgeber verklagt haben, wegen Diskriminierung am Arbeitsplatz bis hin zu Entlassung aufgrund Bekanntwerdens ihres HIV-Positiven-Status; oder Berichte über Eltern, deren Kinder in der Schule Benachteiligung aufgrund ihres Positiven-Status erfahren haben und die rechtliche Maßnahmen gegen die Schulen ergriffen haben. Letztlich führte diese Stigmatisierung zu Ausgrenzung und zu einem Rückzug betroffener Gruppen. Besonders betraf das mehrfach marginalisierte Gruppen, also queer und migrantisiert oder queer und drogengebrauchend. Diese hatten dann oftmals noch schlechteren Zugang zu Informationen und Gesundheitsversorgung.

Welchen Widerstand haben queere Menschen damals geleistet?

Die Menschen riefen etwa zu Demonstrationen auf – in einer Zeit, in der es noch keine großen CSDs gab und es dementsprechend noch nicht so üblich war, dass Queers für ihre Rechte auf die Straßen gingen. Es gab zwar auch Ende der 70er schon kleinere CSD-ähnliche Paraden und Demos, aber nicht in so großer Dimension. Vor allem bei der Großdemo gegen den Maßnahmenkatalog am 24.10.1987 zeigten viele Infizierte, Queers und Allies zum ersten Mal so offen und sichtbar ihren Widerstand. Und es gründeten sich die AIDS-Hilfen. Etwa im Januar 1984 die *Münchener AIDS-Hilfe*, als erste regionale AIDS-Hilfe Deutschlands. Als nicht-staatliche/-städtische Organisation, von queeren Menschen für queere Menschen. In einer Zeit, in der noch nicht mal klar war, was AIDS auslöst. Auch andere Interessenverbände bildeten sich schnell, zum Beispiel die Positiven-Gruppe oder die Prostituierten-Vertretung, später auch die Wähler*inneninitiative *Rosa Liste*.

Was hat die dann beginnenden politischen Aktionen ausgezeichnet?

Der Widerstand durch Infizierte, Queers oder Allies war von großem Mut und einer Art Aufbruchsstimmung geprägt. Viele Beteiligte der Großdemo vom 24.10.1987 beschreiben zum Beispiel eine große Nervosität im Vorfeld der Demonstration, weil Vorbilder oder Erfahrungen hinsichtlich großer queerer Demonstration fast komplett gefehlt hatten. Dazu kamen starke negative Gefühle, wie zum Beispiel Angst gegenüber der bei der Demo anwesenden Polizeikräfte, die die Teilnehmenden überwinden mussten. Viele Demo-Teilnehmende hatten in den Jahren

zuvor bereits erniedrigende oder gewaltvolle Erfahrungen mit der Polizei machen müssen. Viele politische Aktionen und Kampagnen, wie die Arbeit der AIDS-Hilfen oder auch die Kampagne der damaligen Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth, hatten vor allem Dialog und Aufklärung als primäres Ziel. Die Community, wie auch deren Unterstützer wollten durch stärkere öffentliche Präsenz Vorurteile abbauen und der Angst vor Infizierten und HIV im Allgemeinen entgegenwirken, die vor allem durch die bayerische Politik immer wieder befeuert wurde.

Generell war die Zeit auf politischer und auf gesellschaftlicher Ebene ein Kampf um die Deutungshoheit zwischen einem vernunftgeprägten, aufklärerischen Kurs und einer angstgetriebenen Haltung, die vor allem auf Verbote und Ausgrenzung gesetzt hat. Dieser Kampf wurde stark in der Öffentlichkeit, zum Beispiel in Talkshows, öffentlichen Diskussionsrunden, Marketing-Kampagnen oder Zeitungsartikeln und auch bis in die höchsten politischen Kreise geführt.

Ihr befragt auch Transpersonen im Podcast – eine Perspektive, die erst jetzt auch in der LGBTQ+-Community vermehrt Gehör findet. Wie war deren Geschichte damals besonders? Und seht ihr da Kontinuitäten zu heute?

An einer Stelle im Podcast sagen wir mal, dass Transpersonen eine Gruppe waren, die wohl härter von AIDS getroffen wurde, als alle anderen. Denn Transpersonen waren damals, wie heute, einer Mehrfach-Diskriminierung ausgesetzt. Je weiter jemand am gesellschaftlichen Rand steht, desto weniger Macht hat die Person und desto stärker ist sie gegenüber der gesellschaftlichen

Mitte benachteiligt. Und das hat entsprechende Folgen: Benachteiligung bei Zugang zu bestimmten Positionen, Geld, Wohnraum, Gesundheitsversorgung und besonders wichtig auch in diesem Fall: Information. Auch Geschlechtsangleichungen waren in dieser Zeit sehr teuer, der Zugang zu gut bezahlter Lohnarbeit für Transpersonen aber schwieriger. Zeitzeug*innen haben etwa berichtet, dass befreundete Trans*personen sich prostituierten oder anderen prekären Tätigkeiten nachgehen mussten.

Außerdem führten sie nicht nur den Kampf gegen ein Virus, sondern waren auch auf der Suche nach der eigenen Identität. In einer Zeit, in der es noch wenig Begriffe oder Wissen über Transidentität gab. Das führte zu Stigmatisierung und Ausgrenzung in den Familien, in der Gesellschaft aber auch teilweise innerhalb der queeren Community selbst.

Was hat euch im Rahmen eurer Recherchen und der Gespräche mit den Interviewten am meisten überrascht/beeindruckt?

Manche unserer Interview-Partner*innen haben wir über Monate hinweg immer wieder getroffen, mit ihnen alte Fotos angeschaut, zusammen gelacht, erinnert und Tränen in den Augen gehabt. Viele Stunden haben wir verbracht in ihren Wohnzimmern, im Backstage von Bühnenshows, in Krankenhäusern, an entschei-

denden Orten der Vergangenheit. Ich erinnere mich auch an einen Moment, als wir mit einem der Protagonisten ein Musikvideo von Freddie Mercury, in dem er und seine Freunde mitgespielt haben, angeschaut haben und er meinte: „Die sind alle tot, alle an AIDS gestorben. Manchmal frage ich mich, was wir noch alles hätten anstellen können“. Dieses Virus hat ganze Freundeskreise ausgelöscht, was wir in der Recherche sehr schmerzhaft begriffen haben.

Besonders berührend war es zu realisieren, dass Menschen durch die Unwissenheit und Angst-macherei in der Bevölkerung teilweise ganz allein gestorben sind, ohne Besuch zu bekommen, weil Angehörige sich nicht zu ihnen ans Krankenbett getraut haben. Oder aber weil homosexuelle Paare nicht verheiratet waren, sie somit nicht ins Krankenhaus durften und nicht richtig Abschied nehmen konnten. Beeindruckend war aber auch, wie viel Widerstand die Menschen geleistet haben und zu sehen wie viel Kraft in dieser Wut lag. Und welches Vermächtnis diese Menschen der gesamten queeren Community heute hinterlassen haben. 🖐️

Das Gespräch führte Gülcan Durak.



Meret Reh

(sie/ihr) arbeitet als Journalistin, Reporterin und Moderatorin für Audio und Bewegtbild. Ihre thematischen Schwerpunkte sind Feminismus, Politik und Zivilgesellschaft.

Foto: Andreas Strobel

Her mit dem Klassenkampf

Nicht nur die AfD, auch Parteien links der Mitte bedienen derzeit eine Rhetorik, die Ängste vor sozialem Abstieg schürt und sich gegen die Schwächsten der Gesellschaft richtet. Egal ob bei Kriminalität, Arbeitslosigkeit oder Wohnungsnot, es scheint nur eine Patentlösung zu geben: Geflüchtete abzuschieben. Eine kürzlich erschienene Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung* und Jean-Philippe Kindler in seinem Buch *Scheiß auf Selflove, gib mir Klassenkampf* zeigen eine andere Lösung, um linke Politik wieder stark zu machen: Den Klassenkampf in den Vordergrund zu rücken und solidarisch gegen soziale Ungleichheit zu kämpfen. Von Caroline Mulert

Paroli bieten, protestieren, Widerstand leisten: Viele tun das derzeit – nicht nur im Osten Deutschlands – vor allem gegen Menschen, die als Migrant*innen und Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind. Besonders laut wird der Protest, wenn diese Menschen auch noch arbeitslos und auf Unterstützung angewiesen sind. Ihnen sollen Sozialleistungen gestrichen werden, am besten gehen sie gleich zurück in das Land, aus dem sie gekommen sind. Dort herrscht Krieg? Das ist dann ihr Problem. Die leeren Haushaltskassen zeigen, dass Deutschland sich die Aufnahme von Geflüchteten nicht mehr leisten kann, so der Diskurs.

Dass diese Rhetorik mittlerweile in Teilen auch von SPD und Grünen bedient wird, ist bezeichnend. Der Versuch des Stimmenfangs in dem immer stärker wachsenden Teil der Bevölkerung, der Migration und Flucht nach Deutschland begrenzen will – 71 Prozent forderten zuletzt laut *ARD-DeutschlandTrend* eine Obergrenze für Geflüchtete –, bewirkt aber vor allem eines: einen Stimmenzuwachs für die AfD. Kein Wunder, ist sie doch die Partei, die schon am längsten und am lautesten mit rassistischen und rechtswidrigen Parolen gegen Geflüchtete und Migrant*innen hetzt.

Die im September 2024 von der *Friedrich-Ebert-Stiftung* herausgegebene Studie „Klassenbewusstsein und Wahlentscheidung“ von Linus Westheuser und Thomas Lux zeigt deutlich: Je weiter unten sich Menschen in der Gesellschaft verorten, desto eher neigen sie dazu, Rechtsaußen zu wählen. Bei der Brandenburger Landtagswahl lag die Wahlquote für die AfD unter den Arbeiter*innen bei 46 Prozent, gegenüber 29,2 Prozent AfD-Wähler*innen im Gesamtdurchschnitt. Wenngleich nicht zu vernachlässigen ist, dass AfD-Wählende aus allen Gesellschaftsschichten kom-

men, stellt sich doch die Frage: Wie kommt es, dass die AfD und nun auch das BSW klassischen Arbeiter*innen-Parteien wie der Linken und der SPD in dieser Gruppe mittlerweile den Rang ablaufen?

Abstiegsangst richtet sich heute nicht mehr gegen Großkonzerne und Superreiche

Marc-Uwe Klings Känguru erklärt es mit einem Witz: „Ein Kapitalist [...], sagen wir Donald Trump, einer seiner Wähler und ein Asylbewerber sind auf einer Grillparty. Auf dem Grill liegen 100 Würstchen. Trump nimmt sich 99 Würstchen und sagt zu seinem Wähler: ‚Pass auf, der Asylant will dein Würstchen!‘“ Mit freundlicher, tatkräftiger Unterstützung der CDU/CSU und der FDP und sicherlich auch einigem Versagen der linken Parteien hat die AfD es geschafft, dass sich Abstiegsangst und Verteilungskämpfe bei einem großen Teil der Bevölkerung nicht mehr gegen Großkonzerne, Kapitalist*innen und Superreiche richten, sondern gegen diejenigen am untersten Ende der sozioökonomischen Hierarchie. Wenn es um Sanktionen gegen nicht-arbeitende Menschen geht, kommen daher nicht reiche Aktionär*innen und Erb*innen in den Kopf, sondern Geflüchtete und Langzeitarbeitslose. Praktisch für alle am oberen Rand der Gesellschaft, die so weiterhin nicht um ihr Vermögen, ihr Erbe und ihre Spitzgehälter bangen müssen.

Statt sich kollektiv gegen soziale Ungerechtigkeit zu vereinen und die Stärkung der Arbeiterklasse zum Kampftema zu machen, scheinen sich viele links eingestellte Menschen unterdessen aktuell eher um Themen zu drehen, die am Individuum ansetzen und kleine, sofortige Verbesserungen der Lebens- und Gefühlslage bewirken. Meditation gegen unbezahlte

Überstunden, Social Media Posts gegen Rassismus, vegane Ernährung gegen die Klimakatastrophe. Das mögen zwar jeweils individuell wirksame Handlungen sein, große strukturelle Veränderung können sie aber nicht herbeiführen und auch keine Massen begeistern.

Ein klares Resultat der genannten Studie von Westheuser und Lux ist: Je stärker ausgeprägt das Arbeiterklasseninteresse bei Menschen ist, desto eher wählen sie Mitte-links Parteien und desto unwahrscheinlicher ist die Wahl einer rechtsradikalen Partei. Auch Jean-Philippe Kindler drängt die Linke in seinem sehr empfehlenswerten Buch „Scheiß auf Self-love, gib mir Klassenkampf“ dazu, den kollektiven Kampf gegen den Kapitalismus und für ein gutes und gerechtes Leben für alle wieder in den Fokus zu rücken. Es wird Zeit, dass linke Parteien wieder zurückfinden zu ihrem Kern und aufhören, sich um sich selbst zu drehen und Rechtsradikalen hinterherzuhecheln. Ja, gebt uns Klassenkampf! ✊



Caroline Mulert

kann sich ein einigermaßen komfortables Leben in München leisten und zählt sich nicht zur Arbeiter*innenklasse. Dennoch findet sie, dass die Verteilung von Reichtum endlich stärker in den Blick genommen werden sollte und Verteilungskämpfe nicht auf dem Rücken von Geflüchteten ausgetragen werden sollten.

Ein ungleiches Duo verloren in den Gassen von Istanbul

Crossing: Auf der Suche nach Tekla

Während am 09. Juli 2024 halb München beim EM-Halbfinale mitfieberte, saß ich, ohne es zu ahnen, in der Deutschlandpremiere des neuen Films des schwedischen Regisseurs und Drehbuchautors Levan Akin: *Crossing* – eine berührende Geschichte über Menschen, deren Wege sich auf unverhoffte Weise kreuzen. Von Gülcan Durak

Levan Akin hat einiges zu sagen, das merkt man. Er ist in Schweden geboren und aufgewachsen, seine Eltern sind aus Georgien. Akin, der selbst Teil der LGBTQ+-Community ist, möchte in seinen Filmen Bilder von queeren Menschen zeichnen, die positiv besetzt sind. Sein vorangegangener Film *Als wir tanzten* (Originaltitel: *And Then We Danced*) erzählt etwa die Geschichte eines Tänzers in der Akademie des Georgischen Nationalballetts in Tiflis, der nach und nach Gefühle für seinen Rivalen entwickelt.

Von seinem neuesten Werk habe ich nur zufällig mitbekommen. Dass der Film in Istanbul spielt, hat mich aufgrund meiner türkischen Herkunft direkt angesprochen. Die Sehnsucht nach der Ursprungsheimat ist stets groß. Spätestens als sich eine Moderatorin vor die Leinwand stellte, merkte ich, dass das keine gewöhnliche Vorstellung sein kann. Levan Akin war auch mit im Kinosaal und tauschte sich im Nachgang mit dem Publikum aus. Aber worum geht es? In *Crossing* erzählt Akin die Geschichte der pensionierten Lehrerin Lia aus der georgischen Hafenstadt Batumi, nahe der türkischen Grenze. Die großartige und ausdrucksstarke Mzia Arabuli spielt die Rolle, die fast nicht als Lia gecastet worden wäre, da die Person, die anfänglich für das Casting zuständig war, Arabuli schlicht unsympathisch fand. Daher wurde ihr Bewerbungsvideo bereits aussortiert, ohne dass Levan Akin es vorher zu Gesicht bekam. Der Zufall wollte es aber anders. Zurück zur Story: Lia hat ihrer verstorbenen Schwester versprochen, dass sie deren Tochter finden und nach Hause bringen werde. Aufgrund ihrer Transidentität von der Familie verstoßen, ist ihre Nichte Tekla jedoch schon lange verschollen. Von einem jungen Mann, Achi, erfährt sie, dass Tekla sich in Istanbul aufhalten könnte. Er bietet ihr, nicht ganz uneigennützig, an, sie bei der Suche zu unterstützen. Schließlich könne er auch ein paar Wörter Englisch. Gemeinsam machen sie sich mit dem Bus an der Schwarzmeerküste entlang auf den weiten Weg von Batumi nach Istanbul. Doch wie jemanden finden, der womöglich nicht gefunden werden will? Lia: „It seems Istanbul is a place where people come to disappear.“ Auf ihren Streifzügen durch das

Großstadtgewusel begegnen sie der Anwältin und LGBTQ+-Aktivistin Evrim, die selbst trans ist und die dementsprechend über ein großes Netzwerk verfügt. Es beginnt eine spannende und atmosphärische Reise, bei der die Protagonist*innen sowohl innere als auch äußere Grenzen überwinden – Grenzen zwischen Kulturen, zwischen den Generationen und im eigenen Ich.

Nach der Veröffentlichung von Levan Akins letztem Film *Als wir tanzten* kam es in Teilen Georgiens zu queerfeindlichen Protesten und die Filmvorführungen mussten nach drei Tagen eingestellt werden. Mitten in diesem Trubel wurde in den georgischen Nachrichten über einen älteren Mann berichtet, dessen Enkeltochter trans sei und die er offenkundig unterstütze. Dies sei laut Akin nicht selbstverständlich. Der Graben zwischen älterer und jüngerer Generation sei sehr groß, vor allem, was die Themen Sexualität und Geschlechtsidentität angehe. Dieser Fall hätte ihn maßgeblich für seinen neuen Film inspiriert. Bei seinen Projekten ist Akin queere Repräsentation enorm wichtig. Daher sind bei *Crossing* einige Personen sowohl vor als auch hinter der Kamera aus der türkischen LGBTQ+-Community. Um sein Team zusammenstellen zu können, hat die Produktionsfirma Akin vor Ort mit verschiedenen LGBTQ+-Organisationen bekannt gemacht, wie beispielsweise *Pembe Hayat*, auf Englisch *Pink Life* (Pembe Hayat LGBTQ+ Solidarity Association). Es ist der erste Verein in der Türkei, der sich für die Rechte von Transpersonen einsetzt und 2006 in Ankara gegründet wurde. Mehr Infos unter pembehayat.org.

Mich persönlich hat der Film sehr berührt. Da kommt vieles zusammen: Die Bilder von Istanbul – einer Stadt, die ich schon oft besucht habe, die mir aber trotzdem fremd zu bleiben scheint; die starken Charaktere und nicht zuletzt die wundervollen Klänge türkischer Musikikonen wie Ahmet Kaya, Müslüm Gürses und Sezen Aksu. Letztere singt passenderweise und mit größter Verletzlichkeit in der Stimme „geri dön, geri dön, ne olur geri dön ...“; komm zurück, komm zurück, bitte komm zurück! 

Gülcan Durak ist Tagträumerin bei Nacht und Sozialarbeiterin am Tag. Sie ist seit drei Jahren Mitglied der Hinterland-Redaktion.

Hinterland



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #57
Herbst/Winter 2024/25

IMPRESSUM

Titel: Agnes Andrae 2024

Herausgeber:

Bayerischer Flüchtlingsrat
Westendstraße 19, Rgb
80339 München

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Laura Pöhler & Pezi Novi

Redaktion: Agnes Andrae, Gülcan Durak,
Simon Fiedler, Moritz Hürtgen, Caroline Mulert,
Pezi Novi, Laura Pöhler, Marianne Walther,
Matthias Weinzierl, Christine Wolfrum

(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de
Gestaltung: Agnes Andrae, Matthias Weinzierl
Druck: deVega Medien GmbH, Eitzenberger,
Media Druck Logistik, Eisele Druck
Anwaltinger Straße 10, 86165 Augsburg
Auflage: 1.500 Stück
Website: Anton Kaun, Jonas Langreuter
Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de
Jahresabo: 21,00 Euro
Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

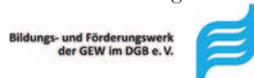
Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Ausbändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtausbändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.

in Kooperation mit



mit Unterstützung von



Kartentausch

Du bekommst dein Geld auf eine Bezahlkarte und kannst nur 50€ im Monat bar abheben? Du brauchst mehr Bargeld? Dann lass uns tauschen!

- 1 Gehe in ein Geschäft und kaufe einen Gutschein von Aldi, Lidl, Edeka, Rewe oder dm für 50 €. Diese Gutscheine findest du immer an der Kasse



- 2 Bringe den Gutschein zu einer Tauschstelle. Hier kannst du Gutscheine gegen Bargeld tauschen. Ein Gutschein von 50 € bringt dir 50 € Bargeld. Wir tauschen nur einen Gutschein pro Person. Wenn wir kein Bargeld mehr haben, können wir nicht weiter tauschen.



- 3 Alle Tauschstellen findest du hier:



- 4 Du kannst auch Freunde oder andere Menschen ohne Bezahlkarte fragen, ob sie mit dir Gutscheine gegen Bargeld tauschen. Das ist nicht verboten.

OFFEN!
für eine solidarische
Gesellschaft

تبادل البطاقات

هل تحصل على أموالك عن طريق بطاقة دفع إلكترونية ولا يمكنك سحب سوى 50 يورو شهريًا نقدًا؟ لكن تحتاج المزيد من النقود؟ إذا دعنا نتبادل! هنا تجد الطريقة:



- 1 اذهب إلى أحد المتاجر واشترِ Aldi, Lidl, Edeka, Rewe, dm قسيمة أو كوبون بمبلغ 50 يورو، هذه القسائم تكون موجودة قرب مدخل المحاسب أو الكاشير.



- 2 احضر القسيمة إلى أماكن التبادل. هنا يمكنك استبدال قيمة القسيمة بـ 50 يورو نقدًا. قسيمة قيمتها 50 تعطيك 50 يورو نقدًا. تبادل فقط قسيمة وحدة للشخص. إذا لم يكن لدينا فلوس نقدًا لن نستطيع تبديل القسيمة.



- 3 كل عناوين وأماكن التبادل تجدونها هنا
- 4 يمكنك أيضًا أن تفر من الأصدقاء أو الأشخاص الآخرين الذين ليس لديهم بطاقة دفع ما إذا كان بإمكانهم استبدال القسائم معك نقدًا. هذا ليس ممنوعًا.

OFFEN!
für eine solidarische
Gesellschaft

Обмен карточек

Вы получаете деньги на пластиковую карту и можете снять наличными только 50€ в месяц? Вам нужно больше наличных? Тогда давайте обменяемся!

1. Пойдите в магазин и купите ваучер от Aldi, Lidl, Edeka, Rewe или dm на 50€. Вы всегда можете найти эти ваучеры на кассе.
2. Отнесите ваучер в центр обмена. Здесь вы можете обменять ваучеры на наличные. За ваучер на 50€ вы получите 50€ наличными. Мы обмениваем только один ваучер на человека. Если у нас закончатся наличные, мы больше не сможем обменять ваучеры.
3. Все пункты обмена вы можете найти здесь:
4. Вы также можете попросить друзей или других людей, не имеющих пластиковой карты, обменять ваучеры на наличные вместе с вами. Это не запрещено.



OFFEN!
Für alle Mitgliedsstellen
(Gemeinschaft)

تعويض كارت

أيا طول عمرك يا يا كارت برداخت دريافت من كيد و فقط من توحيد 50 يورو در ماه به صورت نقد برداشت كندا آيا به پول نقد بشويز نیاز داريد؟ پس بيايد مبادله كنيم!



OFFEN!
Für alle Mitgliedsstellen
(Gemeinschaft)

1. به فروشگاه برويد و بگ كون از Aldi يا Edeka يا Lidl يا Rewe يا dm به قيمت 50 يورو بخرين. شما همیشه من توحيد اين كون ها را در اسويه حساب پيدا كنين.
2. كون را به يك نقطه مبادله بريد. در اينجا من توحيد كون ها را با پول نقد تعويض كنين. يك كون 50 يورويس 50 يورو نقد به شما من دهد. ما براي هر نفر فقط يك كون مبادله من كنيم. اگر پول نقدمان تمام شود من توحيد به مبادله ادامه نديم.
3. شما من توحيد تمام نقاط مبادله را در اينجا پيدا كنين.
4. همچنين من توحيد از دوستان يا افراد ديگر بدون كارت برداخت بريسيد كه آيا من توحيد كون ها را با شما يا پول نقد مبادله كنند.

Ka...

Du bekommst im Monat bar Dann lass uns

1. Gehe in Kaufe ein Aldi, Lidl, Edeka, dm für einen 50€ Schein der Kass.
2. Bringe d einer Ta kannst d Bargeld schein v 50€ Bar nur eine son. We mehr ha nicht w
3. Alle Tau hier:
4. Du kann andere zahlkart dir Guts tausche boten.

Échange de cartes

Tu reçois ton argent sur une carte de paiement et tu ne peux retirer que 50€ par mois. Mais tu as besoin de plus d'argent liquide? Alors faisons un échange! Voilà comment ça fonctionne:

1. Va dans un magasin et achète un bon d'achat Aldi, Lidl, Edeka, Rewe ou dm de 50€. Tu trouveras toujours ces bons à la caisse.
2. Apporte le bon à un point d'échange. Tu peux y échanger des bons contre de l'argent liquide. Un bon de 50€ te rapporte 50€ en espèces. On n'échange qu'un seul bon par personne. Si on n'a plus d'argent liquide, on ne peut plus faire d'échange.
3. Tu trouveras ici tous les lieux d'échange:
4. Tu peux aussi demander à des amis ou à d'autres personnes sans carte de paiement d'échanger avec toi des bons contre de l'argent liquide. Ce n'est pas interdit.



OFFEN!
Für alle Mitgliedsstellen
(Gemeinschaft)

Kart deđiřimi

Paranızı bir ödeme kartına alıyorsunuz ve ayda sadece 50 € nakit mi çekebiliyorsunuz? Ve daha fazla nakit mi ihtiyacınız var? O zaman gelin, takas yapalım! Nasıl mı? İşte böyle:

1. Bir mağazaya gidin ve Aldi, Lidl, Edeka, Rewe veya dm'den 50€ karşılığında bir kupon satın alın. Bu kuponları her zaman kasada bulabilirsiniz.
2. Kuponu bir deđişim merkezine götürün. Burada kuponları nakit para ile deđiřebilirsiniz. 50€ bir kupon size 50€ nakit para kazandırır. Kiři başına sadece bir kupon bodduruyoruz. Eđer nakit paranız biterse, artık kupon deđiřimi yapamazsınız.
3. Tüm deđişim noktalarını burada bulabilirsiniz:
4. Ayrıca arkadaşlarınızla veya ödeme kartı olmayan eđer kişilerden sizlerle nakit para karşılığında kupon alışverişini yapmalarını isteyebilirsiniz. Bu yasak deđildir.



OFFEN!
Für alle Mitgliedsstellen
(Gemeinschaft)

كلك سحب دعنا نتبادل!



OFFEN!
Für alle Mitgliedsstellen
(Gemeinschaft)